

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de



1 / 2008

Schlagkräftige Bilder

Jugendgewalt und Medien

Die Schlagzeilen kamen termingerecht zum Tagungsaufklang: „Jugendgewalt nimmt zu – Verdoppelung in den letzten zehn Jahren“. Und unmittelbar nach der Tagung häuften sich brutale Schlägereien und Überfälle in Münchner U-Bahnhöfen.

Jugendkriminalität wurde über Nacht zum Wahlkampfthema. Unsere Akademie und die Evangelische Akademie Tutzing hatten in einer gemeinsamen Tagung den Zusammenhang von Gewalt und Mediennutzung thematisiert. Doch die Tagung wollte nicht nur offensichtliche gesellschaftspolitische Probleme benennen, sondern gemeinsam mit Sozialwissenschaftlern, Pädagogen und Jugendschützern auch Auswege aus dem Gewaltdilemma aufzeigen.

Seite 3



Der bekannte Kriminologe Christian Pfeiffer spricht von „Medienverwahrlosung“ Foto: ms

Herausforderungen und Konzepte

Was soll und was kann politische Bildung in unseren Zeiten leisten? Wie kann sie auf die neuesten Herausforderungen und Umbrüche reagieren? Wie ist der aktuelle Stand der Fachdiskussion? Mit diesen und anderen Fragen beschäftigte sich eine Fachkonferenz, zu der die führenden wissenschaftlichen Vertreter der politischen Bildung an der Akademie zusammentrafen. Die Tagung bildete den Abschluss der Tagungsreihe zum 50. Jubiläum der Akademie für Politische Bildung.

Seite 26

Neue Trends am Arbeitsmarkt

Deutschland erlebte im Jahr 2007 einen kräftigen Wirtschaftsaufschwung, der endlich auch den Arbeitsmarkt erreichte. Steigende Ölpreise und der starke Euro lassen zwar eine Abschwächung der Dynamik erwarten, doch zur Zeit geht die Arbeitslosigkeit noch weiter zurück. Wie nachhaltig diese Entwicklung ist und welche Problemfelder am Arbeitsmarkt noch bestehen, diesen Fragen stellten sich auf einer Tagung der Akademie und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im November 2007 führende Wirtschaftswissenschaftler und Arbeitsmarktexperten.

Seite 8



Karikatur: Stuttmann

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Schlagkräftige Bilder	3
Bröckelt die Pressefreiheit?	6
Im Wunderland der Eurokräten	7
Politik und Medien in der Hauptstadt	7
Neue Trends am Arbeitsmarkt	8
Einheit in der Vielfalt	11
Sprengkräfte und „Leim“ für Gesellschaften	14
<i>Akademiegespräch im Landtag:</i> Putins Russland – Welchen Weg geht das Land?	17
Gesellschaft sozial gestalten	18
Bilanz der Transformation	19
<i>46. Internationale Hochschulwoche:</i> Zivilgesellschaftliche Entwicklungen in Südosteuropa	21
<i>Im Akademiearchiv gestöbert:</i> Die „Schrettl-Tafel“ der Akademie	23
„Schild und Schwert der Partei“	24
Zukunftsfähige Kommunikation	25
<i>Politische Bildung:</i> Herausforderungen und Konzepte	26
Vielschichtiges Jubiläumssymposion	30
Facettenreicher Sicherheitsbegriff	32
<i>Integration:</i> Entwicklung von speziellen Informationsangeboten für Imame	35
Pressespiegel	36
Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen	38
Jahresbibliografien 2007	39
Themen – Tagungen – Termine	42
Förderkreis	47
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	48

Direktor der Akademie:

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:

K. Heinz **Eisfeld**

Kollegium:

Dr. Saskia **Hieber**, M.A.

Internationale Politik

Dr. Gero **Kellermann**, Dozent

Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Stefan **Köppl**, M.A.

Pers. Referent des Direktors
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Wolfgang **Quaisser**, Dozent

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent

Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent

Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**, Dipl. Soz.

Gesellschaft und Umwelt,
Sozialpolitik und -arbeit

Organisationsreferat:

Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Karin **Siebert**, M.A.

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14

Internet: <http://www.apb-tutzing.de>

E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich **Oberreuter**
(verantw.)

Dr. Michael **Schröder**
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus

Druck:

Dinauer Medienbetrieb GmbH
Lindberghstraße 4 82178 Puchheim

Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

Schlagkräftige Bilder

Expertentagung zum Zusammenhang von Jugendgewalt und Medien

Die Schlagzeilen kamen termingerecht zum Tagungsaufakt: „Jugendgewalt nimmt zu – Verdoppelung in den letzten zehn Jahren“. Und unmittelbar nach der Tagung häuften sich brutale Schlägereien und Überfälle in Münchner U-Bahnhöfen. Jugendkriminalität wurde über Nacht zum Wahlkampfthema. Unsere Akademie und die Evangelische Akademie

Tutting hatten in einer gemeinsamen Tagung den Zusammenhang von Gewalt und Mediennutzung thematisiert. Prügeleien auf dem Schulhof kennt jeder. Doch eine andere Form der Gewalt ist neu und findet sich mittlerweile in allen Schülerschichten: „Happy Slapping“ – das „fröhliche Schlagen“. Mit diesem Begriff bezeichnen die Engländer jene brutalen Überfälle von Jugendli-

chen, die diese mit dem eigenen Handy filmen und anschließend an Altersgenossen versenden oder gar ins Internet stellen. Doch die Tagung wollte nicht nur offensichtliche gesellschaftspolitische Probleme benennen, sondern gemeinsam mit Sozialwissenschaftlern, Pädagogen und Jugendschützern auch Auswege aus dem Gewaltdilemma aufzeigen.

Entgegen der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), die von einer Zunahme der Jugendgewalt und -kriminalität spricht, sieht der Soziologe Joachim Kersten von der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster gegenläufige Tendenzen bei seriösen Unter-

enkonsum. Bei der „Vermeidung von immer mehr TV-Müll“ sieht Kersten auch Eltern und Geschwister in der Verantwortung. Und schließlich gibt es offenbar eine höhere Anzeigebereitschaft und Sensibilität gegenüber jugendlicher Kriminalität, was natürlich auch zu einem Anstieg der registrierten Taten führt. Aber diese Sensibilität bedeutet auch Mehrarbeit für Polizei, Jugendhilfe und Lehrer.

Gegen Verschärfung des Strafrechts

Heftig wandte sich der Münsteraner Polizeiwissenschaftler gegen die „Bielefelder These von der Orientierungslosigkeit“: „Diese Jugendlichen sind nicht orientierungslos. Sie haben eine klare Orientierung: Sie sind gegen Schwule, Penner und Frauen“. Aus seinen Forschungen mit jugendlichen Straftätern weiß Kersten: „Die haben mehr Angst vor Scham als vor Schuld und Bestrafung.“ Deswegen sieht er auch „Beschämung als Gegenstrategie“. Aber auch die Medien selbst haben eine Verantwortung: „Es gibt sehr Empirie-resistente Medien-Stereotype: „Alles wird schlimmer und man kann nichts tun“. Dem müssen wir entgegentreten!“ Bessere Bildungszugänge und Spracherwerb plus Selbstwertförderung sind Kerstens Ansätze: „Die Ganztagsschule ist die beste Kriminalitätsprävention“. Wenig Erfolg verspricht er sich von mehr Strafe, Härte und Ver-

geltung: „Die Verschärfung des Strafrechts bringt nichts“. Erfolg versprechend seien dagegen die Stärkung der elterlichen Aufsicht, klare Grenzziehungen, Normsetzungen und Wertevermittlung. Programme an den Schulen zur Regeleinhaltung wie Streitschlichter seien gute Beispiele. Die Mitleidsfähigkeit müsse wieder gestärkt und aktive Nachbarschaft gefördert werden. Und schließlich gehe es nicht ohne persönliche, polizeiliche Präsenz wie mit Stadtteilbeamten, die ihren Kiez und die Bewohner kennen. Kerstens Fazit: „Die ‚Alles-wird-schlimmer-Lösung‘ muss bekämpft werden, denn sie verstärkt die Lähmung“.

„Medienverwahrlosung“

Christian Pfeiffer, Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN), spricht von Medienverwahrlosung und sieht einen Zusammenhang zwischen schulischer Leistung, Medienkonsum und Kriminalität. Das Ganze ist laut Pfeiffer vor allem ein Jungenproblem: 2006 gab es den größten Abstand in der PKS zwischen Jungen und Mädchen. Aufsteiger im Schulsystem sind vor allem Mädchen und sie dominieren mittlerweile bei Abiturienten und Studienanfängern. Pfeiffer fragt deshalb: „Was ist los mit den Jungen?“ Mit seinen Untersuchungen weist er nach, dass die Anzahl der Medien im



Polizeiwissenschaftler Joachim Kersten setzt auf „Beschämung als Gegenstrategie“

Fotos: Buchwitz/Schröder

suchungen zu diesem Thema: „Praktiker der Polizeiarbeit nehmen den Anstieg wahr: es gibt mehr Gewalterfahrung in den Familien. Ehre und Männlichkeit sind oft die einzigen Ressourcen, die benachteiligte junge Männer noch haben“. Die soziale Trennung der gesellschaftlichen Schichten wird schärfter und die Grenze zwischen Abenteuer und Kriminalität wird fließender. Dazu tritt ein erhöhter Medi-

eigenen Zimmer bei Jungen deutlich höher ist als bei Mädchen. Ausländerkinder haben mehr Medien als deutsche Kinder und Norddeutsche haben mehr Geräte als Süddeutsche. Sein Fazit: „Höhere Bildung bedeutet weniger Medienkonsum. Arme gucken in die Röhre!“

Am Vergleich Dortmund – München machte Pfeiffer die Unterschiede deutlich: In Dortmund haben Kinder im Durchschnitt mehr Medien in ihren eigenen Zimmern als in München. Dies differenziert sich nach dem Bildungsniveau der Eltern. So haben Kinder, bei denen zumindest ein Elternteil studiert hat, nur zu 16 Prozent einen eigenen Fernseher; Kinder, deren Eltern ledig-



Christian Pfeiffer weist Effekte medialer Gewalt nach



Wolf-Dieter Ring setzt auf eine „regulierte Selbstregulierung“



Johanna Haberer: „Killerspiele heben die Grenzen der Zivilisation auf“

lich einen Hauptschulabschluss haben, dagegen zu 57 Prozent. In Dortmund beträgt die Rate der Eltern mit hoher Bildung 24,7 Prozent, in München 52,8 Prozent. Die Auswirkungen sind signifikant: Der durchschnittliche Medienkonsum beträgt in Dortmund 3,3 Stunden pro Tag, in München lediglich 1,7 Stunden. In Dortmund besuchen 38,4 Prozent der Mädchen und 29,9 Prozent der Jungen das Gymnasium, in München sind es 54,5 Prozent der Mädchen und 48,4 Prozent der Jungen. Hinzu kommt die schon bei Jugendlichen zwischen 14 und 16 Jahren auftretende Spielsucht. So verbringen Jugendliche mit dem Spiel „World of Warcraft“ im Durchschnitt 4,39 Stunden am Tag.

Bei einer Untersuchung vor zwei Jahren wurden 9 Prozent der männlichen und 1 Prozent der weiblichen Jugendlichen anhand der typischen Suchtskala (Konzentration im Unterricht,

Vergessen wichtiger Termine, etc.) als süchtig eingestuft.

Mehr Indizierungen

Vor allem bei Computerspielen kann Pfeiffer Effekte der gezeigten Gewalt nachweisen. Das Risiko von Gewalt erhöht sich. Jugendliche stumpfen durch diese Computerspiele ab und wachsen in eine „Machowelt“ hinein, in der Gewalt eine probate Lösung ist.

Abhilfe sieht Pfeiffer in der dringenden Aufklärung von Eltern sowie Schülern. Auch für ihn ist eine Ganztagschule dringend erforderlich: „Wir müssen den Nachmittag retten und ein ganz anderes Schulprogramm anbie-

streuungen in der Medienpädagogik. Er sieht die produzierenden Unternehmen in der Mitverantwortung und setzt auf eine „regulierte Selbstregulierung“.

Falsche Konfliktlösungsstrategie

Johanna Haberer, Professorin für christliche Publizistik an der Universität Erlangen-Nürnberg, sagte, es sei absurd, dass die so genannten „Ego-shooter“, die ursprünglich dazu dienten, Soldaten in ihrer Treffsicherheit zu schulen und zur Senkung der Tötungsangst beizutragen, nun auch in die Kinderzimmer Einzug hielten. Haberer sieht eine signifikante Veränderung des Verhältnisses von Öffentlichem und Privatem: „Wir haben uns an die Veröffentlichung des Privaten und ans Töten gewöhnt“. Die Theologin erinnerte daran, dass wir vom „Killer Kain“ abstammen und mahnte: „Killerspiele haben die Grenzen der Zivilisation auf“. Aggression und Gewalt würden belohnt – Kinder lernten so eine falsche Konfliktlösungsstrategie. „Gewalt ist fabelhaft unkompliziert, geht schnell und ist

einfach“, sagte Haberer. So werde das Bedürfnis nach Übersichtlichkeit gestillt.

Von der Kirche forderte sie eine stärkere Eimmischung in den Jugendschutz und eine Intensivierung der Jugendarbeit, die Alternativen zum sinnlosen Zeitvertreib vor dem Bildschirm aufzeige. Medien müssten auch ein Thema im Religionsunterricht werden – von der ersten bis zur letzten Klasse. Außerdem gehe es um die Schärfung von Unrechtsbewusstsein und Training von Zivilcourage. Erhöhte Anzeigebereitschaft müsse klar von Denunziation getrennt werden. Ein bloßes Verbieten der Spiele werde die Probleme nicht aus der Welt schaffen.

Praktische Beispiele aus der medienpädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zeigte Günther Anfang, Leiter des Medienzentrums München. Die Faszination, die von Medien aus-

geht, wird dabei als Ausgangspunkt genommen. Erfahrungen der Jugendlichen mit Gewalt im Alltag, positive und negative Medienerlebnisse werden gesammelt und verarbeitet. Dabei finden die Kinder Lösungen und Anerkennung. Sie erbringen Leistungen und entwickeln eine positive Medienbegeisterung. Sie sind stolz auf ihre Ergebnisse und machen die Erfahrung „Ich kann was!“. Der Medienpädagoge Anfang sprach sich für eine Medienerziehung bereits im Kindergarten aus. Ferner sei es wichtig, das Bewusstsein für ethisch richtiges und falsches Verhalten zu schärfen und zum Beispiel das Bloßstellen einer Person im Internet als unsozial darzustellen. Solche Projekte sollten fächerübergreifend die ganze Schule einbeziehen. Hier sieht Anfang allerdings noch Probleme: der Zeitdruck, die Stofffülle und der Zeittakt des Unterrichts müssen überwunden werden, um solche Projekte zu realisieren.

Auch die Landesvorsitzende des Bayerischen Elternverbands, Isabell Zacharias, plädierte nicht für Verbote. Zwar werde Mobbing an Schulen auf Elternabenden immer häufiger zum Thema, aber an neueren Entwicklungen und Problemen wie selbst gefilmte Gewalt auf dem Video-Handy scheinen Eltern weniger interessiert. Deshalb seien mediapädagogische Seminare für Familien wichtig. Eltern und Kinder sollten gemeinsam neue Medien ausprobieren und kennen lernen. Auch Lehrer brauchen Medienfortbildungen, um auf den Wissensstand ihrer Schüler zu kommen. Zacharias beklagte das Elend der viel zu wenigen Schulpsychologen: bisher kommt ein Schulpsychologe auf 4500 Schüler. Sie forderte die Einführung eines Fachs „Medienkunde“ schon ab der Grundschule, das zur Entwicklung von Medienkompetenz beitragen soll. Lehrer und Eltern müssten sich mehr als Erziehungspartner erkennen. El-

ternvertretungen müssten endlich auch in Bayern gesetzlich verankert und bei der Entscheidung wichtiger Fragen wie dem Handyverbot an Schulen einzbezogen werden. Zacharias' Fazit: Mehr Geld für die Bildung statt Verbote.

Für Karin Plodeck, die Präventionsbeauftragte des Bayerischen Kultusministeriums, ist Jugendmedienschutz eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung mit einer Verantwortung aller Beteiligten, auch der Spiele- und Programmproduzenten. Das Ministerium bemühe sich um eine Erziehung zur sinnvollen und konstruktiven Nutzung neuer Medien. Die sei zum Teil in den Lehrplänen verankert. Jugendliche und Eltern würden über Gefahren informiert, mediendidaktische Projekte an Schulen initiiert und Infomaterial zur Verfügung gestellt. Auf das Freizeitverhalten von Jugendlichen bestehe jedoch nur bedingt Einfluss. In Bayern seien „Lan-Partys“ an Schulen



Isabell Zacharias: „Mehr Geld für die Bildung statt Verbote“



Helmut Hochschild warnte vor Dramatisierung und Banalisierung

seit 2003 und Handys an Schulen seit September 2006 verboten. Das Kultusministerium sei für fächerübergreifende Medienerziehung, aber gegen ein eigenes Fach „Medien“, wie es die Elternverbandsvorsitzende Zacharias gefordert hatte. Grundsätzlich sei es eine Frage der Erziehung, ohne Anwendung von Gewalt die eigenen Interessen durchzusetzen. Ein gewaltfreies Schulklima habe dabei eine Schlüsselfunktion.

Stärkung des Selbstvertrauens

Helmut Hochschild ist ein Mann der Schulpraxis. Er weiß, wovon er spricht, wenn von Gewalt an Schulen die Rede ist. Hochschild ist der frühere Rektor der Berliner Rüthli-Schule und heute Schulrat im Problembezirk Neukölln. Er zeigte Auswege aus dem Gewaltdilemma auf und warnte zu Beginn vor Dramatisierung und Banalisierung. „Hart aber herzlich“ lautet seine pädagogische Strategie.

Auch früher gab es Gewalt an Schulen. Neu und problematisch sei, dass Gewalt immer mehr durch Medien vermittelt und auch von den Journalisten zunehmend thematisiert werde. Häufig seien Überreaktionen die Folge. Jugendlichen müsse ein möglichst gewaltarmes Umfeld geboten werden. Aber in Familien herrsche oft Gewalt und Eltern seien nicht immer kooperativ.

Wichtig seien verknüpfte Unterstützersysteme für Jugendliche und ihre Familien. Hochschild sprach sich für mehr Hausbesuche und eine andere Einladungskultur gerade gegenüber Migrantfamilien aus. Aber auch die Kooperation mit Justiz und Polizei dürfe nicht vernachlässigt werden, um den Jugendlichen die Konsequenzen ihres Tuns und mögliche

Sanktionen deutlich vor Augen zu führen. Die Stärkung der Persönlichkeit der Jugendlichen und das Aufzeigen von Perspektiven müssten im Mittelpunkt schulischer Arbeit stehen. Schülerfirmen seien dafür eine gute Basis. Dort erfahren Kinder, was sie können und wo ihre Stärken liegen. Und je stärker das Selbstvertrauen und -bewusstsein der Schüler sei, desto geringer sei ihr Aggressionspotenzial: „Wer positive Anerkennung bekommt, braucht kein ‚happy slapping‘.“ ■

Laura Buchwitz / Michael Schröder

Siehe Presseschau Seite 36-37

Linktipps:

- http://www.bpb.de/publikationen/41XNIY,0,0,Jugendgewalt_und_Gesellschaft.html
- <http://www.kfn.de/home.htm>
- <http://www.blm.de/inter/de/pub/index.cfm>
- <http://www.gewaltig-daneben.de/>
- <http://www.isb.bayern.de/isb/index.asp?MNav=0&QNav=6&TNav=1&INav=0&Proj=162>

Bröckelt die Pressefreiheit?

Kritiker der Vorratsdatenspeicherung befürchten den „gläsernen Journalisten“

Sein Januar ist das Gesetz zur so genannten Vorratsdatenspeicherung in Kraft. Unmittelbar nach Verabschiedung dieses in der Öffentlichkeit heftig umstrittenen Gesetzes organisierte die Akademie Anfang November auf den Bayerischen Jugendmedientagen eine kontrovers verlaufene Podiumsdiskussion über die Folgen des Gesetzes für die Pressefreiheit und die Berufsausübung der Journalisten. Das neue Gesetz erlaubt die Speicherung von allen mobilen Telefon- und Internetdaten für sechs Monate, die auf richterliche Anordnung den Ermittlern zur Verfügung gestellt werden müssen. Bundesinnenminister Schäuble verspricht sich davon schärfere Instrumente im Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität.

Rechte beschnitten oder gestärkt?

Selbst konservative Blätter wie der Münchener Merkur titelten vom „Überwachungsstaat“ und vom „Spitzelgesetz“. Journalisten sind wegen der Auslöhlung des Informanten- und Quellenschutzes besonders stark betroffen. Für Frauke Ancker, Geschäftsführerin des Bayerischen Journalistenverbandes (BJV) ist das Gesetz deswegen auch ein weiterer Schritt auf dem Weg zum „gläsernen Journalisten“. Zuspruch erhielt sie von dem Berliner Journalisten Bruno Schirra, der betonte, dass die Arbeit der Journalisten durch das neue Gesetz massiv erschwert werde und er sich in seinen Rechten beschnitten fühle. Schirra hatte im Rahmen der „Cicero-Affäre“ bereits 2005 sehr negative Erfahrungen mit den Behörden gemacht. Er hatte in einem Artikel für das Magazin „Cicero“ über den jordanischen Top-Terroristen Abu Mussab al-Sarkawi aus einem vertraulichen Dossier des Bundeskriminalamtes zitiert. Wegen angeblichem Geheimnisverrat wurden daraufhin in einer spektakulären Polizeiaktion die Redaktionsräume von „Cicero“ sowie Schirras Privaträume durchsucht. Inzwischen hat das Bundesverfassungsgericht das Vorgehen der Polizei als verfassungswidrig verurteilt. Für den Journalisten ist klar: „Das, was jetzt in Gesetzesform gegossen wurde, gehört schon lange zur Pra-

xis. Offensichtlich besteht eine Differenz zwischen Rechtstheorie und Rechtspraxis.“

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Stephan Mayer betonte, dass es sich bei dem vorliegenden Gesetz nur um die Umsetzung einer EU-Richtlinie

von Anschlagsplänen und die Verhaftung der Täter im Sauerland machen deutlich, dass eine konkrete Gefahr bestehe. Es sei nicht das Ziel, einen Überwachungs- oder Spitzelstaat zu schaffen. Er betonte die auch wegen der neu eingeführten Verhältnismäßigkeitsprüfung verbesserte Rechtslage für Journalisten: „Wir wollen nicht den ‚gläsernen Journalisten‘, sondern den ‚gläsernen Terroristen!‘“, sagte Mayer.

Ebenfalls kontrovers diskutiert wurde das Zeugnisverweigerungsrecht. Dieses Recht gesteht Strafverteidigern und Geistlichen das Recht zu, ihre Aussage vor Polizei und Gericht zu verweigern. Journalisten, anderen Anwälten und Ärzten hingegen wird dieses Recht nicht mehr im vollen Maße zugestanden. Stephan Mayer verneinte die Existenz eines Zwei-



Heftige Kontroversen über die Vorratsdatenspeicherung und die Zukunft eines unabhängigen Journalismus: Frauke Ancker, Bruno Schirra, Moderator Michael Schröder und Stephan Mayer (von links)

Foto: Buchwitz

handele: „Ein vernünftiges Gesetz, das zur Stärkung des Journalisten und seiner Arbeit führt“. Er betonte, dass das neue Gesetz Vorfälle wie die „Cicero-Affäre“ verhindern würde und so die Rechte der Journalisten stärke. Es sei Aufgabe des Staates, einen größtmöglichen Schutz für seine Bürger vor Verbrechen und Terroristen zu gewährleisten. Die frühzeitige Entdeckung

Klassen-Rechts: „Das Zeugnisverweigerungsrecht der Strafprozessordnung bleibt unangetastet, allerdings hat uns das Bundesverfassungsgericht Ausnahmen auferlegt“.

Frauke Ancker hingegen verwies darauf, dass hier erneut der Unterschied zwischen Rechtstheorie und Rechtspraxis deutlich werde, da das den Journalisten zugesprochene Recht durch

Regelungen in anderen Rechtsbereichen ausgehöhlt werde. Schirra stimmte dem zu, wies erneut auf seine Erfahrungen hin und sah die Rechtslage Deutschlands in einem „bedenklichen Zustand, der in Zukunft noch bedenklicher werde“. Gefragt nach den Perspektiven eines investigativen Journalismus in Deutschland meinte Frauke Ancker, sie gebe dem gut recherchierenden Journalisten zwar eine Zukunft, mache aber auch deutlich, dass es davon demnächst noch weniger geben werde. Sie sieht eine Verschiebung der Schwerpunkte: „Weg von der harten, komplizierten, zeitraubenden Recherche auf dem Feld politisch brisanter und kontroverser Themen, hin zum Eventjournalismus“.

Bruno Schirra sieht eine „Salami-Taktik“ der Politiker: „Die Pressefreiheit wird Schritt für Schritt eingeschränkt. Das neue Gesetz ist alles, nur keine Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen“. Angesichts der drohenden Telefon- und Internetüberwachung müsse man halt kreativ werden, um auf anderen Wegen an vertrauliche Infor-

„Wir wollen nicht den „gläsernen Journalisten“, sondern den „gläsernen Terroristen!“

Stephan Mayer MdB (CSU)

mationen und Informanten heranzukommen. Wer wolle, könne auch in Zukunft noch investigativ arbeiten, aber „es wird schwerer“. Sein Vertrauen in das rechtmäßige Handeln des Staates sei durch seine Erfahrungen jedenfalls stark getrübt.

Für den Bundestagsabgeordneten Mayer gibt es auch weiterhin ein natürliches Spannungsverhältnis zwischen Medien und Politik. Er sieht den investigativen Journalisten unbedingt als Teil einer funktionierenden Demokratie. Zur Ankündigung der BJV-Geschäftsführerin Ancker, ihr Verband werde das Gesetz auf jeden Fall in Karlsruhe überprüfen lassen, meinte Mayer, dass das Gesetz dieser Prüfung sicher standhalten werde. ■

Laura Buchwitz /
Michael Schröder

Im Wunderland der Eurokraten



20 Journalisten bayerischer Tageszeitungen waren auf Einladung der Akademie und der Europäischen Kommission in Brüssel. Bei Gesprächen mit Politikern und EU-Mitarbeitern wurde diskutiert, ob Europa mehr ist als ein „Wunderland der Eurokraten“ und welche Bedeutung europäische Politik mittlerweile für die Menschen in Deutschland hat. Im Mittelpunkt standen Fragen der EU-Erweiterung, die

Bedeutung der Strukturpolitik für die Regionen und die europäische Klimaschutzpolitik. Neben Fachgesprächen mit Korrespondenten über die Bedingungen der journalistischen Arbeit in Brüssel war einer der Höhepunkte der Besuch einer Pressekonferenz mit dem Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso unmittelbar vor dem EU-Gipfel in Lissabon (siehe Foto). ■

ms

Politik und Medien in der Hauptstadt

Politiker und Journalisten bilden eine Symbiose mit gegenseitigen Verbindungen, Abhängigkeiten und Wechselwirkungen. Eine Studienreise nach Berlin in Zusammenarbeit mit der Akademie für Lehrerfortbildung Dillingen sollte das komplizierte Beziehungsgeflecht zwischen Politik und Medien durchleuchten und transparenter machen. Mit zahlreichen Gesprächspartnern aus dem Bundestag (unter anderem Vizepräsidentin Susanne Kastner und Christine Scheel) und Redaktionen wurden Hintergründe des politischen Prozesses und Probleme der Politikdarstellung in der Öffentlichkeit erörtert. Neben Fragen der



aktuellen Politik wurden auch historische Themen der deutschen Teilung und Einheit seit 1990 am Brennpunkt Berlin behandelt. Nicht fehlen durfte ein Besuch des Reichstagsgebäudes einschließlich der berühmten Kuppel (siehe Foto). ■

ms

Neue Trends am Arbeitsmarkt

Experten streiten über die richtigen Rezepte für Vollbeschäftigung

Deutschland erlebte im Jahr 2007 einen kräftigen Wirtschaftsaufschwung, der endlich auch den Arbeitsmarkt erreichte. Steigende Ölpreise und der starke Euro lassen zwar eine Abschwächung der Dynamik erwarten, doch zur Zeit geht die Arbeitslosigkeit noch weiter zurück. Wie nachhaltig diese Entwicklung ist und welche Problembereiche am Arbeitsmarkt noch bestehen, diesen Fragen stellten sich auf einer Tagung der Akademie und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im November 2007 führende Wirtschaftswissenschaftler und Arbeitsmarktexperten.

Trend gebrochen

Gebhard Flaig, bis vor kurzem Vizepräsident des ifo-Institutes und dort zuständig für die Konjunkturanalyse, stellte fest, dass die Arbeitslosigkeit mit 3,7 Millionen Erwerbslosen auf den niedrigsten Stand seit Anfang der 1990er Jahre gefallen ist. Dabei sei der seit den 1970er zu beobachtende langfristige Trend einer steigenden konjunkturbereinigten Arbeitslosigkeit gebrochen. Angesichts der weltwirtschaftlichen Gefahren, dem beginnenden Fachkräftemangel und der Tatsache, dass die Langzeitarbeitslosen bisher kaum profitiert haben, mahnte er jedoch zur Vorsicht.

Positiv sei jedoch, so Flaig, dass das Arbeitsvolumen im Trend seit einem Jahrzehnt bereits gestiegen und die Beschäftigungsschwelle, d.h. die Wachstumsrate, bei der Neueinstellungen erfolgen, seit einigen Jahren gefallen sei. Auch registrierte man eine steigende Beschäftigung von älteren Menschen. Eine wesentliche Ursache für die rückläufige strukturelle Arbeitslosigkeit sah er in der Lohnzurückhaltung der letzten Jahre, die stabile Lohnstückkosten ermöglichte und die relative Wettbewerbsposition des Standortes Deutschlands verbesserte. Eine offene Frage sei allerdings, ob diese zurückhaltende Lohnpolitik beibehalten werde. Aber auch die Arbeitsmarktreformen, unter anderem die verschärften Zumutbarkeitsbedingungen, die teilweisen Flexibilisierungen des

Arbeitsmarktes (Minijobs, Leiharbeit), außerdem die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und der Abbau der Frühverrentungsmöglichkeiten hätten positiv auf die Beschäftigungsentwicklung gewirkt.



Gebhard Flaig: Lohnzurückhaltung wesentlicher Grund für die Verbesserungen am Arbeitsmarkt

Fotos: Kietzmann

Regionale Unterschiede

Einen etwas anderen Ansatz verfolgten Uwe Blien vom IAB und Alfred Maußner von der Universität Augsburg. Sie versuchten, regionale und sektorale Probleme des deutschen Arbeitsmarktes im Rahmen empirischer Untersuchungen und theoretischer Modelle zu erklären. Beide Referenten sahen die Ursache für die erheblichen und dauerhaft bestehenden regionalen Unterschiede der Arbeitslosenquoten in Deutschland weniger in regional verschiedenen Arbeitsmarktinstitutionen als in differierenden Angebotsstruktu-

ren. Einen Erklärungsansatz biete das Produktzyklusmodell. Technischer Fortschritt bewirke vor allem bei „neuen“ (am Anfang des Produktzyklus stehenden) Erzeugnissen positive Nachfrageeffekte. Die Beschäftigung reagiere dann in Regionen, wo solche Produktionsstrukturen vorherrschten, positiv auf derartige Entwicklungen.

Traditionelle Produkte

Dies erkläre unter anderem die hohe Arbeitslosigkeit in strukturschwachen Regionen, doch ließe sich daraus auch eine Erklärung für das gesamtdeutsche Beschäftigungsproblem ableiten. Deutschland sei zu stark auf traditionelle Produkte (Auto- und Maschinenbau) – allerdings im Spitzenbereich – spezialisiert, wogegen neue technologische Erzeugnisse (und Dienstleistungen), bei denen größere Nachfrage- und Beschäftigungseffekte zu erwarten sind, unterrepräsentiert seien. Maußner betonte zwar, dass die unterschiedliche Ausstattung der Regionen mit Arbeitsplätzen zu unterschiedlichen Reaktionen auf den Konjunkturzyklus führten. Diese Änderungen seien allerdings zu gering, um den Unterschied der Arbeitslosenraten zu erklären. Vielmehr spiegelten diese ein räumliches Gleichgewicht wider, das von den Präferenzen der Wohnbevölkerung und der regionalen Verteilung der Lebens- und Arbeitsbedingungen abhänge. Darauf wirkten Faktoren wie die Mobilitätsbereitschaft der Arbeitskräfte, Umweltbedingungen, öffentliche Infrastruktur, Wettbewerbsbedingungen auf den Arbeits- und Gütermärkten, aber auch sektorale Struktur ein.

Löhne unter Druck

Michael Pflüger von der Universität Passau und – mehr ergänzend als kritisierend – Jürgen Jerger von der Universität Regensburg beschäftigten sich mit den Auswirkungen der Globalisierung auf Arbeitsmärkte. Sie räumten

mit Vorurteilen auf wie der These, der Welthandel sei ein Nullsummenspiel und die Weltarbeitsmärkte ein System kommunizierender Röhren. Pflüger bezweifelte die Wirksamkeit des so genannten Faktorpreisausgleichs-Theorems, das heißt der Angleichung von Löhnen und Kapitalrenditen zwischen Regionen unterschiedlicher Einkommensniveaus. Die hohen Löhne in den Industrieländern reflektierten den Produktivitätsvorsprung, der sich über die Zeit empirisch nachweisbar kaum verändert hätte. Tatsächlich seien die Löhne auch im weniger qualifizierten Bereich nicht durch die Globalisierung unter Druck, sondern vielmehr durch den technischen Fortschritt. Von 1980 bis 2000 seien die Pro-Kopf-Einkommen in China und Indien *und* in den Industrieländern gestiegen, allerdings für die schlecht Qualifizierten geringer. Die wachsende Lohnschere ist also keine Erfindung. Die Voraussetzung für hohen Wohlstand seien hohe Standards in der ganzen Breite des Bildungssystems, was Indien noch längst nicht aufweise und so schnell auch nicht erreichen könne.

Niedriglöhne

Beim Thema Niedriglöhne zeigte sich die hohe wirtschaftspolitische Aktualität der Tagung. Claus Schnabel von der Universität Erlangen-Nürnberg moderierte die beiden Vorträge von Ulrich Walwei, Vizedirektor beim IAB Nürnberg und Hilmar Schneider vom Institut zur Zukunft der Arbeit in Bonn über Reformen im Niedriglohnsektor. Er erinnerte in seiner Einleitung an die oft klischeehaft vorgenommene Gegenüberstellung USA – Europa: Dort flexible Arbeitsmärkte, hohe Beschäftigung, aber oft zu niedrige Löhne, hier relativ starre Arbeitsmärkte, höhere Löhne, aber auch eine höhere Arbeitslosigkeit. In diesem Bild werde vergessen, dass ein bedeutender Teil des US-amerikanischen Beschäftigungsaufbaus im Bereich hoher Qualifikation und Bezahlung erfolgt. Aber der Vergleich führt ins Zentrum, nämlich

zu der – auch politisch zu beantwortenden – Frage, was besser ist: eine schlecht bezahlte Arbeit oder Arbeitslosigkeit.

Hartz IV optimieren

Ulrich Walwei These lautete: Wenn man den harten Kern der Arbeitslosigkeit auflösen will, sind Reformen im Niedriglohnbereich nötig. Ausgehend



Michael Pflüger: Löhne wegen technischem Fortschritt unter Druck



Ulrich Walwei: Reformen bei den Niedriglöhnen sind nötig

davon, dass das Sozialgesetzbuch II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) besser ist als sein Ruf, versteht er seinen Ansatz als Optimierung von Hartz IV. Er besteht darin, erwerbsabhängige Einkommentransfers auf bedürftige Personen zu konzentrieren, was zum Beispiel für die steuerliche Begünstigung von Minijobs schwerlich behauptet werden könnte. Er plädierte dafür, Anreize in Richtung Vollzeitbeschäftigung aufzubauen, indem bei Empfängern der Grundsicherung niedrige Erwerbseinkommen zu 85 Prozent auf die Transfers angerechnet werden. Höhere, potenziell Existenz sichernde Erwerbseinkommen dagegen sollten lohnender werden, indem man die Anrechnung senkt. Gedacht ist ferner an einen Zuschuss zur Sozialversicherung und ein erhöhtes Kindergeld.

Hilmar Schneider vermutet, dass dies Konzept zwar Teilzeitbeschäftigte in Richtung Vollzeit drängt, die Anreize für Arbeitslose, Vollzeit zu arbeiten, aber kaum verändert werden. Er verspricht sich mehr vom Prinzip „Workfare“, das darin besteht, staatliche Leistungen konsequent von Gegenleistungen abhängig zu machen. Motto: Ohne Arbeit (oder Weiterbildung) keine

Grundsicherung. Die heutigen Hinzuverdienstregelungen müssten entfallen, Teilzeitbeschäftigungen neben Grundsicherungsbezug wären dann nicht mehr attraktiv. Marktarbeit aber würde schon ab einem Stundenlohn von 5 Euro bei Vollzeitbeschäftigung lohnend, der Ausgang aus der Falle der Arbeitslosigkeit wäre eröffnet. Walwei wandte hier ein, dass dafür in der Form öffentlicher Arbeitsplätze flächendeckend eine überzeugende Drohkulisse aufgebaut werden müsse. Das koste sehr viel Geld. Die Frage sei auch, ob man so viele öffentliche Arbeitsplätze schaffen könne, ohne der freien Wirtschaft Konkurrenz zu machen. Außerdem befürchtete er einen verstärkten Druck in Richtung Erwerbsunfähigkeit, wie er derzeit in den angelsächsischen Ländern zu beobachten sei.

Mindestlöhne

Neben dem Niedriglohnsektor sind Mindestlöhne das beherrschende Thema der öffentlichen Diskussion über die Arbeitsmarktpolitik. Joachim Möller, Direktor des IAB, wies darauf hin, dass die Theorie unterschiedliche Antworten bietet. Gemäß dem neoklassischen Arbeitsmarktmodell ist bei Mindestlöhnen Arbeitslosigkeit zu erwarten. Anders wenn Unternehmen dank einer monopolartigen Stellung am Arbeitsmarkt Macht haben. Hier können Mindestlöhne die Einkommenssituation der Beschäftigten verbessern *und* gleichzeitig die Arbeitslosigkeit abbauen.

Auch die Empirie gibt keine eindeutigen Antworten. Die Ergebnisse namhafter amerikanischer Ökonomen zeigen für die USA, wo es Lohnuntergrenzen in einigen Bundesstaaten gibt und in anderen nicht, ein uneinheitliches Bild. Viele renommierte Ökonomen schließen aus ihren Studien keine oder sogar leicht positive Wirkungen der Mindestlöhne auf die Beschäftigung, zumindest aber nicht zwingend negative. Für Großbritannien sind eher positive Beschäftigungseffekte festgestellt worden. Für den stärker regle-

mentierten Arbeitsmarkt Frankreichs seien die Ergebnisse von Studien eindeutig negativ. Da der deutsche Arbeitsmarkt eher dem französischen als dem US-amerikanischen oder dem britischen ähnelt, könnte man für uns eher negative Beschäftigungswirkungen durch Mindestlöhne erwarten.

Für Deutschland gibt es bisher wenige empirische Studien. Eine Untersuchung des ifo-Instituts Dresden im Jahre 2007, die bei einem Mindestlohn von 7,50 Euro einen Arbeitsplatzverlust von 1,1 Millionen erwartet, sieht Möller aufgrund erheblicher methodischer Probleme als nicht überzeugend an. Möllers eigene Analyse zu den Wirkungen des Entsendegesetzes im Bausektor, das zu einem faktischen Mindestlohn im Jahre 1997 von 16 DM in West- und 15,14 DM in Ostdeutschland führte, lässt für Westdeutschland schwach positive, für Ostdeutschland jedoch signifikant negative Beschäftigungswirkungen erkennen. Das könnte auf den unterschiedlichen Betroffenheitsgrad zurück zu führen sein. In Ostdeutschland lagen prozentual wesentlich mehr Beschäftigte unter dem Mindestlohn, und er lag sehr hoch bei 81 Prozent des Medianlohns. Möller wagte bei aller Vorsicht die These, dass ein Mindestlohn,

der vom mittleren Einkommen weit genug entfernt ist, keine negativen Effekte haben muss, vielleicht sogar leicht positive. Mindestlöhne müssten für Deutschland deshalb sektorale und regionale Differenzierungen sein.

Die abschließende Diskussionsrunde von Wissenschaftlern und Politikern unterschiedlicher Richtungen beleuchtete nochmals das gesamte Themenfeld der Arbeitsmarktpolitik.



Joachim Möller: Mindestlöhne sektorale und regionale differenzieren



Hilmar Schneider: Staatliche Leistungen von Gegenleistungen abhängig machen

Klaus Barthel, SPD-Bundestagsabgeordneter, verteidigte die Initiativen seiner Partei zum Mindestlohn und verwies darauf, dass er in anderen europäischen Ländern üblich sei. Menschen müssten von ihrer Arbeit leben können, und der Staat sei nicht dazu da, Niedriglöhne für Arbeitgeber zu subventionieren. Zudem verteidigte er eine längere Zahlung des Arbeitslosen-

geldes an ältere Arbeitnehmer und mahnte Korrekturen bei Hartz IV an. Diesem Ansinnen widersprach vehement der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, Karl-Heinz Paqué. Seiner Meinung nach wäre es ein großer politischer Fehler, die Arbeitsmarktreformen, die nunmehr erste Früchte trügen, zurückzunehmen. Im Gegenteil forderte er weitere Reformen (Lockern des Kündigungsschutzes), um den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren. Möller hielt es für gefährlich, einen flächendeckenden Mindestlohn für alle Branchen und Regionen einzuführen, denn das würde mit Sicherheit vor allem in Ostdeutschland negative Auswirkungen auf die Beschäftigung haben.

Hilmar Schneider spitzte die Diskussion auf die grundsätzliche Frage zu, ob es gerecht sei, Menschen in der Arbeitslosigkeit zu subventionieren, oder die Förderung so anzusetzen, dass Menschen wieder in den Arbeitsprozess integriert werden könnten. Genau in diese Richtung zielten seine Reformvorstellungen zum Niedriglohnsektor. ■

*Wolfgang Quaisser /
Karl-Heinz Willenborg*



Zeichnung: Stuttmann

Einheit in der Vielfalt

Deutschland sucht ein neues Gesellschaftsmodell

Bricht unsere Gesellschaft auseinander, zerfasert sie angesichts der sozialen Differenzierungsprozesse der Moderne? Oder schaffen wir es auch in Zukunft, neue Mitglieder – zugewanderte und einheimische – zu integrieren? Welche Bindekräfte halten uns zusammen, können wir sie benennen? Oder können wir nur definieren, was wir nicht sein wollen? Diesen und weiteren Fragen ging die Tagung „Einheit in der Vielfalt – Deutschland auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsmodell“ nach. In der Reihe der Schwerpunkttagungen des Jubiläumsjahres zum Thema „Was hält die Gesellschaft zusammen?“ stellte sie die Frage nach der Balance von Verschiedenheit und Gemeinsamkeit in Deutschland.

Zu Beginn stellte Stefan Hradil von der Universität Mainz die Antworten der Soziologie auf die Frage nach dem Zusammenhalt von Gesellschaften vor. Integration, so Hradil, ist derzeit ein großes Thema, offensichtlich weil die Menschen sich über den Zusammenhalt der Gesellschaft Sorgen machen. Langzeitarbeitslosigkeit, gleichzeitige Zunahme von Armut und Reichtum, fehlende Chancengerechtigkeit an den Schulen, ethnische Heterogenität, der Zerfall der alten bürgerlichen Mittelschicht in divergierende soziale Milieus (beispielsweise in Globalisierungsgewinner und -Verlierer) und Lebensstile, das Aufkommen neuer religiöser Milieus neben prononziert areligiösen oder gar antireligiösen Haltungen spielen hierfür eine Rolle. Dazu kommt oft auch der Eindruck, dass die Politik nicht helfen könne.

Ein soziologischer Ansatz sieht als Basis einen grundlegenden kulturellen Konsens, einen Grundbestand gemeinsamer Werte, Sprache und Sitten. Eine zweite Richtung hält Einigkeit in der modernen Gesellschaft für unmöglich, sieht aber Mechanismen, die für genügend Zusammenhalt sorgen, so die wechselseitigen Abhängigkeiten in der funktionell differenzierten Gesellschaft oder mögliche Überbrückungen etwa durch Sozialpolitik, die für einen Mindestausgleich zwischen Oben und Unten sorgt (in Deutschland übrigens immer noch besser als in anderen Ländern, wie Hradil betonte).

Kostspielige Nebenwirkungen

Eine dritte Strömung sieht Differenzierung grundsätzlich verbunden mit Konflikten, die meist nicht abschließend gelöst, wohl aber reguliert werden können. Das Regelwerk der Tarifautonomie



Stefan Hradil forderte die Verbesserung der Chancengleichheit
Fotos: Willenborg

mie gilt als Beispiel dafür. Für Hradil hat die Theorie der Differenzierung mit Überbrückungschancen derzeit den größten Realitätsgehalt. Sein Fazit: Eine moderne Gesellschaft braucht verbindliche Spielregeln, eine grundlegende Moral, so wie sie in den Menschenrechten und den ersten Artikeln unserer Verfassung festgelegt sind. Das reicht aber nicht aus, denn daraus las-

sen sich keine Ziele für künftige Entwicklungen und notwendige Veränderungen ableiten.

Als zweites Bindemittel sollte die Idee der sozialen Gerechtigkeit eingesetzt werden. Hier empfiehlt Hradil, sich die Verbesserung der Chancengleichheit auf die Fahne zu schreiben. Das sei die bessere, weil Motivation, Produktivität und Innovation erzeugende Variante. Der direkte Kampf für mehr soziale Gleichheit, egal ob er oben oder unten in der Gesellschaft ansetzt, habe zu viele kostspielige Nebenwirkungen.

Idee der Nation beschädigt

Ist also die gemeinsame Geschichte als alles zusammenbindende Klammer passé? Hans Mommsen, einer der führenden deutschen Historiker, analysierte den „Fall Deutschland“ und sprach von einer „deutschen Anomie“. So habe es nach 1945 in Deutschland keinen klassischen Nationalismus und auch wenig Interesse an „nationalen“ historischen Themen wie der deutschen Einigung im 19. Jahrhundert gegeben. Die Erklärung: Der Nationalsozialismus hat mit seinem Führerkult Adolf Hitler als einzigen Bezugspunkt nationaler Identifikation aufgebaut, zu dem es keine Alternativen gab. Als man nach dem Krieg anfänglich alle Schuld der Person Adolf Hitler aufbürdete, wurde damit die Idee der Nation insgesamt beschädigt. Als Kompensation füllten Föderalismus und Europagedanke die Lücke. So sei auch erklärbar, dass es in Deutschland wenig Verständnis für Nationalismus bei den Nachbarn wie Frankreich oder Polen gibt. Es fehle an nationalen Helden, nationalen Symbolen und nationalen Institutionen der gemeinsamen Geschichte, die als Bezugspunkte der Integration fungieren könnten. Das Ergebnis: „Wir wissen nicht, was das deutsche Nationalgefühl sein soll“.

Gleichzeitig wandte sich Mommsen strikt gegen die Idee, es müsse „etwas Kraftvolles getan werden, um das Nationalgefühl zu fördern“. Es sei höchst bedenklich, nationale Emotionen politisch fördern zu wollen, wie dies in Russland oder Polen versucht werde; dies sei fast immer antidemokatisch. So etwas müsse vielmehr über lange Zeit wachsen.



Hans Mommsen spricht von einer „deutschen Anomalie“

Ein historisches Bewusstsein sei durchaus wichtig für Identität und Solidarität, und deshalb gehörten historische Themen in die politische Bildung. In einer Zeit mehrfacher Loyalitäten könne die Nation aber nicht isoliert als oberster Wert vermittelt werden, es gehe um die Pflege einer nationalen Identität mit regionalen und europäischen Ausprägungen. Was gemeinsame Geschichte ist, sei schwer zu sagen. Die Deutschen sollten sie im Hinblick auf nationale Loyalität eher im Wiederaufbau nach 1945 suchen als irgendwann davor.

Nach diesen allgemeinen Themen war das Fundament für die Beschäftigung mit Einzelaspekten gelegt. Jörg Tremmel von der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen sprach dabei zum Thema „Jung gegen Alt – die Auflösung des Generationenvertrages?“. In den Medien wird dies oft gern als zentrale künftige Konfliktlinie genannt, aber der „Krieg der Generationen“ finde zum Glück nur in den Medien statt. Wie soll man Generationen vergleichen, nach der Ausstattung mit Natur-, Sach-, Finanz-, Kultur-, Sozial- und Humankapital oder nach direkt am Wohl des Menschen orientierten

Zielgrößen? Tremmel plädierte für den letzteren Ansatz, obwohl auch damit große Messprobleme verbunden sind. All diese Überlegungen münden ein in die Definition, dass Generationengerechtigkeit erreicht ist, „wenn die Chancen der Angehörigen der nächsten Generation, sich ihre Bedürfnisse erfüllen zu können, im Durchschnitt mindestens so groß sind wie die der Angehörigen ihrer Vorgänger-Generation“. Die Betonung liegt auf mindestens, denn eigentlich sollen es künftige Generationen immer etwas besser haben als ihre Eltern, auf deren Errungenschaften sie aufzubauen.

Die Durchsetzung des Gedankens der Generationengerechtigkeit – zum Beispiel auf den Feldern Ökologie, Rente und Staatsverschuldung – sei aber durch das Kurzzeitdenken in der Demokratie schwierig. Tremmels Forderung, den Schutz der Rechte zukünftiger Generationen ins Grundgesetz aufzunehmen, schließt hier logisch an.

Entsolidarisierte Gesellschaft

Fritz Schösser, DGB-Vorsitzender in Bayern, nahm die Konfliktlinie „Arm gegen Reich“ in den Blick. Anders als



Fritz Schösser: „Wenige Reiche werden immer reicher, immer mehr Arme immer ärmer“



Klaus J. Bade beklagte die „Neurotisierung der Integrationsdiskussion“

sein Vorredner konzentrierte er sich dabei nicht auf die Gerechtigkeit zwischen Generationen, sondern innerhalb einer Generation. Mit ausführlichem Datenmaterial aus den Bereichen Lebenserwartung, Einkommen, Rente, Arbeitsmarkt und Bildung zeichnete

Schösser das Bild einer auseinanderdriftenden und sich entsolidarisierenden Gesellschaft, in der wenige Reiche immer reicher, die Armen aber nicht nur immer ärmer, sondern auch immer zahlreicher werden. Die Verantwortung dafür sei weniger der Globalisierung, sondern vielmehr den Akteuren in Wirtschaft und Politik zuzuweisen. Die Grundlagen des Zusammenlebens in einer Gesellschaft würden zu wenig bedacht. Das drohende Szenario sei eine neuerliche Strukturierung in Klassen und Schichten. Schössers Diagnose: „In jeder Partei fehlt die Vision: Welches Gesellschaftsbild wollen wir?“

Erkenntnisverweigerung

Klaus J. Bade, Historiker und Migrationsforscher von der Universität Osnabrück, widmete sich dem Thema Integration von Migranten. Schon eingangs stellte er fest, es gäbe keinen Grund für Alarmismus; vielmehr beförderten einige Protagonisten in unverantwortlicher Weise eine „Neurotisierung der Integrationsdiskussion“.

Deutschland sei trotz einiger unbestritten Probleme im internationalen Vergleich ausdrücklich als Erfolgsfall zu werten. Nur vollziehe sich der Normalfall gelungener Integration unauffällig, während Probleme öffentlich diskutiert würden, im Falle der Kriminalität noch dazu mit einer Tendenz zur Ethnisierung unter Ausblendung sozialer Hintergründe. Der Ausdruck „Parallelgesellschaften“ gehöre zu einer Paniksemantik, die auffällige Ausnahmen generalisiere. Dabei treibe allenfalls die

lange Zeit desintegrativer deutscher Immigrationspolitik Einwanderer in Enklaven: „Ein widerwilliges Einwanderungsland braucht sich über widerwillige Einwanderer manchmal nicht zu wundern“. Hier forderte Bade eine „pragmatische Akzeptanz der Einwan-

derungsgesellschaft“ und eine Integrationspolitik der drei Säulen mit präventiven, begleitenden und nachholenden Maßnahmen. Das neue Ausländergesetz von 1990, danach die Reform des

gen legten eine Gesellschaft auf eine politische Ordnung fest, konstituierten aber gemeinhin keine neue Gesellschaft. Anders in Deutschland, wo mit dem Grundgesetz ein neuer Staat ge-

Die Integration durch Verfassungspatriotismus werde demnach von unten erzeugt, durch das tägliche Agieren auf dem Boden der Verfassung. Hier findet sich eine politische Selbstbeschreibung der Gesellschaft, ihrer Vorstellungen davon, was Gerechtigkeit und Demokratie seien. In diesem Sinne könne Deutschland als gelungener Fall von Integration durch Verfassungspatriotismus gesehen werden.

„Wir wissen nicht, was das deutsche Nationalgefühl sein soll“

Hans Mommsen

Staatsbürgerschaftsrechts und zuletzt das Zuwanderungsgesetz markierten wichtige Schritte hin zum Ende der Jahrzehntelangen Erkenntnisverweigerung nach dem Motto „Deutschland ist kein Einwanderungsland“. Defizite lägen vor allem auf Bundesebene, während auf unteren Ebenen, „vor Ort“ oftmals vorbildliche Integrationsprojekte zu finden seien.

Verfassungspatriotismus

Nach den Vorträgen zu Einzelaspekten schlug Hans Vorländer von der Universität Dresden den Bogen zurück zur allgemeinen Perspektive und stellte Überlegungen zum Konzept des „Verfassungspatriotismus“ in Deutschland an. Nachdem nationaler Patriotismus als Integrationskonzept durch die Nazi-Diktatur diskreditiert war, hatte Dolf Sternberger diesen Begriff in den 1970er Jahren geprägt, als „Liebe zur lebenden Verfassung“ (siehe dazu den Beitrag im Report 4/2007, S. 29 – 31). Jürgen Habermas hatte den Begriff aufgenommen und etwas anders interpretiert: Verfassungspatriotismus sei die einzige Form von Patriotismus, die Deutschland dem Westen nicht entfremdet; diese post-nationale Patriotismuskonzeption sollte die nationalstaatliche ersetzen.

Anders als Habermas betrachtete Vorländer jedoch im Sinne Sternbergers, wie das Grundgesetz in Deutschland integrierend wirken konnte. Verfassun-

schaffen wurde, aber die Verfassung nicht als „Selbstvergewisserung“ einer Nation fungieren konnte, galt sie doch zunächst nur als Provisorium und nur für einen Teil der Nation. Dennoch könne im Grundgesetz angesichts der totalitären Erfahrungen eine Art Verfestigung des „besseren Ichs der Deutschen“ gesehen werden, das im Unterschied zu Parteien und Parlament weit hin groÙe Akzeptanz findet. Eine wichtige Rolle spielte hierbei auch das Bundesverfassungsgericht, das eine Art Erziehungsfunktion zur Demokratie erfüllte, indem es das Grundgesetz als Vollverfassung interpretierte und die Selbstbeschreibung Deutschlands als liberale Demokratie prägte. So rückte das Grundgesetz in ein vorher unbe-



Hans Vorländer: Grundgesetz als Zentrum der Identifikation



Kontroverse Abschlussdiskussion mit Oswald Metzger

setzes Zentrum der Identifikation. Dies zeigte sich nicht nur in den Konflikten um Wiederbewaffnung, Notstandsgesetzgebung und Reformpolitik der 1970er Jahre, als alle Protagonisten die Verfassung ins Feld führten und somit das Grundgesetz als integrierenden Identifikationspunkt bestätigten. Auch nach der Wiedervereinigung wollten die meisten daran festhalten.

Schlüssel Chancengerechtigkeit

Zum Abschluss der Tagung hatten Politiker das Wort: Das Thema „Staat, Gesellschaft, Bürger – Wer ist gefordert?“ diskutierten Finanzstaatssekretär Georg Fahrenschon (CSU), der Landtagsabgeordnete Thomas Beyer (SPD) und der frühere grüne Bundestagsabgeordnete Oswald Metzger.

In der stark von ökonomischen Gesichtspunkten dominierten Diskussion tauchte immer wieder ein Aspekt auf, der über die ganze Tagung hinweg wie ein Leitmotiv Podium und Publikum beschäftigte: Wie verwirklichen wir in unserer Gesellschaft Chancengerechtigkeit? Dass hierin der Schlüssel zur

Zukunft und zur Überwindung der zahlreichen Spaltungstendenzen liege, wurde allgemein akzeptiert. Ziel sei die Aussicht auf Teilhabe am Erfolg für jeden – ganz im Sinne des Traums, den die Gesellschaft haben müsse.

Erwartungsgemäß gingen die Antworten auf die Frage, wie dies konkret zu bewerkstelligen sei, auseinander. Ist der einzelne Bürger stärker in die Pflicht zu nehmen? Oder muss er erst in die Lage versetzt werden, selbst Chancen zu ergreifen? Doch in einem Punkt waren sich die Diskutanten wieder einig: Nötig sind politische Führung und klare Kommunikation. Die Menschen müssen wissen, woran sie sind. ■

Stefan Köppl /
Karl-Heinz Willenborg

Sprengkräfte und „Leim“ für Gesellschaften

Universalrezepte für den Zusammenhalt existieren nicht

Die Frage nach dem Zusammenhalt der Gesellschaft, die angesichts tief greifender Wandlungsprozesse zunehmend an Relevanz gewinnt und daher Schwerpunkt des Jubiläumsjahres 2007 war, stand im Mittelpunkt einer Tagung, die zu diesem Thema den Blick über den Tellerrand wagte: Was hält Gesellschaften zusammen, die in ethnischer, sprachlicher, ideologischer, religiöser und sozialer Hinsicht noch deutlich heterogener sind als die deutsche? Welche generellen Schlüsse und Erkenntnisse kann man aus dem Vergleich einzelner Länder ziehen, nicht zuletzt als Rezepte für Deutschland?

Solidarität und Vertrauen

Der Bamberger Soziologe Richard Münch stellte das Konzept des sozialen Kapitals als theoretischen Bezugs- punkt vor. Demnach seien Vereinigungen, wie Kirchen, Verbände, Vereine, Nichtregierungsorganisationen und Selbsthilfegruppen die maßgeblichen Träger des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Anders als bei der Einbindung in Familien und Nachbarschaften (als innere Solidarität einer partikularen Gruppe) reiche die Kooperation von Individuen in solchen Vereinigungen über partikulare Kreise hinaus. So werde auch Solidarität und Vertrauen in Institutionen erzeugt und damit das produziert, was die Soziologie als generalisiertes soziales Kapital einer Gesellschaft bezeichne. Je lebendiger das Vereinigungswesen und je verflochtener die sozialen Netzwerke seien, desto stabiler sei der gesellschaftliche Zusammenhalt. Wichtig sei hier die sich überschneidende Mehrfachmitgliedschaft der Individuen in unterschiedlichen Vereinigungen, damit diese ihre Brückenfunktion, auch zwischen verschiedenen Sprachen und Religionen, erfüllen könnten. Fehlen diese Brücken, so komme es zu Konflikten. In so genannten „versäulten Gesellschaften“ gebe es zwischen den einzelnen Gruppen keine Überschneidungen, weil jede Gruppe ihre eigenen gruppenspezifischen Vereinigungen bilde. Austausch und Konfliktrege-

lung könne dann nur durch enge Kooperation der jeweiligen Eliten stattfinden.

Vor diesem theoretischen Hintergrund könne man auch die Probleme identifizieren, die sich für den Zusammenhalt moderner Gesellschaften stellen: Die immer größere Heterogenität, auch in sozialer Hinsicht, verfüre zum stärkeren Rückgriff auf partikulare Einheiten. Gleichzeitig sei mit der zunehmenden Individualisierung und dem abnehmenden Engagement die Brückenfunktion der Vereinigungen herausgefördert. So schlug der Wissenschaftler Amitai Etzioni als Gegenmaßnahme die Reaktivierung bürgerschaftlichen Engagements vor. Richard Münch sah in der transnationalen Integration der Märkte und der globalen Konkurrenz die primäre Herausforderung für den sozialen Zusammenhalt; dementsprechend müssten auch hier die Gegenmaßnahmen ansetzen.

Ausnahmefall Schweiz

Die Reihe der Fallstudien eröffnete der Schweizer Politikwissenschaftler Dieter Freiburghaus mit einer Analyse der Eidgenossenschaft, die weithin als Modellfall gelungenen Zusammenlebens unterschiedlicher Ethnien, Sprachen und Konfessionen betrachtet wird. Freiburghaus zeigte sich aber sehr skeptisch gegenüber dieser Sichtweise der Schweiz als Modell oder Vorbild und warnte generell vor allzu großen Hoffnungen auf die Übertragbarkeit

von Rezepten. So sei die Schweiz in fast allen Aspekten ein Ausnahmefall. Seine These: Die Stabilität des gesellschaftlichen Zusammenhalts hänge davon ab, wie sich die einzelnen Länder aus den Vielvölkerreichen herausgelöst haben und welche Verletzungen dabei geschlagen wurden. Dies illustrierte Freiburghaus am Fall Schweiz mit zahlreichen Rückgriffen auf ihre Geschichte: So sei es beim Rütlischwur 1291 um gemeinsame Interessen der kleinen Einheiten wie militärischen Beistand gegangen, nicht um eine Staatsgründung. Danach sei die Schweizer Geschichte nicht gänzlich ohne Kriege geblieben, doch hätten diese niemals im Innern zwischen den Volksgruppen stattgefunden.

Eine historisch verankerte Konstante der politischen Kultur sei auch das pragmatische Bestreben, auf Bundes- ebene möglichst wenig zu regeln und möglichst viel den Kantonen zu überlassen. Damit sei nicht Einheitlichkeit, sondern Verschiedenartigkeit die weithin akzeptierte Basis der Schweizer Staatlichkeit. Der Föderalismus stelle also nicht primär ein Rezept zur Integration der verschiedenen Volksgruppen dar, sondern vielmehr eine Konsequenz dieser Wertschätzung von Heterogenität. Die Sprachen seien dabei nie das Entscheidende gewesen und es habe auch nie Sprachunterdrückung gegeben. Ein wichtiger Faktor sei dagegen die räumliche Konzentration der einzelnen Sprachgruppen: So sei die Schweiz „ein Land mit mehreren Sprachen, aber kein mehrsprachiges Land“. Eine wichtige Brückenfunktion erfülle hierbei die direkte Demokratie, denn im Vorfeld von Abstimmungen würden die Problemlagen und Standpunkte übersetzt und das Interesse an dem, was die anderen denken, flamme auf. Das freiwillige Proportionsystem der Schweiz sei auch nicht aus abstrakten Konzepten, sondern vielmehr aus der alltäglichen pragmatischen Suche nach dem Konsens entstanden.

Margareta Mommsen lenkte den Blick auf Russland und legte den Schwerpunkt auf die aktuelle Situation vor den Wahlen (siehe dazu auch den nachfolgenden Bericht über das Akademiegespräch im Landtag auf Seite 17).



Margareta Mommsen: Äußerst fragiles Machtsystem in Russland

Wichtig für das Verständnis Russlands sei vor allem das kulturelle Erbe eines obrigkeitssstaatlichen Denkens. Damit sei ein „superzentralistisches System gleichsam im genetischen Code des russischen Volkes verankert“ und die Phobie gegen einen Parteienwettbewerb erklärbar. Die Bevölkerung betrachte Parteien grundsätzlich als Unsicherheitsfaktor. Vor diesem Hintergrund erläuterte Mommsen die „geleakte Demokratie“, die Wladimir Putin aufgebaut habe: sie sei eine Mixtur aus oligarchischen, autokratischen und demokratischen Elementen, die auf der strikten Kontrolle des Kreml über die politischen Institutionen und die Medien beruhe.

Putin als Klammer

Verschiedene oligarchische Zirkel gruppierten sich um die große charismatische Integrationsfigur Putin, der als Verkörperung der Nation mit seiner Popularität die entscheidende integrative Klammer darstelle. Dieses Machtsystem sei aber äußerst fragil, da es in Abwesenheit funktionierender rechtlicher Strukturen und politischer Institutionen von der Position Putins abhänge. Der Nachfolgefrage komme damit entscheidende Bedeutung zu. Im Moment toleriere die Ge-

sellschaft das autokratische System wegen der Gemengelage aus wirtschaftlichem Wachstum, russischer Großmachtidee und obrigkeitssstaatlicher politischer Kultur.

Der Amerikanist Rüdiger Wersich widmete sich den USA und damit der Frage, ob der vielbeschworene „Schmelztiegel“ dort Wirklichkeit oder eher Mythos ist. Dies sei besonders relevant vor dem Hintergrund, dass sich die US-amerikanische Gesellschaft nach wie vor rasant durch Zuwanderung, aber auch durch sozio-ökonomische Prozesse verändere. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt könne von einer Verschmelzung zu einer Einheit, wie es das Bild des Melting Pot suggeriere, jedenfalls nicht die Rede sein: Kirchen, Schulen, Medien, Wohnungsmarkt und Arbeitsmarkt seien hochgradig von Segregation geprägt.

Mythos Schmelzkiegel

Sprachlich wachse die Heterogenität; schon jetzt werde in jedem fünften Haushalt eine andere Sprache als Englisch gesprochen. Die Vorstellung der Verschmelzung zu einer „new race of men“ als Königsweg zur Formierung einer Gesellschaft aus Millionen Einwanderern greife zu kurz; sie sei nur eines von drei Konzepten, die in Geschichte und Gegenwart immer nebeneinander existiert hätten.

Das Konzept der „Anglo conformity“ bauje dagegen auf die einseitige Assimilierung von Zuwanderern an eine so genannte WASP-Leitkultur, während das dritte Konzept des kulturellen Pluralismus eine bunte „salad bowl“ zum Ziel habe.

Aktuell sei die Diskussion um die drei Konzepte in vollem Gange. Der kulturelle Pluralismus werde von Vertretern der Konformität wie Samuel Huntington scharf angegriffen, wobei insbesondere die Hispanics als Gefahr für den „American Creed“ gesehen werden.

Wersichs Schlussthese: Die USA und Europa stünden vor einer gemeinsamen Herausforderung, nämlich Gesell-

schaftsordnungen zu schaffen, in denen sehr vielfältige Gruppen in relativer Harmonie zusammenleben können.

Multikulturalismus

Wie eine erfolgreiche Antwort auf diese Herausforderung aussehen könnte, illustrierte der Politikwissenschaftler Rainer-Olaf Schultze am Fall Kanada. Der nördliche Nachbar der USA sei durch ein ethnisches Bevölkerungs-mosaik gekennzeichnet, in dem es keine Mehrheit gebe. Neben die beiden „versäulten“ Subgesellschaften der Franco- beziehungsweise Anglokanadier seien als Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt die indigenen „First Nations“ und die Immigranten anderer Herkunft getreten. Wie prägend die Einwanderung für Kanada sei, erkenne man zum Beispiel daran, dass mehr als die Hälfte der Bewohner der Hauptstadt Toronto nicht in Kanada geboren seien.

Zentral für die weithin positiv gesehene kanadische Einwanderungspolitik sei ein Paradigmenwechsel ab 1967, in dem man von der Betonung der ethnischen und nationalen Herkunft der Einwanderer zu einem „farbenblindem“ Punktesystem der Qualifikation übergegangen sei und von einer Betonung der nationalen Interessen, beispielsweise an der Arbeitskraft, zu einem Ausgleich von pragmatischen und humanitären Beweggründen. So sei der Multikulturalismus zu einem Symbol der kanadischen Identität geworden, die eine wichtige integrative Bindefunktion erfülle.

Weitere integrative Klammern seien unter anderem: eine inklusive Konzeption der Staatsbürgerschaft, die sowohl individuelle wie auch gruppenspezifische Rechte beinhaltet; die teils asymmetrische Ausgestaltung des interstaatlichen Föderalismus; das „Agreement to disagree“ als handlungsstrategisches Grundprinzip; horizontale und vertikale soziale Mobilität sowie Fairness im Bildungssystem. Basis für all dies sei eine sphärenspezifische Differenzierung und die Einbettung des Multikulturalismus unter die Herrschaft des liberal-demokratischen Konstitutionalismus.

Integrationsmodell Malaysia

Nach den Fallbeispielen auf dem nordamerikanischen Kontinent richtete die Tagung ihren Blick nach Asien. Der Soziologe und Südostasien-Experte Rüdiger Korff befasste sich mit der pluralen Gesellschaft Malaysias. Die koloniale Vergangenheit sei hierfür ein wichtiger Hintergrund, da dort wie in vergleichbaren Gesellschaften die Idee der kulturellen Homogenität wie in den Nationalstaaten kaum vorhanden sei. Stattdessen hätten die Kolonialherren im Sinne einer Versäulung eher die Abgrenzungen zwischen Malayen, Chinesen und Indern aufrecht erhalten, um das Aufkommen eines Nationalismus zu verhindern. Dadurch und durch den intensiven Handel sei in Malaysia eine multikulturelle Gesellschaft entstanden, in der es keine definierbare Hauptgruppe gebe; auch die einzelnen Gruppen seien in sich differenziert.

Prägend für das Integrationsmodell Malaysias seien die 1960er Jahre gewesen, als es durch den ökonomischen Aufstieg der Chinesen und den entsprechenden Abstieg der Malayen zu Unruhen, den so genannten *race riots* kam. Aus dem Schock über diese Auseinandersetzungen habe sich ein Grundkonsens geformt, alles zur Vermeidung von Konflikten zu tun, wozu auch ungeschriebene Proporzregeln gehörten. Seitdem sei das Bewusstsein, dass ökonomischer Erfolg, Rechts- und Sozialstaatlichkeit und die Verbesserung des Lebensstandards als gemeinsame Errungenschaften nur gemeinsam zu erreichen und zu erhalten sind, die Basis für die pluale Gesellschaft Malaysias, in der es kaum Gewalt zwischen den Gruppen gebe.

Soziale Ungleichheit in China

Saskia Hieber, Akademieexpertin für internationale Politik, erläuterte, warum China selbst als bevölkerungsreichstes Land der Erde kaum Schwie-

rigkeiten mit dem inneren Zusammenhalt hat. China könne auf eine fast 2000jährige Geschichte zurück greifen. Der für das Bewusstsein prägende Vordenker Konfuzius habe schon vor 2500 Jahren gewirkt. Somit gebe es eine lange Tradition ethnischer Homogenität und eines zentralistisch-einheitlichen Staatswesens. Im Vergleich zum vorherrschenden Konfuzianismus sei die Bedeutung der Religionen gering. Auch die einheitliche Schrift und monumentale Bauwerke wie die Große Mauer und der Kaiserpalast seien seit Jahrhunderten wirkende identitätsstiftende Faktoren. In der jüngeren Vergangenheit hätten erniedrigende Traumata wie die japanische Invasion das kollektive Gedächtnis geprägt.



Rüdiger Korff: Koloniale Vergangenheit als wichtiger Hintergrund für das Verständnis Malaysias



Saskia Hieber: Umweltzerstörung kann den Zusammenhalt Chinas gefährden

Auf die Gegenwart bezogen erläuterte Hieber einige politische Faktoren, die den Zusammenhalt begünstigten: So verfüge die Kommunistische Partei Chinas über eine effektive Doppelstruktur von Staat und Partei und zeige sich sehr kreativ im Erfinden immer neuer Legitimationsformeln.

Außenpolitisch fühlten sich die Chinesen von Gegnern oder Konkurrenten umzingelt, vor allem aber von den USA bedrängt. Schließlich entfalte der enorme wirtschaftliche Aufschwung eine große Konfliktämpfende Wirkung.

Allerdings könnten die wachsende soziale Ungleichheit und die grassierende Umweltzerstörung auch potenziell gefährliche Folgen für den Zusammenhalt des Milliardenvolkes haben.

Die Reihe der Fallstudien schloss der Politikwissenschaftler und Journalist Frank Berge mit seinen Betrachtungen zu Belgien. Zum Zeitpunkt der Tagung befand sich das Land aktuell in einer extrem schwierigen Regierungsbildung, in der die Spannungen zwischen Flandern und Wallonen das Hauptproblem darstellten.

Berge schilderte den Prozess, in dem sich die beiden Landesteile nach einer Umkehrung der ökonomischen Kräfteverhältnisse immer weiter voneinander entfernen, so dass kaum mehr von einer belgischen Gesellschaft, sondern nur noch von getrennten Gesellschaften gesprochen werden kann.

Die Spaltung von Parteien- und Mediensystem sowie das weit verbreitete Fehlen von Mehrsprachigkeit im Volk führten dazu, dass ein gesamtbelgischer Diskurs kaum mehr existiere; auch politisch lebten Flandern und Wallonen nach mehreren Föderalisierungsreformen eher nebeneinander als miteinander. Allerdings hätten die jüngsten Auseinandersetzungen bei der Regierungsbildung auch die verbleibenden gesamtbelgischen Potenziale aktiviert.

So förderte die Tagung durch die Zusammenführung mehrerer und auch gänzlich unterschiedlicher Fälle ein facettenreiches Bild gesellschaftlicher Spaltungs- und Integrationspotenziale zu Tage. Es zeigte sich, dass sowohl die Problemlagen als auch die Lösungsansätze äußerst komplex sind und aus dem Zusammenspiel zahlreicher Faktoren bestehen. So gab es immer wieder Anknüpfungspunkte zwischen den behandelten Ländern, die allerdings immer neben anderen Punkten standen, die die Fälle unterschieden. Damit blieb als Ergebnis der Tagung bei allen Parallelen auch die Erkenntnis, dass das „überall anwendbare Universalrezept“ nicht existiert und bei der Übertragung von Modellen Vorsicht zu walten hat. ■

Stefan Köppl

Akademiegespräch im Landtag:

Putins Russland – Welchen Weg geht das Land?

Margareta Mommsen blickt auf das Machtgefüge hinter den Kreml-Mauern

Wohin entwickelt sich Russland? Aufgrund des Zusammenbruchs der Sowjetunion ist das Land zwischen Ostsee und dem Bering-Meer auf der Suche nach seiner neuen Position in der Welt. Nach den Wirren in der Folge des Niedergangs des kommunistischen Regimes hatten viele Russen, aber auch der Westen, Hoffnung in den neuen starken Mann gesetzt: Wladimir Putin. Doch mit seinem System der „gelenkten Demokratie“ im Umfeld von ehemaligen Geheimdienstlern, alten Vertrauten und den schier allmächtigen Oligarchen, ist bei Vielen die Hoffnung der Erkenntnis gewichen, dass der Weg Russlands zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit noch sehr weit sein wird.

Die Russland-Expertin Professor Margareta Mommsen gab im Rahmen der „Akademiegespräche“ im Bayerischen Landtag einen Einblick in ihre Analyse von „Putins Russland“.

Zum 31. Mal war die Akademie für Politische Bildung, Tutzing, zu Gast im Parlament, als Begegnung zwischen Wissenschaft und Politik.

Akademiedirektor Professor Heinrich Oberreuter machte zu Beginn den Zwiespalt russischer Politik deutlich. „Es ist in Ordnung, wenn ein Land wie Russland Augenhöhe mit den USA anstrebt. Aber bei Putins Ausführungen bei der letzten Münchner Sicherheitskonferenz fror einem schon das Blut in den Adern.“

Eine gute Stunde lang brachte Mommsen den Zuhörern im Plenarsaal des Landtags die Macht- und Ränkespiele in Russland um den Machterhalt Putins näher. Dabei ging sie besonders auf die Kämpfe innerhalb dieser „gelenkten Demokratie“ ein, in der Putin versucht Probleme zu lösen, die erst durch sein System der nicht-institutionalisierten Macht erwachsen sind. Im Hinblick an den Wechsel an der Spitze des Staates im kommenden

Jahr gewinnen diese Verwicklungen besonders an Bedeutung, zumal Putin bereit steht, das Amt des Ministerpräsidenten zu übernehmen, um nach dieser von der Verfassung gebotenen Un-



Margareta Mommsen: „Gelenkte Demokratie“. Rechts Akademiedirektor Heinrich Oberreuter

terbrechung wieder Präsident zu werden. An seiner Beliebtheit werde dies nicht scheitern, meinte Mommsen, „zwischen 70 und 80 Prozent der Russen würden wohl für Putins Partei ‚Einiges Russland‘ stimmen.“

Zur Zementierung seiner Macht habe Putin dafür gesorgt, dass alle Fäden im Kreml zusammenlaufen. Obendrein sind Parteien und Parlament weitgehend machtlos, zumal ein freier Wettbewerb politischer Parteien nicht stattfindet. Dazu habe Putin auf „abschreckende Beispiele aus dem Westen, wie der letzten Bundestagswahl in Deutschland oder die Parlamentswahl in Belgien“ verwiesen. Daher vertraue er eher auf sein System, das demokratische Formeln und Verfahren nutzt, gelenkt seien die Vorgänge aber stets aus dem Kreml heraus. Einen Hehl aus seiner Amtsführung mache der Präsident indes nicht. Putin vertrete die Ansicht, Russland brauche eine „den Notwendigkeiten angepasste Demokratie“, worunter er eben sein „handgesteuertes System“ verstehe. Russland werde dies aus seiner Sicht noch 15 bis 20 Jahre brauchen, danach – so Putin – solle der Übergang zur Demokratie nach westlichem Vorbild automatisch vonstatten gehen. Solange werde die Kommandokette vom Kreml aus bis in die Regionen Bestand haben, die Parteien in Unmündigkeit verharren und regierungskritische Journalisten in Lebensgefahr schweben, wie das Beispiel der ermordeten Anna Politowskaja deutlich gemacht habe.

Zur Festigung seiner Macht hat sich Putin mit einem Zirkel von Vertrauten umgeben, ehemaligen Geheimdienstlern, Studienfreunden aus Sankt Petersburg, wirtschaftsliberalen Technokraten und – neuerdings – mit Personen aus der Finanzverwaltung. Kaum einer jener Vertrauten ist Politiker und viele ha-

ben enge Verbindungen zu Großunternehmen. Auch widerstreitende Interessen innerhalb dieser Führungsclique muss Putin ausgleichen, doch genau diese unterschiedlichen Interessen sichern Putins Macht. Als „geheimes Machtkartell“ oder „Partei der dritten Amtszeit“ im Hinblick auf eine Rückkehr Putins ins Präsidentenamt nach seinem verfassungsmäßigen Abtritt 2008 wird dieser Zirkel oft bezeichnet.

Im Hinblick auf den eigenen Machterhalt betreibt der Präsident seit 2007 die Stabübergabe an seinen Amtsnachfolger. Jede Profilierung seiner möglichen Nachfolger sei bisher zur Farce geworden, meinte Mommsen, und mit seiner Zusage, die Liste von „Einiges Russland“ bei der kommenden Wahl anzuführen, habe Putin bereits klar gemacht, wer auch in Zukunft die Zügel der Macht fest in den Händen halten werde.

Unterstützt werde dies von der hohen Popularität, die Putin in der Bevölkerung genießt. „Putins Reden von Großmachtideen tragen Früchte“, betonte Mommsen, die eine Zustimmung zu seiner Liste bei der Wahl auf bis zu 80 Prozent prognostiziert. Dazu aber braucht Putin den Plebisitz 2008, um die oligarchischen Clans mit dieser Demonstration seine Macht auch weiterhin im Zaum halten zu können.

Nationaler „Leader“

Wenn es Putin gelingt, sein Bild vom „Volkszaren“, der in Anlehnung an die Romanow-Dynastie sein Land in ruhiges Fahrwasser bringen kann, zu verstetigen, wird er seinen Einfluss auf die Politik Russlands auf lange Sicht festigen können. Nicht zuletzt basiere die Zustimmung zu Putin auf einem seit Stalin-Zeiten nicht mehr gekann-

ten Personenkult. Ganz selbstverständlich wird er dabei mit dem englischen Begriff als nationaler „Leader“ (Führer) bezeichnet. Eigene Massenbewegungen wie der „Sa Putin“ (für Putin) propagieren zudem in ganz Russland dessen System.

Davon leitet Mommsen eine Vermutung ab: „Sollte Putin 2008 deutlich über 70 Prozent der Stimmen erhalten, wären vorgezogene Präsidentschaftswahlen denkbar.“ Der sichere Kandidat würde dann Wladimir Putin heißen. Doch im verwirrenden Machtgefüge, das hinter den hohen Kremlmauern die Fäden im gesamten Riesenreich zieht, ist nur eines sicher: Es könnte alles auch ganz anders kommen. ■

Gerald Schneider

Siehe Presseschau Seite 36

Gesellschaft sozial gestalten

Jakob Deffner als Kurator verabschiedet

Jakob Deffner: ein 1929 geborener Penzberger Bergarbeitersohn mit steiler Karriere. Vom Verwaltungsangestellten seiner Heimatstadt nahm er den Weg über den Gewerkschaftssekretär bis zum allseits respektierten Vorsitzenden des Landesverbands Bayern des DGB. Von 1978 bis 1990 hat er dieses Amt erfolgreich ausgeübt.

Gewerkschafter ist er seit seinem 17. Lebensjahr, der Idee verpflichtet, die Gesellschaft sozial und gerecht zu gestalten. Im Landtag saß Deffner von 1974 bis 1984, im Senat von 1983 bis 1991. Die Auflösung dieser originellen bayerischen Verfassungsinstitution hat er nicht begrüßt. Gerade die Gewerkschaften sahen den Senat als Chance an, frühzeitig in Informations- und Konsensbildungsprozesse eingebunden zu werden.



Jakob Deffner: Engagiert, geradlinig, konstruktiv und der Idee verpflichtet, die Gesellschaft sozial und gerecht zu gestalten

Foto: Langguth

In all seinen Mandaten und Aufgaben hat man Jakob Deffner als höchst engagiert, geradlinig und konstruktiv wahrgenommen: ein Mann des klugen Rats mit leisen Tönen. Auf diese Wei-

se hat er seit November 1994 auch sein Amt als Kurator der Akademie ausgeübt, vom Kuratorium zusätzlich seit 1995 immer wieder als dessen Schriftführer bestätigt, bis er sich nun im Herbst 2007 zurückzog. Ein Jüngerer solle nun Amt und Aufgabe übernehmen, der aktiv inmitten der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen stehe, meinte er.

Faire und kompetente Förderung

Die Akademie hat allen Anlass, Jakob Deffner für fast eineinhalb Jahrzehnte verlässlicher, fairer und kompetenter Förderung zu danken, in die er seine politische und verbandspolitische Erfahrung, nicht zuletzt aber auch seinen honorigen und verbindlichen Stil einbrachte. ■

Heinrich Oberreuter

Bilanz der Transformation

Unterschiedliche Erfolge in Mittel- und Osteuropa

Mit dem gesellschaftlichen Umbruch der kommunistischen Staaten Anfang der 1990er Jahre wurden auch zahlreiche Wissenschaftsdisziplinen vor völlig neue Herausforderungen gestellt. Zwar erscheinen die ökonomischen und gesellschaftlichen Umwälzungen seit der kommunistischen Parteidiktatur und der Zentralverwaltungswirtschaft historisch beispiellos.

Die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Länder nach dem Umbruch 1989/90 verweist aber auch auf Einflüsse, die ihre Wurzeln anderswo haben. Dieser Sachverhalt stimuliert die Sozialwissenschaften, ihre Einsichten in die Beweggründe des gesellschaftlichen Wandels zu vertiefen. Nach fast zwei Jahrzehnten der Rekonstruktion von Demokratie und Marktwirtschaft in

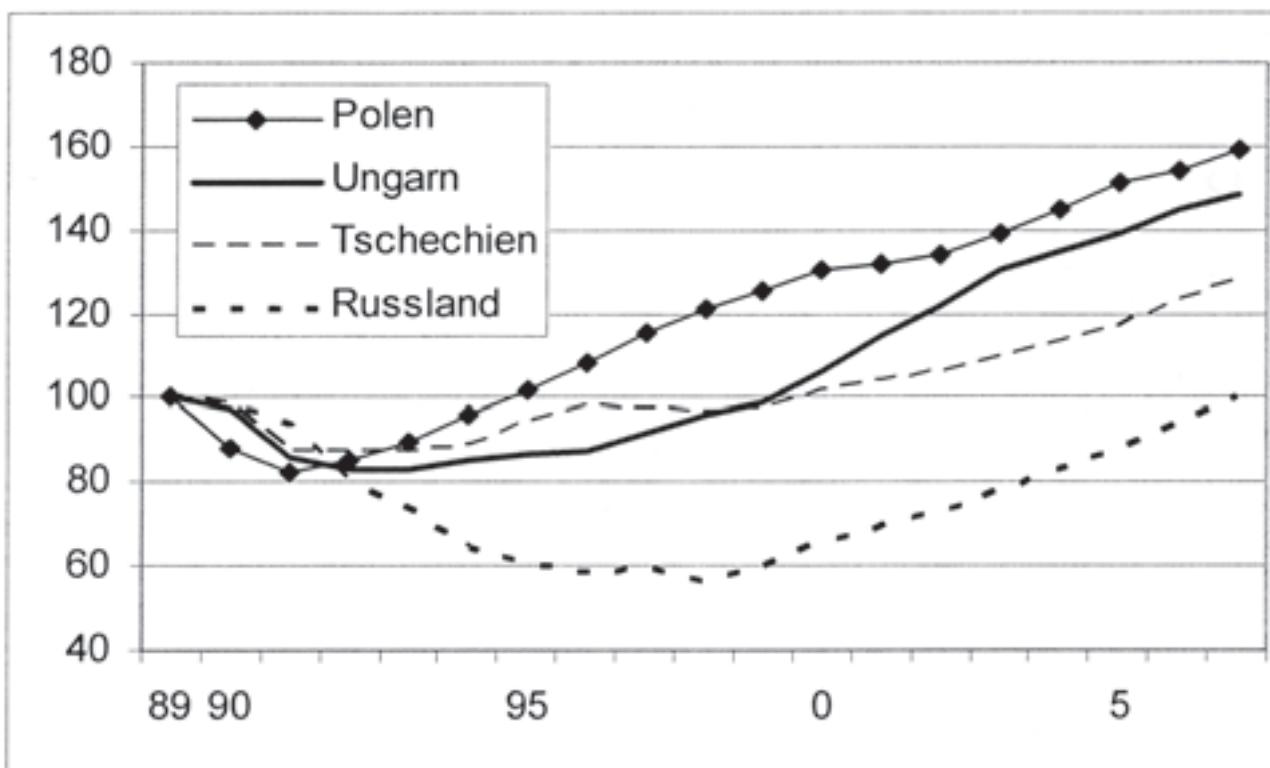
Ostmitteleuropa sahen die Akademie für Politische Bildung in Tutzing und die Fachkommission Wirtschafts- und Sozialwissenschaften im Herder-Forschungsrat den Zeitpunkt gekommen, eine Bilanz der Transformation zu ziehen und sie im Kontext lang- und kurzfristiger Faktoren geschichtlicher Transformationsprozesse zu analysieren.

Die großen geschichtlichen Linien zeichnete Hans Lemberg mit seinem Beitrag: Historische „Bruchlinien“ in Mittel- und Osteuropa seit der Christianisierung. Er machte deutlich, dass politische und kulturelle Grenzen sich in Europa entlang verschiedener Achsen verschoben haben. Während das gesellschaftliche Bewusstsein der Zeit

vor 1800 durch eine Nord-Süd-Einteilung Europas geprägt gewesen sei, habe seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Regionaleinteilung West-, Mittel- und Osteuropa vorgeherrscht. Die historische West-Osttrennlinie sei zunächst durch die Grenzen des Imperium Romanum und später durch den Gegensatz zu Ost-Rom präsent gewe-

sen, der dann durch den Konflikt zwischen der katholischen und orthodoxen Kirche abgelöst und überlagert wurde. Die Grenze habe sich immer wieder an den Rändern des östlichen Polen und Ungarn verschoben und sich weiter über Rumänien durch den Balkan gezogen. Konfessionelle Trennlinien haben sich in Kerneuro-

Wirtschaftsentwicklung in verschiedenen Transformationsländern (BIP-Entwicklung, real; 1989 = 100)



Quellen: Economic Survey of Europe (ECE) verschiedene Jahrgänge, New York. European Bank for Reconstruction and Development (EBRD), Transition Report, verschiedene Jahrgänge. London.

pa mit dem aufkommenden Protestantismus im 16. und 17. Jahrhundert verstärkt und erhielten mit der Expansion des osmanischen Reiches in Richtung Südosteuropa eine grundlegende kulturelle und geostrategische Dimension, die als Bollwerk Europas verstanden wurde. Nicht umsonst war die „Türkengrenze“ in den folgenden Jahrhunderten eine feste Größe im europäischen Bewusstsein.

Trennlinien

Nationalstaatenbildung und Demokratisierung vor und nach der Wiener Friedensordnung von 1815 und nach den Ergebnissen des Ersten und Zweiten Weltkrieges – überlagert durch den Ost-Westkonflikt – seien weitere Dimensionen gewesen, an denen die Trennlinien deutlich wurden. Dabei hätten die Grenzen der Nationalstaaten nicht immer den traditionellen – auch durch die Sprache gesetzten Trennlinien entsprochen. Manche Grenzen erwiesen sich als zeitlich begrenzt, andere hielten über Jahrzehnte, verschwanden aber auch innerhalb weniger Jahre. Die Geschichte lehre, dass vermeintlich dauerhafte Bruchlinien sich auflösen und Platz für neue Entwicklungen machen können.

In einem wirtschaftsgeschichtlichen Referat über „Staatseinfluss und agrarische Prägung, die Besonderheiten der Industrialisierung in Mittel- und Osteuropa“ wies Uwe Müller von der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder auf weitere langfristige Faktoren hin, die auch aktuelle Transformationsprozesse beeinflussen. Deutlich werde dies unter anderem auch im Wiederentstehen der Raumstrukturen aus der Vorkriegszeit.

Lucja Brujan von der Universität Tübingen bestätigte in seinem Referat über die regionalen Disparitäten in Südosteuropa die „Langlebigkeit“ der über Jahrhunderte gewachsenen Strukturen.

Bärbel Leupolt von der Universität Hamburg erläuterte in ihrem Referat, dass auch das sozialistische Industrialisierungsmodell seinerseits räumliche

Strukturen stark geprägt habe, die bis heute fortwirken, beispielsweise durch die räumliche Konzentration von Industriekombinaten.

Raumentwicklungen seien – so Horst Brezinski von der TU Bergakademie Freiberg auch das Ergebnis des sozialistischen Industrialisierungsmodells, das einseitig die Schwer- und insbesondere die Rüstungsindustrie förderte.



Klaus Ziemer: „Der Sozialismus prägt immer noch das Wahlverhalten von Teilen der politischen Elite“

Für David Gilgen von der Universität Bielefeld erklärte die Überstülzung dieses Modells neben vielen Sonderfaktoren – Reparationszahlungen einerseits und Marshallplan anderseits – die sehr unterschiedliche Entwicklung Ost- und Westdeutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg.

Beständige Rechtskultur

Wie beständig die Nachwirkungen des Sozialismus bis heute sind, wird auch im gesellschaftlichen Bereich deutlich. Tomasz Milej vom Institut für Oste recht der Universität Köln zeigte am Beispiel der Rechtskultur Mittel- und Osteuropas, wie sie die Transformation des Rechtssystems, aber auch andere Bereiche, maßgeblich beeinflusst. Die formale Umgestaltung der Rechts-

verfassung muss auch durch eine Änderung der Rechtskultur begleitet sein, um nachhaltig erfolgreich zu sein. Änderungen kultureller Prägungen könnten jedoch erst über längere Zeit zum Erfolg führen.

Im politischen Bereich – so machte Klaus Ziemer vom deutschen Historischen Institut in Warschau deutlich – prägte noch immer die sozialistische Periode das Wahlverhalten und das politische Handeln von Teilen der politischen Elite.

Differenzierte Transformation

Tagungsleiter Wolfgang Quaisser betrachtete unterschiedliche Transformationsstrategien. Seine Analyse ergab, dass zu Beginn der Wende die ökonomische und politische Debatte stark dadurch geprägt gewesen sei, ob eine radikale oder eine graduelle Strategie verfolgt werden sollte.

Ein indirekter Beweis für die Wirksamkeit der langfristigen, von der jeweiligen Transformationsstrategie unabhängigen Faktoren ist die Tatsache, dass die Wirtschaftsentwicklung innerhalb einzelner Regionen sehr unterschiedlich verlief.

In Ostmitteleuropa war die Transformationskrise ähnlich stark ausgeprägt, wurde allerdings meist nach drei bis fünf Jahren im Rahmen eines steten Wachstumsprozesses überwunden. In Staaten der ehemaligen Sowjetunion sei der Wirtschaftseinbruch tiefer gewesen und habe länger gedauert, wogegen in China die Transformation von einem beachtlichen Wachstumsprozess begleitet gewesen sei. Die Kontroverse über die richtige Transformationsstrategie wurde zudem mit einer grundsätzlichen Kritik am „Washingtoner Konsens“, also den Strategieansätzen von Weltbank und IWF, verknüpft. ■

Wolfgang Quaisser

46. Internationale Hochschulwoche:

Zivilgesellschaftliche Entwicklungen in Südosteuropa

Die alljährliche Internationale Hochschulwoche in Zusammenarbeit mit der Südosteuropa-Gesellschaft ist ein Diskussionsforum für Studenten und Professoren aus deutschsprachigen und südosteuropäischen Ländern. Durch die persönlichen Kontakte fördert sie den künftigen wissenschaftlichen Austausch. Unter der Leitung von Anton Sterbling, Professor für Soziologie an der Hochschule der Sächsischen Polizei, widmete sie sich 2007 dem Thema „Zivilgesellschaftliche Entwicklungen in Südosteuropa“.

Sterbling wies in seiner Einleitung darauf hin, dass von zivilgesellschaftlichen Entwicklungen ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung freiheitlicher Gesellschaftsordnungen und der Demokratie erwartet wird. Zivilgesellschaftliche Netzwerke gelten als erwünschte, geradezu notwendige Ergänzungen der staatlichen Institutionen. Kulturelle und historische Rahmenbedingungen prägen aber in jedem Land auf besondere Weise das komplizierte Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft.

Aus der großen Zahl der Referate greifen wir zwei thematisch übergeordnete und ein länderbezogenes heraus.

Unterschiedliche Konzepte

Wim van Meurs von der Universität Nimwegen begann mit der Feststellung, dass Historiker immer versuchen, an soziologische Konzepte mit dem Brecheisen heranzugehen, um heraus zu finden, wo sie weniger tauglich sind. Es zeigte sich tatsächlich, dass der Begriff und seine Operationalisierung ihre Tücken haben. Van Meurs unterschied vier Konzepte für eine Zivilgesellschaft:

- Als Stützpfeiler der Demokratie, das heißt als normatives Ideal,
- als Summe der Nichtregierungsorganisationen (NGO), gemessen nach der Zahl der Mitglieder und Aktivisten,
- als ideengeschichtlicher Focus, der Wandlungen des Begriffs seit dem 18.

Jahrhundert nachspürt und so wichtige gesellschaftliche Veränderungen aufhellt und

- als Begriff der heutigen politischen Praxis, der zum Beispiel die Politik der internationalen Gemeinschaft auf dem Balkan prägt, der damit freilich noch nicht ein für die politische Analyse geeigneter Begriff ist.

Für van Meurs läuft „Zivilgesellschaft“ als analytische Kategorie Gefahr, die Dynamik, die Konstruktion, das Aushandeln dessen, was Zivilgesellschaft ist, zu verfehlten. Deshalb verfolgte er den begriffsgeschichtlichen Ansatz weiter. Das moderne Konzept von Zivilgesellschaft wurde entscheidend von Tocqueville geprägt. Am US-amerikanischen Beispiel entfaltete er die These, dass eine Gesellschaft durch Vernetzung in demokratischem politischen Handeln geübt werde. Der amerikanische Politikwissenschaftler Robert D. Putnam ging noch einen Schritt weiter, indem er auch das Handeln in allen Organisationen, die auf Vertrauen und Kommunikation basieren und „Sozialkapital“ generieren, als Grundlage der Demokratie ansah. In den 90er Jahren richtete die London School of Economics ein Center for Civil Society ein. Sie wurde ganz im klassischen Sinne verstanden als zwischen der unstrukturierten Gesellschaft, dem Markt und dem Staat stehend. Das machte „Zivilgesellschaft“ zu einem wissenschaftlichen Modebegriff mit praktischer Bedeutung. Man erinnere sich, dass die EU ihren Verfassungsentwurf im Kontakt mit zivilgesellschaftlichen Organi-

sationen ausarbeitete. Aber van Meurs fragte, ob die dahinter stehende Unterstellung immer richtig sei, dass zivilgesellschaftliche Akteure keine Partikularinteressen vertreten, dass sie integrierend wirken, nicht spalterisch und nicht gewaltbereit seien? Selbst wenn das im konkreten Fall stimmt, bleibt das Problem, dass Organisationen Einfluss auf die Politik bekommen, die nicht gewählt und niemandem rechenschaftspflichtig sind.

Empirisch betrachtet gibt es zu allen behaupteten Wirkungen einer aktiven Zivilgesellschaft Gegenbeispiele. Sie ist nicht immer moralisch – siehe die „National Rifle Association“ in den USA; sie stärkt nicht immer die Demokratie – siehe Weimarer Republik. Auch führt eine starke Demokratie nicht immer zu einer starken Zivilgesellschaft – siehe Frankreich und Japan. Eine starke Zivilgesellschaft führt auch nicht zu wirtschaftlichem Erfolg, eher umgekehrt, weil in einem prosperierenden Land die Menschen Zeit und Geld für zivilgesellschaftliche Aktivitäten haben. Sie ist auch nicht so autonom vom Staat wie oft behauptet. Sogar in den USA stellte sich heraus, dass zwei Drittel aller zivilgesellschaftlichen Organisationen direkt oder indirekt vom Staat finanziert werden.

Der Begriff Zivilgesellschaft, so von Meurs’ Schlussfolgerung, ist heute für die politische Praxis wichtiger als für die soziologische und politologische Analyse.

Keine Messinstrumente

Für Frane Adam, Professor an der Universität Ljubljana, Slowenien, hat die Zivilgesellschaft vor allem zwei Funktionen: Interessenvertretung und soziale Dienstleistung. Sie ist nicht direkt für die Demokratie wichtig, sondern für die demokratische politische Kultur. Laut Adam ist das bestehende Messinstrumentarium noch nicht ge-

eignet, die Zivilgesellschaften verschiedener Länder zu vergleichen. Man müsse mehrere nationale Datenbasen zugrunde legen und mit Verallgemeinerungen sehr zurückhaltend sein. Die Methode der Befragung von Experten und Aktivisten bedinge sehr subjektive Einschätzungen.

In drei internationalen Studien über den Zustand der Zivilgesellschaft in den untersuchten Ländern rangiere zum Beispiel Slowenien einmal in der

Fluss ausübt. Struktur und Einfluss sind also nicht eng korreliert, intensive Mobilisierung kann vieles kompensieren.

Fazit: Der institutionelle und semantische Kontext muss beachtet, die Struktur des jeweiligen Wohlfahrtsstaates muss erkannt, die Bedeutung der Zivilgesellschaft innerhalb eines Landes muss verstanden sein, bevor realistische Vergleiche möglich sind. Das bedeute noch viel Forschungsarbeit.

Die systemkritischen Studentenproteste in Sarajewo 1987 hatten noch nicht die ganz große Resonanz, aber sie gelten trotzdem als Beginn der heutigen Zivilgesellschaft.

Durch die Kriege der 90er Jahre lösten sich viele Organisationen auf, unter dem Einfluss der internationalen Gemeinschaft entstanden neue, zum Teil als Ableger großer NGO's. Aber nach dem Sturz der Kommunisten haben viele nicht das gehalten, was sich die westlichen Geldgeber davon versprochen hatten. Parteien und Organisationen wurden von Mitgliederverlusten geschwächt, wie anderswo auch prägten Apathie, geringe Wahlbeteiligung, Rückzug ins Private das Bild. Der Topdown-Ansatz der Demokratisierung wurde lebhaft kritisiert, aber trotzdem weiter verfolgt in der Hoffnung auf Stärkung des Friedens.

Neue Bewegungen

Die meisten NGO's arbeiten nicht themenorientiert, sondern sie richten sich nach den zur Verteilung anstehenden Finanzen und Verteilungsmodi, berichtete Nietsch. Versöhnung, Frauen, Sicherheit ... , die NGO's agieren praktisch als Dienstleistungsanbieter für die internationalen Geldgeber, führen die international konzipierten Projekte kostengünstig durch. Die Geldgeber bevorzugen immer die von ihnen gegründeten Projekte, übergehen damit andere, die vor Ort vielleicht mehr Erfahrung haben, aber wahrscheinlich auch mehr Eigensinn.

Große Defizite gebe es bei der Kommunikation zwischen NGO's. Je ähnlicher die Ziele, umso mehr sieht man sich als Konkurrent. Im Kosovo gibt es bis auf Frauen- und Jugendorganisationen keine funktionierenden zivilgesellschaftlichen Plattformen. Interethnische Kooperation komme kaum vor. In der Kommunikation zwischen Regierungs- und zivilgesellschaftlichen Organisationen fehle es beiden Seiten an Respekt und Vertrauen in die Expertise der anderen. Trotzdem nimmt die Kooperation allmählich zu.

Die meisten neu gegründeten NGO's bestehen nur aus einem Büro und zwei bis vier Angestellten, von einer Basis



Wissenschaftlicher Austausch auf hohem Niveau: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Internationalen Hochschulwoche mit den organisatorischen Leitern Johanna Deimel (unten links) und Karl-Heinz Willenborg (oben links). In der Mitte Anton Sterbling, der wissenschaftliche Leiter der Hochschulwoche 2007

oberen Gruppe der Länder mit einer gut entwickelten Zivilgesellschaft, einmal in der Mitte, einmal ganz unten neben Albanien und Kasachstan. Im Falle Tschechien sind die Ergebnisse kongruenter in Richtung hohes Niveau. Wenn Aktivisten in Albanien und Slowenien ihre finanzielle Situation gleich lautend als gut beschreiben, stünden trotzdem ganz unterschiedliche Sachverhalte dahinter, so Adam.

Allen Unzulänglichkeiten zum Trotz könne man aus diesen Vergleichsstudien zutreffend entnehmen, dass der zivilgesellschaftliche Sektor in Slowenien finanzielle und personelle Defizite aufweist. Umso bemerkenswerter, dass er trotzdem relativ starken Ein-

Julia Nietsch aus Pristina berichtete über „Zivilgesellschaftliche Entwicklungen im Kosovo und in Bosnien und Herzegowina“. Sie begann mit einem historischen Rückblick und führte aus, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in Bosnien-Herzegowina und Kosovo keine Erfindung der internationalen Gemeinschaft sind. Schon im 19. Jahrhundert lassen sich zahlreiche politische und kulturelle Gesellschaften nachweisen. In Bosnien-Herzegowina wurden besonders in der österreichischen Zeit muslimische, serbische und kroatische Gruppierungen gegründet. Viele entwickelten sich zu politischen Parteien und waren im Parlament von 1910 vertreten.

in der Bevölkerung und darin begründeter hoher Legitimität könnte keine Rede sein. Das ist wohl mit ein Grund für das Aufkommen neuer wirklicher Bürgerbewegungen. In Bosnien-Herzegowina macht „Dosta“ sehr wirkungsvoll auf sich aufmerksam, im Kosovo engagiert sich „Çohu“ gegen Korruption. Am bekanntesten ist wohl die Bewegung für Selbstbestimmung „Vetëvendosje“. Alle machen, und das ist neu in der Region, sehr kreative Straßenaktionen und Demonstrationen mit beachtlichem Zulauf. Vetëvendosje hat, auch das ist bemerkenswert, viele freiwillige Helfer, sogar aus dem

westlichen Ausland. Eigentlich wäre es ein gutes Beispiel einer relativ erfolgreichen, lokal gewachsenen Jugendinitiative, aber seit im Februar 2007 ihr Anführer verhaftet wurde, sinkt der Einfluss. Mit einem Aufruf zu Gewalt gegen Regierungsinstitutionen und -vertreter stellt man sich gegen die Ziele, die die internationale Gemeinschaft im Kosovo verfolgt. Für Nietsch ist die Zivilgesellschaft in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo weiter in einem tief greifenden Wandel. Mit der Reduktion der internationalen Verwaltung werden die Fördergelder weniger, Abhängigkeiten

schwinden, aber gerade Jugendorganisationen gelinge es anscheinend, das durch private Spenden und freiwillige Mitstreiter zu kompensieren. Insgeamt sei fest zu halten, dass es in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo keineswegs nur ein paar zivilgesellschaftliche Inseln gebe, sondern eine Vielzahl von Vereinen, Organisationen und Bewegungen, von lokalen bis international vernetzen. Alle müssten aber angesichts der sich rasch wandelnden politischen Rahmenbedingungen ihre Ziele und Strategien überprüfen und stünden vor schwierigen Entscheidungen. ■

Karl-Heinz Willenborg

Im Akademiearchiv gestöbert:

Die „Schrettl-Tafel“ der Akademie

Zu Beginn der 1960er Jahre ist durch die Akademie die Tafel zu „Grundsätzen der Demokratie“ konzipiert worden. Ihre grafische Gestaltung wurde von C. Starsser besorgt. Der Vertrieb erfolgte durch die Firma W. Fischer & G. Schrettl in München-Neuhausen. Im internen Sprachgebrauch der Akademie war dabei stets von der sogenannten „Schrettl-Tafel“ die Rede.

GRUNDSÄTZE DER DEMOKATIE

- Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Diese zu achten und zu schützen, ist der Staat verpflichtet.
- Die Grundlage unserer politischen Ordnung ist das Recht des Volkes, seine Staatsverfassung selbst zu schaffen.
- Die durch die Verfassung gewährleistete Freiheit darf nur eingeschränkt werden, wenn die öffentliche Sicherheit, Sittlichkeit, Gesundheit und Wohlfahrt es zwingend erfordert.
- Demokratie kann nur dann bestehen, wenn jeder einzelne ein Gewissen für das Ganze hat.

Die ausgewählten Textpassagen gehen zurück auf Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen und den Artikel 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland; eine Aussage von George Washington; die Verfassungen der deutschen Länder, insbesondere Artikel 98 der Verfassung des Freistaats

Bayern; und ein Zitat von Eduard Spranger.

Als graphische Elemente finden sich neben dem Wappen der Bundesrepublik Deutschland die Wappen jener deutschen Länder aufgeführt, die damals bereits Glieder der Bundesrepublik Deutschland waren oder – so heißt es erklärend auf der Rückseite – „vom verfassungsrechtlichen Gebot der Präambel des Grundgesetzes, »in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden«, umfasst werden. Die Wappen der mittel- und ostdeutschen Gebiete sind nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 dargestellt.“

Das im Juli 1962 auf den Markt gebrachte massiv-hölzerne Produkt entwickelte sich zu einem regelrechten Verkaufsschlager. Es zierte nicht nur viele bayerische Kasernengebäude. Besonderer Beliebtheit soll sich die Tafel auch bei den bayerischen Kommunen erfreut haben. Dementsprechend wurde sie von zahlreichen Ge-



Akademieprodukt „Schrettl-Tafel“ mit den „Grundsätzen der Demokratie“
Foto: she

meinden für die Ausgestaltung ihrer Rathäuser geordert. Exemplarisch sei hierfür die Anfrage der Gemeinde St. Oswald im Bayerischen Wald vom 4. März 1964 an das „Amt für politische Bildung“ in Tutzing herausgegriffen. Doch bereits Anfang der 1970er Jahre ist die Schrettl-Tafel seitens der Akademie aus dem Verkehr gezogen worden. Die Veränderungen der deutschen Ostpolitik unter Bundeskanzler Willy Brandt („Wandel durch Annäherung“) haben dabei sicher eine entscheidende Rolle gespielt. 1972 wurde die Genehmigung für den Vertrieb zurückgezogen. Trotzdem waren die Schrettl-Tafeln wohl noch viele Jahre auf zahlreichen Fluren und Gängen bayerischer Amtsstuben zu sehen. ■

Steffen H. Elsner

„Schild und Schwert der Partei“

Erkenntnisse über die Stasi

Das Ministerium für Staatssicherheit („Stasi“) war eines der wichtigsten Instrumente der SED-Führung zur Absicherung ihrer Diktatur. Als „Schild und Schwert der Partei“ verstand es faktisch ausschließlich der Parteispitze um Walter Ulbricht (1949-1971) und Erich Honecker (1971-1989). Dieser, auch im Vergleich zum Ostblock, außergewöhnlich personalstarke Machtauftrag überwachte, bespitzelte und unterdrückte die Bevölkerung und bekämpfte die Regimegegner.

Mit Rolle und Struktur des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) beschäftigte sich Jens Gieseke zu Beginn der Tagung in Zusammenarbeit mit dem bayerischen Landesverband der Deutschen Polizeigewerkschaft.

Gieseke ist Verfasser eines Standardwerks zur Geschichte der Stasi („Der Mielke-Konzern“). Vor allem während der 1970er Jahre war ein deutlicher Anstieg der Personalstärke der Stasi auf zeitweise 180 000 IMs festzustellen. Die Ursache dafür war eine steigende Anzahl von Kontakten zwischen der Bundesrepublik und der DDR, vor allem im Rahmen so genannter dringender Familienangelegenheiten, welche die Stasi unter Kontrolle zu halten versuchte.

Eine weitere Hauptaufgabe der Stasi war es, die Gefahr der „politisch-ideologischen Diversion“ zu verhindern, worunter nach SED-Diktion das Eindringen westlichen Einflusses in die DDR verstanden wurde. Die Zahl der Mitarbeiter des MfS war, verglichen mit der Bevölkerungsdichte, drei Mal so hoch wie in der UdSSR. Gieseke erklärte dies mit der deutschen Teilung und dem – von DDR-Seite sicher zu Recht gefürchteten – größeren Westeinfluss.

Als Geheimpolizei, Nachrichtendienst und Untersuchungsorgan in politischen Strafsachen agierte dieser Apparat ohne jede rechtsstaatliche Kontrolle. Wer in sein Visier geriet als vermeintlicher oder wirklicher Gegner der kommunistischen Parteidiktatur, war der Willkür ausgeliefert, musste mit beruflichen Nachteilen, gesellschaftlicher Ächtung, Bedrohung von Leib und Leben und häufig langjähriger Haft rechnen. Rund 91 000 hauptamtliche und 174 000 inoffizielle Mitarbeiter (IM) standen am Ende

der DDR im Dienst einer paranoiden Sicherheitsdoktrin, die den inneren (in der Bevölkerung) und den äußeren Feind (aus dem Westen) rund um die Uhr und flächendeckend aufspüren und abwehren sollte, um den „ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden“ zu schützen. Dass die Stasi auch die Volkspolizei im Blick behielt und dass beide Sicherheitsapparate zusammenarbeiteten, versteht sich unter diesen Prämissen von selbst.

Nicht alle im Visier

Im Zusammenhang mit der Organisationsstruktur des MfS ging der Referent noch genauer auf die inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheit ein. Dabei wurde deutlich, dass ein breites Spektrum von Verhaltensweisen seitens



Helmut Müller-Enbergs: „Agent für die Stasi gewesen zu sein, hat sich gelohnt“

der IMs möglich war. So führte die Dekonspiration, also die Bekanntgabe der IM-Tätigkeit gegenüber Arbeitskollegen oder Bekannten, zum Abbruch des Kontakts durch die Stasi. Es gab also die Möglichkeit, eine Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit abzulehnen

beziehungsweise zu verhindern. Man musste nicht zwangsläufig mit ihr kooperieren.

Nicht alle Bürger nahm die Staatssicherheit ins Visier. Der hauptamtliche Parteiapparat der SED war davon weitgehend ausgenommen. Es sei denn, Erich Honecker stimmte einer Überwachung zu. Die Stasi war „Schild und Schwert der Partei“, kein „Staat im Staate“.

Auch an Gerichtsverfahren war das MfS beteiligt. Es ging vor allem um Flucht- und Ausreisedelikte. Die Ahndung der letzteren erwies sich als Hauptbeschäftigung der Stasi und hatte die Kriminalisierung von Zehntausenden von Ausreisewilligen zur Folge.

KGB-Filiale

Helmut Müller-Enbergs referierte über die DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik. Zuständig dafür war die Hauptverwaltung A (HVA) des MfS. Dieser Auslandsnachrichtendienst umfasste rund 4000 Mitarbeiter, die einige tausend Agenten in der Bundesrepublik führten – insgesamt waren es über die Jahrzehnte hinweg rund 12 000. Für 1988 sind 1500 Spione

nachgewiesen. Müller-Enbergs bezeichnete die HVA als die „deutsch-sprachige Filiale des KGB“. Die HVA betrieb in der Bundesrepublik insbesondere Wissenschafts- und Technikspionage sowie Spionage in den Bereichen Politik und Militär. Die für die HVA tätigen Agenten arbeiteten vor allem in Nordrhein-Westfalen, West-Berlin und Bayern.

Einer der wichtigsten Agenten der DDR in der Bundesrepublik trug den Decknamen „Fichtel“. Er gilt als die ergiebigste Quelle der HVA: Jahrzehnte lang berichtete er seinen Auftraggebern in Ost-Berlin über Interna der politischen Szene in Bonn. Der wohl bekannteste DDR-Spion, Günter Guillaume, war trotz seiner exponierten Stellung als persönlicher Referent von Bundeskanzler Willy Brandt nur eine mittelmäßige Quelle. Er lieferte zu wenigen Informationen und wurde deshalb für den effektiver arbeitenden Agenten „Max“ geopfert. Im gleichen Zeitraum, in dem Guillaume 45 Beiträge geliefert hatte, gab „Max“ über 800 Mitteilungen weiter.

Die Frage nach einer möglichen Siegerjustiz von Seiten der Bundesrepublik nach 1990 beantwortete Müller-Enbergs mit einem klaren Nein. 73 Prozent der Verfahren gegen Agenten der ehemaligen DDR wurden eingestellt. Sarkastisch bemerkte Müller-Enbergs in diesem Zusammenhang: „Agent für die Stasi gewesen zu sein, hat sich gelohnt.“

„Die Rolle der Volkspolizei im SED-Staat“ beleuchtete Thomas Lindenberger. Als „territoriale Volkspolizei“ war sie Schutz-, Kriminal- und Verkehrspolizei. Sie war zuständig für das Pass- und Meldewesen und besaß Wach- und Ausbildungseinheiten. Außerdem oblag ihr der Betriebsschutz, der Strafvollzug, die Feuerwehr und bis 1951 die Grenzpolizei. Die Volkspolizei sollte eine Arbeiterpolizei sein, was bei ihrem Aufbau zu erheblichen Problemen führte. Der anfangs sehr niedrige Bildungsgrad der Polizisten sowie die schlechte Bezahlung und die ungewissen Perspektiven führten zu hoher Fluktuation, schlechter Disziplin und geringem Ansehen in der Bevölkerung. Diese Probleme versuchte man durch eine intensivierte politische

Kontrolle durch den Parteiapparat, die Ausweitung der Qualifizierung und Spezialisierung mittels einer eigenen Hochschule, einer gesicherten Dienstlaufbahnperspektive und einer gezielten Besserstellung der Unteroffiziere in der Schutzpolizei zu lösen.

Beim Mauerfall in Stasi-Haft

Durch den Zeitzeugenbericht von Mike Fröhnel, einem früheren Häftling im Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen, wurde das Unrechtssystem der DDR anschaulich vor Augen geführt. Fröhnel ist seit 1994 als Besucherreferent an der Gedenkstätte Hohenschönhausen tätig. Er stellte dar, warum er mehrmals in der DDR inhaftiert wurde. Zur ersten Verhaftung kam es 1982 wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt mit Gewaltanwendung“. Tatsächlich handelte es sich aber um einen tatsächlichen Angriff auf ihn selbst am Berliner Alexanderplatz, dessen Ursache in verschiedenen systemkritischen Äußerungen lag. Dieser ersten Verhaftung sollten noch drei weitere folgen. 1984 musste er wegen system-

kritischer Flugblätter für 18 Monate in Haft nach Bautzen. Später eröffnete man gegen ihn ein Verfahren wegen vermeintlichen Diebstahls.

Nach seiner Entlassung im Oktober 1985 wurde er zwei Wochen später wegen des Vorwurfs des Waffenbesitzes erneut verhaftet und schließlich, da der Vorwurf nicht haltbar war, wegen eines in seiner Wohnung gefundenen Fluchtplans für 20 Monate inhaftiert. Nach seiner Entlassung floh er in die Tschechoslowakei. Er wurde verraten und für zwei Monate eingesperrt, bevor er an die DDR-Behörden überstellt wurde.

Nach weiteren 24 Monaten im Gefängnis wurde Fröhnel Ende November 1989 entlassen. Er hatte insgesamt sechs Jahre und zwei Monate Haft verbüßt. Von der friedlichen Revolution in der DDR, der Grenzöffnung und dem Fall der Mauer hatte er nichts erfahren. Er konnte den „Reichtum Freiheit“, den er als größtes, nicht bezahlbares Gut bezeichnete, damals kaum fassen. ■

Benjamin Kietzmann /
Jürgen Weber

Zukunftsfähige Kommunikation



Die Akademie hat die Weihnachtspause genutzt, um ihre Kommunikations-Infrastruktur auszubauen und zukunftsfähig zu machen. Die „Welt der Telefonie“ rückt dabei näher an die „Welt der Daten“ heran, und das im wahrsten Sinne des Wortes auch räumlich. Ein neuer Schrank wird künftig die Telefonanlage der Akademie beherbergen. Das Gerippe steht schon, als nächstes geht es an die elektronischen Innereien. she

Herausforderungen und Konzepte

Fachdiskussionen zwischen Elementarisierung und Spezialisierung

Was soll und was kann politische Bildung in unseren Zeiten leisten? Wie kann sie auf die neuesten Herausforderungen und Umbrüche reagieren? Wie ist der aktuelle Stand der Fachdiskussion? Mit diesen und anderen Fragen beschäftigte sich eine Fachkonferenz, zu der die führenden wissenschaftlichen Vertreter der politischen Bildung an der Akademie zusammentrafen. Diese Fachtagung bildete einen Höhepunkt und den Abschluss der Tagungsreihe zum 50. Jubiläum der Akademie für Politische Bildung.

Akademiedirektor Heinrich Oberreuter eröffnete die Tagung mit der Feststellung, dass politische Bildung auch und gerade heute unbedingt notwendig sei. Ebenso wie die Politikwissenschaft müsse sie aber der Tendenz widerstehen, sich in methodologischen Glas-



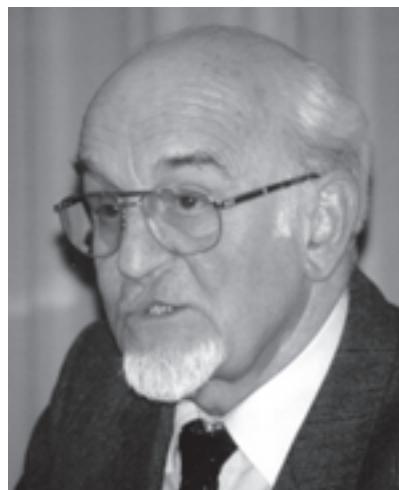
Akademiedirektor Heinrich Oberreuter: Ent-Rationalisierung des politischen Diskurses in der Mediendemokratie

perlenspielen und thematischen Verengungen zu verlieren. Politische Bildung müsse sich am Beginn des 21. Jahrhunderts vielfältigen Herausforderungen stellen: der Ent-Rationalisierung des politischen Diskurses in der Mediendemokratie; der zunehmenden Ökonomisierung der Bildungssysteme; der Neujustierung des Verhältnisses von Staat und Individuum; und schließlich dem neuen Bedarf an ethi-

scher Orientierung angesichts des (bio)technologischen Fortschritts.

Unangefochten verankert

50 Jahre politische Bildung nahm Bernhard Sutor, einer der Nestoren der politischen Bildung in Deutschland und profilerter Protagonist der Fachdebatte, in den Blick und zog eine Bilanz. So seien bereits in den Anfangs-



Bernhard Sutor: „Demokratie braucht politische Bildung und diese braucht eine demokratische Orientierung“

jahren unbestreitbare Erfolge erzielt worden. Denn nur gegen erhebliche Widerstände habe man es geschafft, dass die politische Bildung heute unangefochten im schulischen Curriculum verankert sei. Auch sei ein Konsens darüber erreicht worden, dass die

Demokratie politische Bildung und diese eine demokratische Orientierung brauche. Eine quantitative Bilanz der Erfolge politischer Bildungsanstren- gungen sei allerdings aufgrund der komplexen Gemengelage nicht mög- lich, innerhalb derer der Einfluss der politischen Bildung nicht zu isolieren sei. Aber als Indiz könne der Befund dienen, dass die Deutschen in puncto demokratischer Orientierung den internationalen Vergleich nicht zu scheuen brauchten. Dennoch bleibe aber die beständige Weitergabe und Verbesse- rung der politischen Kultur eine vordringliche Aufgabe der politischen Bildung.

Defizite

Trotz der alles in allem positiven Bi- lanz legte Sutor in seinem Vortrag den Schwerpunkt auf Defizite, die er in drei Themenbereichen ausmachte: in der ökonomisch-sozialen Bildung; in der Zeitgeschichte und in den philo- sophisch-ethischen Grundlagen. So scheine erstens das Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft weithin ungeklärt zu bleiben. Die Forderung nach spezifisch ökonomischer Wis- sensvermittlung in den Schulen greife zu kurz, zumal es hier meist auch um politische und soziale Fragen gehe. Deshalb sollten ökonomische Fragen in den Politikunterricht integriert werden, da dieser ohnehin als Integrationsdisziplin angelegt sei. Zweitens dürfe der Politikunterricht seinen Ge- genstand nicht aus seinem zeitge- schichtlichen Rahmen lösen, denn ohne ihre historische Genese seien nicht nur Gegenwartsprobleme, son- dern auch Institutionen und Struktu- ren nicht zu verstehen. Drittens könnten wegen fehlender philosophisch- ethischer Grundlagen „moralische Breitbandvokabeln“ wie „Werte“ zu- nehmend Probleme verdecken und Analysen erschweren. Die von der Po- litik einzufordernde Moral bestehe

wesentlich in der Regelung von Konflikten in freiheitlichen Institutionen, die mit ihren Normen, Zielen und Regeln genuin ethische Bedeutung hätten. Einzufordern sei auch der Rückgriff auf die Ideengeschichte, in der es immer um Antworten auf die Frage nach der guten Ordnung und um die Möglichkeiten der menschlichen Vernunft gehe.

Werte und Religion

Anschließend begann in einem ersten Block die Erörterung fachwissenschaftlicher Einzelfragen. Sibylle Reinhardt widmete sich darin der Frage „Wie kommen die Werte in die politische Bildung?“. Zentral sei hierbei im Unterricht die Erörterung von Argumenten anhand von Dilemma-Situationen. So gelange man über Zielkonflikte zu Wertkonflikten und zu einer politischen Betrachtung. Ingo Juchler ging der Wiederkehr des Religiösen in der Politik als Herausforderung für die politische Bildung nach. Trotz der Diskussion um Terrorismus, Islam und Islamismus stelle die Religion nach wie vor einen blinden Fleck in der Politikwissenschaft und auch in der Politikdidaktik dar. Hier gebe es erheblichen Nachholbedarf, aber auch keinen Anlass zur Überheblichkeit des Westens angesichts der Instrumentalisierung der Religion in der arabischen Welt.

Klischees begegnen

Ein flammendes Plädoyer für *zusätzliche* Anstrengungen in der politischen Bildung hielt der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Bartels. Vor dem Hintergrund, dass Demokratie eine sehr anspruchsvolle Lebensform einer Gesellschaft ist, seien neuere Umfragergebnisse und Ergebnisse von Studien äußerst besorgniserregend: Sie zeigten massive Defizite in Wissen und Einstellungen der Bundesbürger gegenüber der Politik auf, die man nicht hinnehmen könne. Die Ursachen seien vielfältig und unter anderem in der Berichterstattung der Medien, aber auch im Verhalten politischer Akteure selbst zu suchen. Die Anstrengungen von Schulen und politischer Bildung könnten dies nicht allein ausgleichen. Den antipolitischen Klischees müsse

im öffentlichen Diskurs öfter und stärker entgegen getreten werden. Kernpunkt von Bartels' Anliegen ist die Gründung eines zusätzlichen Instituts für die Didaktik der Demokratie. Dieses solle sowohl den Ist-Zustand und damit die Defizite erforschen



Hans-Peter Bartels forderte ein Institut für die Didaktik der Demokratie

als auch Konzepte für eine verbesserte politische Bildung auf allen Ebenen entwickeln. An diese beiden Hauptaufgaben knüpfte auch die Diskussion nach Bartels' Vortrag an: Die versammelten Experten lieferten zahlreiche Anregungen und unterstützten die Idee nachdrücklich. Dies auch vor dem Hintergrund, dass empirische Forschung über den Nutzen unterschiedlicher politikdidaktischer Konzepte und Instrumente weitgehend fehle – ein Befund, der sich als Grundton durch die Tagung zog. Zustimmung fand auch die Feststellung, dass Medien und Journalisten an der Verbreitung und Verstärkung problematischer Klischees und Vorurteile erheblichen Anteil hätten. Man wolle aber keine pauschale Medienschelte betreiben.

Gerhard Himmelmann beschäftigte sich in seinem Vortrag mit Demokratie-Lernen als einem Ansatz moderner Bildung. Basis sei die in der Politikwissenschaft übliche Einordnung von „Politik in einer komplexen Wechselwirkung“ zwischen Form (polity), Prozess (politics) und Inhalt (policy). Mit Blick auf das Sozialwissenschaftliche Lernen stellte Himmelmann ein erweitertes Modell der Politik-Didaktik vor.

Fragen- und Problembereiche seien die vier Felder Politik, Wirtschaft, Recht und Gesellschaft, mit denen sich die betreffenden Unterrichtsfächer befassen. Demokratie befindet sich in komplexer Wechselwirkung zwischen Herrschaftsform, Gesellschaftsform und Lebensform. Dies müsse sich in der Erziehung beziehungsweise Bildung zur „demokratisch-kompetenten Bürgerschaftlichkeit“ niederschlagen. Ebenfalls müsse berücksichtigt werden, dass das Bild von Demokratie in komplexer Wechselwirkung zunehmend durch das Globale Projekt als vierter Komponente erweitert werde. Ähnlich komplexen Wechselwirkungen unterliegen auch die Bereiche der Ökonomie und der Gesellschaft.

Mündigkeit und Kritik

Peter Henkenborg gab zu Beginn seines Beitrags unter der Überschrift „Demokratie-Lernen als Philosophie des Schulfaches“ drei zentrale Ziele vor, welche die Politische Bildung zu erfüllen habe. Erstens die Bedingung der Demokratie (Mündigkeit), also die Fähigkeit, sich in der demokratischen Gesellschaft angemessen zu orientieren, auf einer demokratischen Grundlage politische Fragen und Probleme kompetent zu beurteilen und sich in öffentlichen Angelegenheiten zu engagieren und erfolgreich zu partizipieren. Zweitens die Kritik der Demokratie, wozu es auch gehöre, dass der Unterschied zwischen den demokratischen Idealen und der realen Demokratie, zwischen ihrem Anspruch und ihrer Wirklichkeit und der Kontrast zwischen der gegenwärtigen Realität und ihren ungenutzten Möglichkeiten Berücksichtigung finde. Drittens die Hermeneutik der Demokratie, was im Rahmen schulischer und unterrichtlicher Bildungsprozesse bedeute, Funktionen, Inhalte und Werte der Demokratie zu analysieren, zu problematisieren und zu ihrem Verstehen beizutragen. Das Verständnis des Inhalts der Demokratie differenzierte Henkenborg in drei Dimensionen: Die vertikale Dimension, worunter das Verhältnis von Regierten und Regierenden verstanden wird, die horizontale Dimension meint die Prinzipien des liberalen Verfassungs- und Rechtsstaates und die deli-

berative Dimension bezieht sich auf die Prozesse der Meinungs- und Willensbildung. Darauf aufbauend stellte er ein Projekt zum Thema Demokratie-Lernen durch kognitive Anerkennung vor. Dabei ging es schwerpunktmäßig um Demokratielernen im Gemeinschaftskundeunterricht in Sachsen. In diesem Zusammenhang seien Professionsdefizite und Lernfallen zu identifizieren. Auch fünf auftretende Konstruktionsprobleme blieben nicht unerwähnt: die verworrene Idee vom Demokratie-Lernen; ein verengtes Lern- und Kompetenzverständnis; das Demokratie- und Politikverständnis; ein unpolitischer Politikunterricht, der Demokratie-Lernen als traditionelle Institutionenkunde versteht; Schwierigkeiten mit Konflikt und Kritik. Die Evaluationsergebnisse zeigten, dass diese angesprochenen Probleme dazu führen, dass Demokratie-Lernen als Konzept für Schüler und Lehrer kaum fassbar ist. Die Unterschiede zwischen Theorie und Praxis treten deutlich zu Tage.

Selbstbindung an Werte

Auch Armin Scherb beschäftigte sich mit der konzeptionellen Begründung des Demokratie-Lernens. Dabei ging er zuerst der Frage nach, wie eine Selbstbindung an demokratische Werte begründet werden kann. Selbstbindung steht für Scherb in einem Spannungsverhältnis von Selbstbestimmung und Bindung an Werte. Diesen Gegensatz verdeutlichte er auch anhand des Konzeptes von John Dewey und ausführlicher unter Zuhilfenahme des 3-Säulen-Modells von Charles S. Peirce.

Mit dem Bürgerbewusstsein behandelte Dirk Lange eine Schlüsselkategorie der Politikwissenschaft. Zuerst fragte er danach, woher die politische Bildung ihre Fachlichkeit beziehe und kam zu der Antwort, dass diese aus der Politikwissenschaft, den Sozialwissenschaften, der Demokratiewissenschaft und dem Bürgerbewusstsein komme. Anschließend behandelte Lange zuerst Sinnbilder des Bürgerbewusstseins und Aufgaben der Didaktik der politischen Bildung. Sinnbilder des Bürgerbewusstseins seien die fünf Kernkon-

zepte Vergesellschaftung, Wertbegründung, Bedürfnisbefriedigung, Gesellschaftswandel und Herrschaftslegitimation. Zentrale Forschungsaufgaben seien normative Forschung, Anwendungsbezogene Forschung, reflexive Forschung und empirische Forschung.

Demokratie in der Schule

Wolfgang Beutel sprach über Demokratiepädagogik aus schulpädagogischer Perspektive und erklärte zuerst Begriff, Grundlagen und Erfahrungshintergrund der Demokratiepädagogik. Ziel der Demokratiepädagogik sei es, der Nonchalance, die unserer Staatsform gegenüber gezeigt werde, entgegenzuwirken. So sollten gute Schulen auch „demokratisch gehaltvolle“ Schulen sein. Dies habe auch der Wettbewerb „Förderprogramm Demokratisch Handeln“ gezeigt. Es gehe darum, möglichst alle Schülerinnen und Schüler einzubeziehen, einem „Best-Practice-Ansatz“ zu folgen und Multiplikation und Transfer guter Erfahrungen zu erreichen. An diese Überlegungen schloss Beutel sechs Folgerungen und Thesen an: Erstens gehe es darum, Demokratie erfahrbar zu machen; zweitens habe „Demokratie in der Schule keine Lobby“; drittens genüge Wissen allein nicht; viertens fordere demokratische Handlungskompetenz bei Schülerinnen und Schülern diese auch bei den Lehrenden; fünftens gelte es das vorhandene Potenzial aufzugreifen, zu stärken und zusammenzuwirken und sechstens den Beitrag von „Best-Practice“ der Demokratiepädagogik für Forschungen der Verstehenstiefe von Demokratie und der „partizipativen Schulentwicklung“ zu sichern.

Carl Deichmann behandelte zu Beginn seines Vortrages über Ansätze in der politischen Bildung den Begriff der politischen Realität nach Eric Voegelin. Anschließend ging er auf den Prozess der politischen Bewusstseinsbildung ein, worauf er sich der qualitativen Sozialforschung widmete, deren Aufgabe es sei, politische Deutungsmuster zu erfassen. Als Beispiel für den letzten Aspekt führte Deichmann die qualitative Unterrichtsforschung an, die den Zusammenhang zwischen den

politischen Symbolen, Prozessen und Strukturen und der politischen Bewusstseinsbildung des Individuums untersucht. Er betonte, dass politikdidaktische Ansätze wesentliche Zugänge des Individuums zur Interpretation der politischen Realität lieferten.

Erfahrung und Lernen

Hans-Werner Kuhn stellte das Konzept der politikdidaktischen Hermeneutik vor und ging der Frage nach Potenzialen empirischer Unterrichtsforschung nach. Die zeitliche Entwicklung wurde anschaulich mit Hilfe von Altersstufen dargestellt. Das bedeutet, dass die Entwicklung der qualitativen Unterrichtsforschung mit dem eigenen Lebenslauf des Projektleiters, der in diesem Fall der Referent selbst war, gekoppelt wurde. Empirie und Hermeneutik wurden dabei als Gegensatzpaar gegenübergestellt.

Schwerpunkte der Präsentation von Klaus Koopmann unter der Überschrift „Politik handelnd erfahren und lernen – Theorie und Praxis erfolgsorientierten Politiklernens“ waren lernrelevante Charakteristika von Erfahrung, Essentials erfahrungsorientierten Lernens, eine Definition erfahrungsorientierten (Politik)-Lernens und ein politikdidaktisches Modell. Die Charakteristika von Erfahrung und Lernen standen zu Beginn im Vordergrund. Als Essentials von Erfahrung und Lernen seien der Subjekt-Objekt-Bezug, der Handlungsbezug und der Problembezug zu nennen. Anschließend wurde ein Definitionsversuch von Erfahrung und Lernen unternommen. Schwerpunkte um erfahrungsorientiert Politik zu lernen, seien politikrelevante Handlungsgegenstände beziehungsweise -zusammenhänge und primär die politics-Dimension.

Fritz Reheis beschäftigte sich mit der Thematik „Politische Bildung und Zeit“. Als erstes Problem nannte er die Dominanz des darbietenden Lehrens und des rezeptiven Lernens. Deshalb forderte Reheis, dass Unterricht die Eigenzeit des Lernenden respektieren solle. Konkret bedeute dies, dass Schüler die Möglichkeit bekommen sollten, ihre Handlungen abzuschließen und

diese auch zu reflektieren. Je mehr eine Handlung aus dem Inneren des Handelnden in Gang gesetzt werde, desto mehr fördere sie das Mündigwerden. Das zweite Problem sei die erdrückende Macht des Faktischen. Reheis forderte deshalb im Rahmen einer zeitbewussten politischen Bildung, dass Unterricht die Zeitlichkeit seiner Gegenstände bewusst machen solle. Konkret bedeute dies, dass das Sichtbarmachen der Zeit die Frage aufwerfe, an welchen Stellen und mit welchen Mitteln die Macht des Faktischen gebrochen werden könne und solle. Das Sichtbarmachen der Zeit schärfe den Möglichkeitssinn, beflügеле die soziale Phantasie und fördere so die Subjektivität und Reflexivität des Menschen auch in einem kollektiven Sinn. Als drittes Problem benannte Reheis die Irreführung des Fortschritts durch die Verkehrung von Mittel und Zweck um Umgang mit Geld. Dies impliziere als Forderung, dass die individuelle und kollektive Praxis sich verstärkt am Maßstab der Zeit statt am Maßstab des Geldes orientieren solle. Konkret bedeute das, dass wir auf der Subjektseite sensibler werden sollten für den individuellen Umgang mit der Zeit des Alltags und des Lebens. Auf der Objektseite sollten wir uns den kollektiven Umgang mit Zeit in und durch Normen, Institutionen, Leitbilder und Werte bewusst machen. Reheis forderte deshalb eine Orientierung am Maßstab der Zeit und trat für Zeitpolitik als Querschnittsaufgabe der Politik ein.

Neue Technologien als Herausforderung

Den letzten Tag der Konferenz eröffnete Wolfgang Beer mit Betrachtungen über die Naturwissenschaften und neuen Technologien als Herausforderungen für die politische Bildung. Die entsprechenden Entwicklungen hätten enorme Prägekraft und rückten ins Zentrum der Diskussion, weshalb auch hier die Urteilsfähigkeit der Bürger wichtig und eine Aufgabe der politischen Bildung sei. Unter anderem müsse man hier mit Beispielen arbeiten, die Entwicklungen rekonstruieren und die kritische Reflexion fördern. Ziel sei es, eine zweite Sachebene ein-

zuführen und die Folgen und Nebenfolgen für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik aufzuzeigen. Beer wies in diesem Zusammenhang auf das Potenzial einer partizipativen Technikfolgenabschätzung hin: Nicht nur Wissenschaftler, auch die Öffentlichkeit müssten den Diskurs bestreiten. Dabei könnten auch Laien anhand eigener Werthaltungen eigene Urteile fällen und die Ergebnisse von Bürgerbeteiligung den politischen Prozess bereichern. Für die politische Bildung bedeute dies alles die Notwendigkeit, das Personal auch in diesen Feldern umfangreich weiterzubilden.

Andreas Brunold stellte das Konzept der nachhaltigen Entwicklung zusammen mit Zielkonflikten unterschiedlicher Entwicklungsdimensionen vor. Eine entsprechende Umsetzung des Nachhaltigkeit-Lernens habe zum Ziel, auch in diesem Bereich über den Erwerb von Kompetenzen Urteilsfähigkeit herzustellen, und zwar auf allen Ebenen, von der gesellschaftlichen bis zur individuellen Ebene.

Joachim Detjen identifizierte mit so genannten „bildungfernen Milieus“ eine weitere Herausforderung für die politische Bildung. Das Dilemma sei hier die Kluft zwischen Bildungsverhalten und Bildungsauftrag: Einerseits sei die Nachfrage nach politischer Bildung bei den „Bildungfernen“ äußerst gering; andererseits sei das Ziel, politische Mündigkeit gerade bei diesen zu fördern. Es lägen also Welten zwischen diesem Anspruch und dem tatsächlichen Bildungsverhalten der Zielgruppe. Wolle man diese beträchtliche Bevölkerungsgruppe nicht aufgeben, müsse man dennoch nach Auswegen suchen. Diese könnten in der Anpassung der verwendeten Medien liegen, in Veranstaltungen mit Event-Charakter oder in der Konzentration auf „Lebenshilfe“, also zum Beispiel im Zusammenhang mit Informationen über staatliche Leistungen und deren Beantragung. Problematisch bei vielen dieser Maßnahmen sei aber, dass das ei-

gentliche Thema Politik hintangestellt werde zugunsten des Zugangs zu den Adressaten.

Maßstab Breitenwirkung

Die Problematik einer „elitären“ politischen Bildung griff zum Abschluss der Konferenz Siegfried Schiele auf. Ausgehend von dem Befund, dass es zu wenige Angebote politischer Bildung für Haupt- und Berufsschulen gebe, diagnostizierte er auch der politischen Bildung in der Schule die Tendenz zu überhöhen und abzuheben. Eine solche „elitäre“ politische Bildung laufe Gefahr, Unterstützung zu verlieren und einzugehen. Der entscheidende Maßstab müsse aber die Breitenwirkung sein. Daher müssten schwierige und komplexe Sachverhalte so aufbereitet werden, dass sie auch von breiten Schichten verstanden werden könnten.



Siegfried Schiele: Elementarisierung statt Simplifizierung!

Daraus leitete Schiele sein zentrales Plädoyer für eine Elementarisierung der politischen Bildung ab: Nicht Spezialwissen, sondern Elementares sei zu vermitteln. Die Komplexität der Zusammenhänge müsse reduziert werden, aber nicht zu sehr – deshalb Elementarisierung statt Simplifizierung! Hierzu seien aber die geeigneten didaktischen Mittel oft noch zu finden. Vor allem aber müsse bei den schlimmsten Vorurteilen angefangen werden, wovon Schiele die zwei am weitesten verbreiteten nannte: „Die Parteien sollten weniger streiten“ und „Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen“.

Nach einhelliger Meinung der Teilnehmer stellte die Tagung ein wertvolles Diskussionsforum dar, wie es sie viel zu selten gäbe. So traf auch der Gedanke Heinrich Oberreuters, die Veranstaltung zu gegebenem Zeitpunkt zu wiederholen, auf breite Zustimmung. Eine Publikation der Beiträge in einem Sammelband ist geplant. ■

Benjamin Kietzmann /
Stefan Köppl

Vielschichtiges Jubiläumssymposion

Die Zeitschrift für Politik feierte in Tutzing ihren 100. Geburtstag

Hundert Jahre Zeitschrift für Politik (ZfP) – das war der Anlass für eine hochkarätig besetzte Tagung. Die Hochschule für Politik, als deren Organ die Zeitschrift seit langem erscheint, der Nomos-Verlag, welcher die ZfP heute verlegt und die Akademie für Politische Bildung hatten zu einem Jubiläumssymposion nach Tutzing geladen. Die Vorträge und Podiumsdiskussionen beschäftigten sich nicht nur mit der wechselvollen Geschichte der Zeitschrift während der hundert Jahre ihres Bestehens, sondern auch mit der Befindlichkeit Deutschlands im Bewusstsein seiner Bürger, aber auch im Verhältnis zur heutigen Weltgesellschaft.

Theo Stammen beleuchtete die Geschichte der ZfP seit ihrer Gründung. Er betonte dabei die Bedeutung der ZfP als Spiegel und Reflexion der Zeitverhältnisse und besonders der Systemwechsel in Deutschland. Die ZfP reagierte seit ihrer Gründung 1907 auf die deutsche Zeitgeschichte. Ihre Ge-

mokratie auch in den Beiträgen der Zeitschrift widerspiegelte. Viertens die Zeit des Nationalsozialismus, in der die Gleichschaltung der Medien auch die ZfP erreichte. Und schließlich die Epoche nach der Wiedergründung, die mit dem Aufbau der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik zusammenfiel und

reelle Neugründung Deutschlands, die gleichbedeutend mit einem neuen Staatsbild Deutschlands sei. Der Abschied vom Macht- und Obrigkeitsstaat, die Anerkennung der politischen Freiheit des Individuums und die Bindung der Politik an das Recht bedeuteten eine Entmythologisierung des Staates. Zweitens seien die gegenwärtigen Wandlungsprozesse und Umbrüche nicht ohne Wirkung auf innere Befindlichkeiten geblieben. Die ökonomischen Veränderungen forderten die sozialstaatlichen Erwartungshaltungen ebenso heraus wie die technologischen Entwicklungen die konventionellen ethischen Maßstäbe. Wertfragen stellten sich in Gesellschaft und Politik gleichermaßen neu. Ein eigener Umbruch und der dritte wichtige Aspekt sei die deutsche Wiedervereinigung. Verständnisprobleme zwischen Ost und West seien nicht zuletzt auf unterschiedliche Lebenserfahrungen und Einstellungen zum Staat sowie auf bis jetzt erkennbare Spuren gesellschaftlicher Verwüstung zurückzuführen.



Die Herausgeber auf dem Jubiläumssymposion der ZfP: von links Roland Sturm, Hans Wagner, Moderator Heinrich Oberreuter, Peter Cornelius Mayer-Tasch und Wulfdiether Zippel
Fotos: Kietzmann

schichte könne in fünf Phasen gesehen werden: Erstens die Gründungsphase, in der die Gründer das Ziel vor Augen hatten, die ZfP solle sich mit wissenschaftlichen Mitteln den Zielen der Politik widmen. Zweitens die Zeit während des Ersten Weltkrieges, als man hoffte, dass die führenden Staatsmänner wissenschaftlicher Analyse als Hilfsmittel zugänglich seien. Drittens die Etappe während der Weimarer Republik, in der sich der Zerfall der De-

eng mit dieser verwoben ist, ebenso wie mit der Münchener Hochschule für Politik, der sie seit 1960 verbunden ist.

Entmythologisierung des Staates

Akademiedirektor Heinrich Oberreuter widmete sich dem „Deutschen Selbstverständnis im Blick nach Innen“. Er identifizierte dabei drei wichtige Themenkreise: Erstens die politisch-kultu-

Europas“. Peter Cornelius Mayer-Tasch betrachtete in seinem Statement das geistige Erbe. Roland Sturm stellte die Frage: „Deutschland – in guter Verfassung?“ Die Antwort sei zwar ein eindeutiges Ja, gleichzeitig bestünde aber die Gefahr einer Politisierung der grundlegenden Spielregeln im Zuge neuerer Ereignisse, wie zum Beispiel der „unechten“ Vertrauensfrage Schröders, mit der im Jahre 2005 Neuwahlen herbeigeführt wurden.

Wulfdiether Zippels Statement „Deutschland eine Wirtschaftsmacht?“ beleuchtete die Wirtschafts- und Handelspolitik der Bundesrepublik als Außenpolitik, wobei das Potenzial nicht immer auch voll ausgeschöpft werde.

Hans Wagner widmete sich der Frage: „Deutschland – eine Mediokratie?“. Obwohl die Demokratie die Medien benötige, bringe die Mediatisierung der Politik auch negative Folgen mit sich, wenn Medien ihre Stellung zur Durchsetzung ihrer Sichtweisen missbrauchten. Dies führe zu Politikverdrossenheit, einer Auswanderung der Politik aus den Institutionen und drittens zu einer introvertierten Symbiose zwischen Journalismus und Politik.

Moderator Heinrich Oberreuter bemerkte im Anschluss an die Statements, dass bei allen Vorträgen eine Verneigung vor den bestehenden Institutionen bei gleichzeitiger Nennung der Defizite festzustellen sei.

Hermann Lübbe referierte zum Thema „Blick auf Deutschland. Eine Außenansicht“. Besonders Frankreich und die Schweiz seien Beispiele für Länder, die eine besondere Sicht auf Deutschland hätten. Nach wie vor herrsche das Bild von der Nation der tiefen, aber realitätsfernen Denker vor, in den Ländern des ehemaligen Ostblocks verstärkt durch die „Meisterdenker“ Marx und Engels. Das zweite Stereotyp bestehe in dem – laut Lübbe unzutreffenden – Image vom archaischen, weil auf Abstammung basierenden, deutschen Nationenbegriff. So habe die Idee von der Einheit der Nation auch die Teilung Deutschlands überdauert.

Neuer Welt sicherheitsrat?

Am zweiten Tag des Symposiums beschäftigte sich Gunter Pleuger, ehemaliger deutscher Botschafter bei den Vereinten Nationen, mit dem Thema „Die Rolle Deutschlands in der Welt des 21. Jahrhunderts: Perspektiven der internationalen Politik“. Mit den Veränderungen seit dem Ende des Ost-

West-Konflikts habe eine neue Ära der Kooperation begonnen, in der eine multipolare Ordnung die alte bipolare abgelöst habe. Daraus ergebe sich unter anderem auch Reformbedarf für die Vereinten Nationen. Die Selbsteinschätzung Deutschlands, keine Weltmacht, wohl aber eine Wirtschaftsmacht mit globalen Interessen zu sein, präge die deutsche Außenpolitik mit ihren Generalzielen Stabilität und Frieden. Gleichzeitig verlange aber die Staatengemeinschaft von Deutschland, größere Verantwortung und Risiken zu übernehmen. So seien die Zukunftsaufgaben der deutscher Außenpolitik erstens die Stärkung multilateraler Politik, vor allem im Rahmen der EU, zweitens die gleichzeitige Wahrung guter bilateraler Beziehungen und drittens die Aufrechterhaltung der Prinzipien des Interessenausgleichs und der friedlichen Konfliktlösung.

Das anschließende Panel zur selben Thematik eröffnete Franz Nuscheler mit einem Statement über Migration und Entwicklung. Entgegen der Dramatisierung von Problemen in den Medien führe Migration nicht nur zu ei-



Hermann Lübbe lieferte eine Außenansicht mit „Blick auf Deutschland“



Gunter Pleuger: Eine multipolare Ordnung hat die alte bipolare abgelöst

ner Entwicklung der Herkunfts länder (beispielsweise durch Unterstützung der Migranten für ihre Familien), sondern sei vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung auch im Eigeninteresse Deutschlands und Europas.

Sabine von Schorlemer referierte zum Thema „Armutsbekämpfung und Menschenrechte?“ und wollte als zentrale Botschaft ihres Statements das Fragezeichen hinter beiden Begriffen durch

ein Ausrufezeichen ersetzt wissen. In der Fortentwicklung des internationalen Rechts werde der Wert der Person zunehmend umfassender verstanden, so dass auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Grundrechte dazu gehörten. Zusammenfassend sei das



Sabine von Schorlemer: „Armutsbekämpfung und Menschenrechte sind zwei Seiten einer Medaille“

Recht auf Entwicklung die normative Klammer, die Armutsbekämpfung und Menschenrechte zu zwei Seiten der selben Medaille mache.

Unter dem Titel „Umwelt und globaler Wandel“ stellte Udo Ernst Simonis die Rückwirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf die Umwelt dar. Diese Probleme beträfen nicht nur Entwicklungsländer, sondern auch Deutschland. Auswege sah Simonis in der Internationalisierung der Experten und der Entwicklung internationaler Regime, analog zu den Vereinbarungen zum Klimaschutz, auch für Bereiche wie Boden und Wasser.

In der anschließenden Diskussion unter Leitung von Gottfried-Karl Kindermann traten alle Referenten für eine veränderte Zusammensetzung des Weltsicherheitsrates ein. In diesem Zusammenhang wurde auch die Frage nach Deutschland als ständigem Mitglied des Sicherheitsrates heftig diskutiert. So zeigte die gesamte Tagung die Vielschichtigkeit der Fragestellungen, denen sich Deutschland, aber auch die Politikwissenschaft und die Zeitschrift für Politik im 21. Jahrhundert gegenüber sehen. ■

Benjamin Kietzmann /
Stefan Köppl

Facettenreicher Sicherheitsbegriff

25. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP)

„Sicherheit“ – so einfach dieser Begriff auch klingt, so viele unterschiedliche Facetten kamen im Verlauf der politikwissenschaftlichen Fachtagung zur Sprache. Unbestritten war die Diagnose des DGfP-Vorsitzenden Nikolaus Werz, der den Deutschen ein „geradezu hypertrophes Sicherheitsbedürfnis“ attestierte.

Eberhard Sandschneider stellte Überlegungen zu weltpolitischen Herausforderungen und Entwicklungen an und identifizierte zunächst fünf Paradoxien: Trotz des Endes des Kalten Krieges gebe es weniger Sicherheit; die westliche Staaten-gemeinschaft gewinne zwar Kriege gegen Staaten, verliere aber danach den Frieden (Beispiele Afghanistan und Irak); trotz der „Umzingelung“ durch Freunde denke man in Feindbildern; Demokratie und Marktwirtschaft seien zwar im Westen erfolg-



Eberhard Sandschneider: Überlegungen zu weltpolitischen Herausforderungen
Foto: Eva Knoll

reich, würden aber von anderen Modellen, wie erfolgreichen Autokratien in Asien, herausfordert; und schließlich herrsche trotz der Globalisierung das Denken in nationalstaatlichen Kategorien vor. Für diese Paradoxien habe auch die wissenschaftliche Diskussion nur unzureichende Lösungen, denn die von US-Wissenschaftlern wie Huntington gesetzten Trends basierten auf Schwarz-Weiß-Mustern. Auch das Denken in militärischen Ka-

pazitäten greife zu kurz, ebenso wie die Dichotomie Unilateralismus versus Multilateralismus. Weltpolitische Trends wie der technologische Wandel und die beschleunigte Komplexität mit ihrer schnellen Themenfolge wirkten aber weiter als Herausforderungen für die Analyse.

Bedrohte Sicherheit

Sandschneider schloss seinen Beitrag mit provokanten Thesen:

- Die gewohnte euroatlantische Ordnung existiert nicht mehr. An ihre Stelle ist eine neue globale Ordnung mit neuen Denkmustern getreten.
- „Der Westen“ existiert nicht mehr; die Interessensunterschiede unter den zahlreichen Ländern, auch diesseits und jenseits des Atlantiks, sind dafür viel zu tief.
- Die europäische Sicherheit ist bedrohter als wahrgenommen (zum Beispiel durch Terrorismus und auf dem Energiesektor).
- Das westliche Modell ist für andere nicht uneingeschränkt attraktiv. Die Politik der Demokratisierung ist an vielen Fronten gescheitert.
- Die neuen Schwellenländer werden zwar an Bedeutung gewinnen, aber an ihre Grenzen stoßen. Eine Allianz „des Westens“ ergibt sich nicht automatisch durch die gemeinsame demokratische Regierungsform.
- Die ökonomischen Ordnungsstrukturen wie IWF und Weltbank sind nicht unumstritten und werden durch Alternativmodelle herausfordert.
- Das globale Gleichgewicht wird durch schlechende Entwicklungen (Klima, Energie, Terror) verändert.

In der Summe sei festzustellen, dass das demokratische Modell nicht per se stabil ist. Einen automatischen Siegeszug gebe es nicht, im Gegenteil. Die Frage sei: Was kommt nach der Demokratie, wie wir sie kennen?

Entwicklung zum Ausnahmestaat

Auf innere gesellschaftliche Befindlichkeiten zielte Peter Waldmann in seinem Beitrag über „Sicherheit versus Sicherheitsgefühl“. Ausgehend von der Unterscheidung zwischen objektiver und subjektiver Unsicherheit arbeitete Waldmann die zentrale Strategie des Terrorismus heraus: er ziele auf die Erzeugung eines maximalen subjektiven Unsicherheitsbeziehungsweise Bedrohungsgefühls bei minimaler objektiv gegebener Unsicherheit. Die Terroristen benutzen ihre Opfer als Mittel, um der Öffentlichkeit ihre Bedrohungsbotschaft zu vermitteln. Dabei habe der neue, religiös motivierte Terrorismus alte Grenzen aufgelöst: Er nehme nicht mehr nur die Exponenten eines Systems ins Fadenkreuz, sondern potenziell die gesamte Bevölkerung. Diese Botschaft des Terrorismus sei hoch emotional und sie funktioniere, stellte Waldmann fest. Kurzfristig würden nach einem Anschlag die „Falken“ und Hardliner gestärkt, die mit Feindbildern, einfachen Lösungen und einer Vergeltungsrhetorik an die unterschwellige Bedrohungsgeföhle appellieren. Langfristig werde durch das diffuse Unsicherheitsgefühl die Entwicklung zum Ausnahme- und Sicherheitsstaat unterstützt, wie in den USA zu beobachten sei.

Vor diesem Hintergrund plädierte Waldmann dafür, die Diskrepanz zwischen subjektiven Bedrohungsgefühlen und tatsächlicher Bedrohungslage nicht aus den Augen zu verlieren. Zu Alarmismus gebe es keinen Anlass. Und angesichts einer vergleichsweise geringen objektiven Bedrohung, von

der niemand wisse, wie lange sie andauern wird, sei es nicht ratsam, bewährte Prinzipien der Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in Frage zu stellen.



Peter Waldmann: „Es ist nicht ratsam, bewährte Prinzipien der Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in Frage zu stellen“

Foto: Ib

Walter Reese-Schäfer wies in seinem Kommentar darauf hin, dass die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus nicht allein Aufgabe des Staates, sondern der gesamten Öffentlichkeit und der Bürger sei. Im öffentlichen Diskurs sei ein grundrechtlicher Verteidigungsreflex zu erkennen, der jede Gesetzesänderung als Bedrohung der Grundrechte betrachte, aber dabei nur eine Seite der Argumentation sehe und übergreifende Aspekte ausblende.

Roland Sturm stellte die Ergebnisse seiner Untersuchung über das Thema Sicherheit in den Programmen der deutschen Parteien vor. Dabei fokussierte er bewusst nicht soziale Sicherheit, sondern innere Sicherheit – eine Vorgehensweise, die Anlass zur Diskussion gab. Sturm stellte fest, dass sich beim Thema innere Sicherheit weder ein fixer Standort der Debatte noch große Spaltungen entlang parteipolitischer Linien erkennen ließen.

Neujustierung des Rechtsstaates

Hans Vorländer schloss an Sturms Sicherheitsverständnis an, indem er an das Hobbes'sche Konzept des Staates erinnerte: Seine Legitimation erhalten

der Staat dadurch, dass er für seine Bürger Sicherheit nach außen und Freiheit nach innen gewährleiste. Doch was passiert, wenn der Staat die Sicherheit des Bürgers nicht mehr garantieren kann, wie es neuerdings aufgrund des Terrorismus scheint? Bislang sei die staatliche Souveränität in den Rechtsstaat eingegangen und dadurch der Ausnahmezustand in den Normalfall des Rechts überführt worden.

Durch gesellschaftliche Entwicklungen sei aber der Sicherheit erzeugende Staat in Bedrängnis geraten: Erstens habe sich der Staat zum Versorger entwickelt, der individuelle, soziale Risiken abfedern soll; als Präventionsstaat

tungskontrollschiene seien durch die Vertragsgeschichte nicht zu belegen. Das Vertragswerk komme eher einem „Einfrierungsvertrag“ denn einem Abrüstungsvertrag gleich. Somit stelle Artikel 6 des Vertrages eher eine allgemeine Bemühungsklausel zur Abrüstung dar, mit dem Ziel der Kernwaffenstaaten, den nuklearen Status einzufrieren und die Mittelmächte, insbesondere so genannte „pivotal states“, von Kernwaffen fernzuhalten.

Trotz anerkannter Schwächen des Regimes sei die eigentliche Krise aber weniger ernst als von vielen Kritikern gezeichnet. In Krauses Augen werde zuviel Energie aufgewandt um Schein-

„Zum Alarmismus gibt es keinen Anlass“

Peter Waldmann

habe er inzwischen eine umfangreiche Fürsorgepflicht. Zweitens sei der Staat durch die Individualisierung der Gesellschaft in seinen Handlungsmöglichkeiten zurückgedrängt worden; so gingen die Fürsorgeerwartungen und -fähigkeiten zunehmend auseinander. Drittens verschwimme in der Sicherheits- und Bedrohungslage die Unterscheidung von Innen und Außen immer mehr. Angesichts dieser Entwicklungen stünde auch eine Neujustierung des Rechtsstaates an, die etwa in einer Neuinterpretation von Maßstäben der Verhältnismäßigkeit liegen könne.

Akzeptanzkrise Amerikas

Joachim Krause stellte in seinem Vortrag über „Nuklearproliferation und die internationale Ordnung“ die Frage nach einer Krise der nuklearen Ordnung in den Mittelpunkt der Diskussion. Anhänger der liberalen Rüstungsschule sähen das Regime des Nichtverbreitungsvertrages von 1970 (NPT) als „kaputt“ an. Sie argumentierten, Staaten würden eher zu „Technologieverweigerungspolitik“ denn zu kooperativer Politik der Nichtverbreitung tendieren. Gegner dieser These, zu denen sich auch Krause zählt, behaupteten, hier würden falsche Schlussfolgerungen über den Kern des NPT gezogen. Die Hauptargumente der liberalen Rüs-

probleme zu lösen. Das eigentliche Hauptproblem der Erhaltung des Nichtverbreitungsregimes sei die momentane Akzeptanzkrise Amerikas. Es sei zu bedenken, dass die USA zwar einerseits als Garant für das weitere Bestehen des NPT gesehen, andererseits allerdings zunehmend Gegenstand des Misstrauens würden. Dass Amerika heute vornehmlich als Hege mon und weniger als Garant für ein Regime wahrgenommen werde, eröffne Chancen für Staaten, die dieses Regime verletzen wollen.

Weitere Probleme lägen im Vertragswerk selbst, welches mit seinen teilweise unklaren Vorschriften Raum für rechtliche Grauzonen schaffe. Am Beispiel Iran und Nordkorea seien die neuen Ansprüche an das Regime erkennbar. Trotz eher fruchtloser internationaler Bemühungen bezüglich Irans Atomprogramm seien hinsichtlich Nordkorea positive Ergebnisse zu verzeichnen. Dies sei vor allem auf das neue Muster internationaler Bemühungen zur Wahrung der internationalen Ordnung zurückzuführen. Im Fall Nordkorea habe sich auch China erstmals in der Pflicht gesehen, eigenständig gegen die nukleare Verbreitung vorzugehen.

So werde die Problematik klar, wenn die solide Basis des Nichtverbreitungsregimes aus den Augen verloren wer-

de. Indem man den Schwerpunkt nur auf Kernwaffenabréistung setze, riskiere man eine Gefährdung des komplexen Interessengeflechts. Außerdem sei eine stärkere Verantwortlichkeit der EU, Chinas und Russlands sowie ein kooperativer Ansatz mit den USA für das Funktionieren des NPT von Nötten.

Fragmentierung des nationalen Gewaltmonopols

Peter Nitschke sprach über die „Internationalisierung des Gewaltmonopols in der EU“. Hier impliziere der an Konjunktur gewinnende Begriff der „Securitization“, dass alles den Staat Betreffende nach der Frage der „Versichertheitlichung“ ausgelegt werde. Als besonders relevant erweise sich dies auf Feldern wie dem internationalen Terrorismus, der organisierten Kriminalität oder der europäischen Integration.

Angesichts der Integrationsstufen zu Sicherheitsfragen in der Entwicklung der EU werde deutlich, dass die Sicherheitsbemühungen hier immer grenzüberschreitender und weitläufiger werden. Besonders hervorzuheben sei dabei das Schengener Abkommen, da es über Nationalstaatsgrenzen hinaus wirke und damit den Raum der Sicherheit erweitere.

Die 1993 mit dem Maastrichter Vertrag verabschiedete „Dritte Säule“ der EU, die Gründung der EUROPOL 1999, die Ernennung eines EU-Terrorbeauftragten 2004 sowie die Gründung von FRONTEX 2005 und der mit den USA 2007 beschlossene Datenaustausch seien weitere Beispiele.

Daraus folge die Fragmentierung des nationalen Gewaltmonopols zugunsten eines Gewaltmonopols der EU und eine wachsende Intransparenz der Legitimation. So habe FRONTEX keine Informationspflicht gegenüber dem Europäischen Parlament. Durch die zunehmende Abgabe von Souveränitätsrechten an die europäische Ebene entstehe eine neue Form der Staatsräson.

Das Gewaltmonopol der EU werde durch Prävention und polizeiwissenschaftliche Expertise, die über die

Grenzen Europas hinaus reicht, kontruiert. Die zunehmende Rückbesinnung auf den Schutz der Bürger durch präventive Mittel stelle dabei einen Paradigmenwechsel dar; so würden Sicherheitsfragen immer mehr unter Präventionsaspekten gestellt und staatliche Kapazitäten hin zur Sicherheitspolitik verlagert. Es sei damit ein völlig neues Konzept entstanden, welches vor allem auf die Arbeit von Experten setze und weniger auf den parlamentarischen Souverän.

Bezüglich zukünftiger Herausforderungen für die Sicherheit sprach Werner Link über „Sicherheitsrisiken und Ordnungspolitik aus der Sicht des ‘Europäischen Westens’“. Gemäß seiner Definition hätten Europa und USA zwar Gemeinsamkeiten, man müsse aber dennoch „Europe’s West“ von „America’s West“ unterscheiden. So seien die vier strategischen Bedrohungen Terror, Proliferation, regionale Konflikte und das Scheitern von Staaten zwar aus amerikanischer wie auch aus europäischer Sicht weitgehend identisch, doch würden daraus unterschiedliche Konsequenzen gezogen. Am deutlichsten erkennbar sei dies im Kampf gegen den Terror. In Europa werde dieser nicht als Krieg angesehen und präemptive Gewalt, das heißt gegen einen definitiv unmittelbar bevorstehenden oder gar bereits stattfindenden Angriff, sei nicht Bestandteil einer europäischen Sicherheitsstrategie. Die Veränderungen in der Weltpolitik seit 2001 hätten folglich eine Verschärfung der Sicherheitslage und neue Risiken mit sich gebracht, erkennbar etwa in dem Verhalten Russlands und der USA in Bezug auf das geplante US-Raketenabwehrsystem.

Diese Entwicklungen hätten „gravierende Sicherheitskonsequenzen“ für Europa zur Folge. Grundsätzlich sei daher eine rationale Risikoeindämmung erforderlich, die momentan allerdings an einem ordnungspolitischen Dissens zwischen den USA (hegemonial) und Europa (multilateral) zu scheitern scheine.

Sollte Europa weiterhin im Konzert der Mächte mitspielen wollen, sei nach Link eine gleichberechtigte Kooperation in Fällen gemeinsamer Sicher-

heitsinteressen zwischen „Europe’s West“ und „America’s West“ unabdingt notwendig.

Klimawandel als Herausforderung

Inwieweit auch Energie- und Klimapolitik als Herausforderung angesehen werden müsse und wie die Politik mit solchen Problemen umgehen solle, untersuchte Hanns W. Maull. Die großen Herausforderungen Versorgungssicherheit, Umbau des Weltenergiesystems, fortschreitender Klimawandel sowie Wahrung der Entwicklungschancen für die Weltbevölkerung beträfen uns zum größten Teil schon heute.

Aber auch mittelfristig werde es immer wichtiger werden, erfolgreiches Krisenmanagement im Welterdölmärkt zu führen, damit verbunden auch die weltweite Nachfrage zu stabilisieren und mit den Folgen des Klimawandels und der Versorgungsknappheit umzugehen. Dabei stünden Energie- und Klimapolitik in unmittelbarer Wechselwirkung zueinander. Es könnten Synergien entstehen, wie beispielsweise die effektivere Nutzung von Energie im Rahmen eines funktionierenden Energiebinnenmarktes. Allerdings könne es in diesem Falle auch zu negativen Wechselwirkungen kommen, wie Subventionierung von Energieerzeugung oder Ersetzen von Erdöl durch Kohle.

„Führung durch Beispiel“

Grundsätzlich müsse daher eine rasche, tiefgreifende und möglichst flächendeckende Veränderung des Energiebewusstseins herbeigeführt werden, die auch einen effektiven Multilateralismus, die Beachtung von Verbraucherinteressen, Stabilität und Berechenbarkeit sowie die systemische Vernetzung von Politikbereichen umfasste. Effektive Sicherheitspolitik in diesem Bereich erfordere also eine gewisse Anpassungs- und Lernfähigkeit politischer Systeme – ein Prozess, wie er momentan besonders in China zu beobachten sei. „Führung durch Beispiel“ sei gefragt. ■

Laura Buchwitz /
Stefan Köppl

Integration:

Entwicklung von speziellen Informationsangeboten für Imame

Akademie beteiligt sich an Fortbildungsprogrammen

Schon im Begriff lag das erste Missverständnis: „Gastarbeiter“. Sie kommen, und sie gehen wieder zurück. So glaubten die Deutschen, so glaubten die Gastarbeiter selbst, so glaubten auch die Regierenden jener Länder, mit denen Deutschland zur Sicherung seines Wirtschaftswunders ab 1955 Anwerbeabkommen abschloss.

Das zweite Missverständnis kann man nicht knapper benennen als der Schriftsteller Max Frisch es tat: „Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen“. Menschen mit eigenen Gewohnheiten, Einstellungen, Normen, Werten, mit ihrer Kultur, ihrem Glauben.

Heute leben in Deutschland über drei Millionen Muslime. Nur etwa jeder Zehnte ist Mitglied in einem Moscheeverein. Unser Wissen über die religiöse Praxis der Mehrheit ist mangelhaft. Aber wir kennen recht gut die Probleme der muslimischen Gemeinden. Weil an den Universitäten und Hochschulen in Deutschland keine islamische Theologie gelehrt wird, können sich in Deutschland geborene Muslime nicht zum Imam ausbilden lassen. Die Geistlichen müssen aus den Heimatländern kommen. Aber wie sollen sie ihrer Rolle als Bezugsperson, Ansprechpartner, Ratgeber, religiöser Führer für drei Generationen von Migranten gerecht werden, wenn sie das Leben in einem modernen Industriestaat und die deutsche Sprache kaum kennen und das Land wieder verlassen, wenn sie diese Kenntnisse nach einigen Jahren endlich besitzen?

So entstand die Idee, ein spezielles Informationsangebot für Imame über Politik und Gesellschaft in Deutschland zu entwerfen. Die Akademie für

Politische Bildung Tutzing, die Stelle für interkulturelle Arbeit der Landeshauptstadt München und die Muslimische Akademie in Deutschland, Berlin, luden zu einer Ideensammlung nach Tutzing ein. Expertinnen und Experten aus dem religiösen, politischen, administrativen und sozialen Bereich machten sich Gedanken.

Unter der Leitfrage „Was sollten Imame für die Ausübung ihres Berufs in Deutschland über Deutschland wissen?“ wurden vier Themenfelder identifiziert und inhaltlich gefüllt:

- Geschichte, Verfassung, Politik und Verwaltung
- Sozial- und Wirtschaftssystem
- Bildung und Ausbildung
- Gesellschaft



Vorbild für gelungene Integration: die neue Moschee der Islamischen Gemeinde in Penzberg
Foto: wbg

Es stellte sich heraus, dass die organisatorischen Fragen sehr intensiv diskutiert werden mussten. Die Mitwirkung der Stelle für interkulturelle Arbeit der Landeshauptstadt legte es nahe, zunächst einmal ein Projekt für München zu entwerfen.

In und um München sind in den muslimischen Gemeinden etwa 70 Imame tätig. Sehr wichtig war die Information, dass die Imame der arabischen Gemeinden mit einem Urlaubsvizum

meist nur für drei bis vier Monate aus den Heimatländern nach Deutschland kommen. Auch die Imame der Milli Görös nahe stehenden Gemeinden bleiben nur für einige Monate. Sie scheiden damit als mögliche Teilnehmer aus, das ist ein knappes Drittel. Von den verbleibenden 40 bis 45 Imamen wird die Mehrheit von der Religionsbehörde des türkischen Staates DITIB nach Deutschland entsandt, und zwar für vier Jahre.

Überlegungen zu den praktischen Aspekten der Rekrutierung, der Sprache, der Finanzierung mündeten schließlich in folgende Vorschläge:

Im Vollzug des Zuwanderungs- und Integrationsgesetzes müssen auch Imame am Orientierungskurs (demnächst 45 statt bisher 30 Stunden) teilnehmen. Es soll versucht werden, in Absprache mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ein Bildungsangebot zu entwickeln, das als Teil des Orientierungskurses berufsspezifisch für Imame angeboten werden kann.

Aus inhaltlichen und didaktischen Gründen soll der Seminarraum nicht der einzige Lernort sein. Es ist daran gedacht, kommunale, staatliche und kirchliche Einrichtungen zu besuchen, wo die Imame wenigstens ein Stück weit Aufgaben und Arbeitsweisen erleben und mögliche Ansprechpartner kennenlernen können. Genannt wurden dafür unter anderem Bürgerhaus, Ausländerbehörde, Polizei, Kirchen (Teilnahme an einem Gottesdienst, interreligiöser Dialog) und die Arbeitsagentur.

Möglich schien eine Drittteilung des Orientierungskurses, die Teile gestaltet durch BAMF, Akademie und Kommune. Für die konkreten Kurseinheiten bliebe dann noch die Aufgabe zu bewältigen, die sehr umfangreich geratenen Inhalte zu den vier oben genannten Themenfeldern weiter zu reduzieren und auf die Besichtigung von Einrichtungen abzustimmen. ■

Karl-Heinz Willenborg

Ariane Breyer in FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 19. Dezember 2007:

Verminderte Empathie

... Vorweg eine gute Nachricht, die Joachim Kersten, Professor der Deutschen Polizei-Hochschule in Münster, überbrachte: Die Gewalt nimmt ab. Zwar wachse die Zahl der von der polizeilichen Kriminalstatistik erfassten Gewalttaten seit Mitte der achtziger Jahre, zugleich gebe es jedoch einen messbaren Rückgang im Dunkelfeld. Entgegen der verbreiteten Meinung zeichne sich dieser Rückgang insbesondere an den Schulen ab. Kersten zufolge ist diese Entwicklung einer erhöhten Sensibilität in Elternhäusern und unter Schülern zu verdanken: „Die Bereitschaft, beobachtete Gewalt zu melden, ist gestiegen.“ Der gefühlte Anstieg von Gewaltverbrechen sei auch ein Ergebnis der erhöhten gesellschaftlichen Alarmiertheit. Diesem erfreulichen Befund steht die aggressivitätsfördernde Wirkung brutaler Computer- und Videospiele ge-

genüber. Denn es hat sich in der Tat gezeigt, dass es eine weitgehende Übereinstimmung zwischen dem Steckbrief jugendlicher Krimineller und dem Profil des intensiven Mediennutzers gibt, wie ihn der Kriminologe Christian Pfeiffer beschreibt: männliche Jugendliche aus sozial unterprivilegierten Familien mit Migrationshintergrund, wobei Norddeutschland stärker betroffen sein soll als Süddeutschland. Dies wiederum beweise noch keinen Wirkungszusammenhang, „aber brutale Videospiele erhöhen das Risiko der Gewalttätigkeit“, sagte Pfeiffer. Neurobiologische Studien unterstützen die Annahme, dass die virtuelle Ausübung von Gewalt eine emotionale Verrohung mit sich bringen kann, da die Fähigkeit zur Empathie eingeschränkt werde. Die amerikanische Armee mache sich dies zunutze, indem sie ihre Soldaten mit „Ego-Shootern“

auf den Kriegseinsatz vorbereite. „Computerspiele markieren eine Wende nach Gewaltfilmen, indem sie den Konsumenten zum Akteur machen“, erklärte Pfeiffer.

Kontrovers wurde in Tutzing besonders die Verantwortung der Eltern und die Aufgabe der Schule diskutiert. Die Schule müsse der Ort sein, an dem unter Einbindung der Kinder und Jugendlichen über sinnvolle Regeln und Verbote für die Mediennutzung verhandelt werde, hieß es. Zudem müsse überlegt werden, ob das schulische Curriculum noch der Erlebniswelt der Kinder entspreche. Immer wieder wurde das Konzept der Ganztagschule zur Sprache gebracht, die durch eine Schwerpunktsetzung im musischen Bereich der Kriminalität von Jugendlichen entgegenwirken könne. ...

(Siehe Bericht Seite 3)

Alexandra Cournioti berichtet in der BAYERISCHEN STAATSZEITUNG vom 16. November 2007 über das *Akademiegespräch im Landtag*:

Die Sphinx im Kreml

... „Was bezweckt Putin mit seiner Spitzen-Kandidatur für die Partei *Einiges Russland*?“ lautete die zentrale Frage des Vortrags. Weil seine zweite und laut Verfassung letzte Amtsperiode als Präsident im März 2008 endet, wird spekuliert, der findige Politiker versuche, seine Macht in einer neuen Rolle zu zementieren. Immerhin weiß er eine Wählergunst von über 70 Prozent hinter sich, was ihn zu einem außerordentlich einflussreichen Abgeordneten und potentiellen Sprecher des russischen Parlaments, der Duma, machen würde.

„Dies ist nur eins von mehreren möglichen Szenarien“, sagte Mommsen.

Vielleicht werde er auch Ministerpräsident neben einem schwachen, überdies von ihm bestimmten Präsidenten. In der Person des amtierenden Premiers Viktor Subkow wäre ein solch willfähriger Pseudo-Gegenpart bereits gefunden.

Der unauffällige Finanzexperte könnte dann als „Platzhalter“ für Putin fungieren: Damit er nach Ablauf der Regentschaft Subkows wiederum als Präsident antreten könne. „Oder Putin ändert gleich die Verfassung und gewährt sich eine weitere Amtsperiode“, sagte Mommsen. Es sei möglich, dass er dafür das zu erwartende, überwältigen-

de Wahlergebnis als Volkswillen interpretieren werde. Optionen wie diese sind für Menschen, die in einer auf dem Partiensystem und der Gewaltenteilung fußenden Demokratie sozialisiert wurden, schwer nachzuvollziehen. Mommsen beschrieb das politische System Russlands als gelenkte Demokratie: Obwohl es sich pluralistischer Verfahrensweisen wie einem Parlament und Wahlen bediene, würden diese von oben gesteuert. Eine Mischung aus autokratischen und oligarchischen Elementen degradiere die Duma zum „gefügigen Instrument des Kreml“....

(Siehe Bericht Seite 17-18)

Christian Kortmann in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 20. Dezember 2007:

Seelandschaft mit Snuff-Movies

... Die Wahrnehmung von Jugendgewalt sei stets ein Zerrbild, sagte Joachim Kersten von der Hochschule der Polizei in Münster. So nehme die registrierte Gewalt zu, gerade weil die Gesellschaft insgesamt friedlicher werde. Mit schwindender Akzeptanz von Gewalt werde diese heutzutage umso häufiger thematisiert und zur Anzeige gebracht. Zudem illustrierten Medien Jugendgewalt stets mit Bildern von Schulhöfen, obwohl 80 Prozent der Straftaten außerschulisch begangen würden. Kersten plädierte für eine ergebnisoffene Forschung und beklagte die Verknüpfung von „empire-resistenten Stereotypen und Apokalypso-Wissenschaft“, deren Mantra, alles werde „immer schlimmer“, die Handlungsbereitschaft lähme.

Ebenso pointiert vertrat Christian Pfeiffer, Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, seine Position. Pfeiffer macht die drohende Apokalypse in Form von „Bildschirmmedien“, also Spielkonsolen

und Computern, im Kinderzimmer aus. Ungeachtet der darauf gespeicherten Spiele lautet seine These: Je Playstation, desto dümmer. Hier sind methodische Zweifel angebracht: Denn in der Kausalkette von wenig gebildeten Eltern über Bildschirme im Kinderzimmer zu schulischen Leistungsdefiziten könnte man den Einfluss der elektronischen Unterhaltungsmedien ebenso gut vernachlässigen. Ansonsten müsste deren Verwendungsweise genauer untersucht sowie zwischen Spielleidenschaft und Suchtverhalten unterschieden werden. Stattdessen neigt Pfeiffer zu polemischen Verkürzungen: Ein Hauptschüler, der täglich fünf Stunden mit Bildschirmmedien verbringt, wird zur „kranken Existenz“.

Dazu passte seine Forderung, alle Spiele, die das Töten belohnen, zu verbieten, weil sie reale Amokläufe inspirieren könnten. Der Begriff Killerspiel ist aber nicht eindeutig definiert. Den ästhetischen Aspekt, dass

auch Ego-Shooter, Waffeneinsätze aus Ich-Perspektive, trotz realistischer Darstellungsweisen als von der Welt abstrahierte sportliche Wettbewerbe (wie das Killerspiel Schach) rezipiert werden, behandelte man in Tutzing nicht.

Die Diskussionen deuteten immer wieder an, dass die Verunsicherung der Erwachsenen über die Gewaltderivate größer ist als die der Jugendlichen selbst. Emotionale Wortbeiträge zeugten von Empörung und Verstörung, weil sich eine jugendkulturelle Praxis nicht jedem Ü-50-Verstand erschließt. Gewaltdarstellungen werden zum Sünderbock für allerlei kulturelle Verstimmungen. So entlud sich ungehemmt die Angst vor Fortschritt und globalisiertem Datenverkehr – kann man in dieses verrohte Internet keine Mauer einbauen? Wiederholt schallte der Ruf nach Indizierung durchs Auditorium, obwohl die Rufer zugaben, die Dinge, die sie verbieten wollen, nie gesehen zu haben ...

(Siehe Bericht Seite 3)

Zwischen Zusammenbruch und Stabilität

... Während die Schweizer den Zusammenhalt seit Jahrhunderten erproben konnten, hat das heutige Russland vergleichsweise wenig Erfahrung in der Entwicklung einer modernen Gesellschaft. Zwar stehe der Staat heute nicht wegen der nationalen Frage vor dem Zerfall, betonte die Politologin Prof. Dr. Margareta Mommsen in ihrem Vortrag. Problematisch sei aber, dass Wladimir Putin allein die staatliche Einheit verkörpere. Die große Frage für den Präsidenten sei daher zur Zeit, „wie die Macht weiterreichen und zugleich weitermachen?“ Denn

ohne Putin, so Mommsen, sei dessen Regierungssystem, die „gelenkte Demokratie“, nicht überlebensfähig: „Es ist so organisiert, dass die hauptsächliche Autoritätsfigur im Zentrum steht“ – der Rest hänge „wie Schmuck an einem Weihnachtsbaum“, zitierte Mommsen einen russischen Politiker. Die „Operation Nachfolger“ sei derzeit das zentrale Problem und ein „höchst riskantes Unternehmen“. Ein neuer Trend bei der Lösung der Nachfolge ließ sich der Russland-Expertin zufolge in Putins Ernennung von Viktor Subkow zum neuen Premiermi-

nister erkennen: „Weg von Geheimdienstlern und hin zu Finanzexperten“, fasste die Politologin ihre Beobachtung zusammen. Putins neuesten Überraschungscoup, sich selbst in das Amt des Premierministers wählen zu lassen, beurteilte die Politikwissenschaftlerin als realistisch. „Die Partei Einheitliches Russland kann mit 70 Prozent rechnen wegen Putins Beliebtheit“, fasste Mommsen die Umfrageergebnisse zusammen. Dennoch bliebe die Struktur der Machtverhältnisse des halb-autokratisch, halb-oligarchischen Regierungssystems „äußerst fragil“...

(Siehe Bericht Seite 14-16)



Steve Wood, Wolfgang Quaisser:

**The new European Union
Confronting the Challenges of Integration**

Lynne Rienner Publishers,
Boulder, London, Colorado, 2008

ISBN: 978-1-58826-553-1
253 S., ca. 15,- Euro

Diese übersichtliche und umfassende Arbeit untersucht die wichtigsten politischen, ökonomischen und strategischen Herausforderungen der Europäischen Union im Kontext der sich rasch ändernden geopolitischen Rahmenbedingungen. Die Autoren behandeln sowohl grundsätzlich konzeptionelle Fragen über die „Natur“ der EU und ihre Institutionen, als auch Fragen ihrer internen Politik, der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Nachbarschaftspolitik.

Stefan Köppl:

Das politische System Italiens. Eine Einführung

Wiesbaden 2007: VS Verlag
ISBN 978-3-531-14068-1
294 S., 21,90 Euro

Während die Publikationen zur Europäischen Integration lawinenartig zunehmen, ist Mangel an Übersichten und Detailuntersuchungen zu den politischen Systemen wichtiger EU-Mitgliedsstaaten. Schon deshalb ist die vorliegende Arbeit nur zu begrüßen. Deren Schwerpunkt liegt klar bei den Institutionen, wozu der Autor – im Parteienstaat Italien – eben auch die Parteien zählt. Köppl erklärt das aktuelle Wahlrechtssystem und Spezialitäten wie das Regierungsdekret mit Gesetzescharakter auf Zeit. Es findet sich aber auch ein präzises Kapitel über die Regionalisierung oder eine differenzierte Einschätzung der Medienlandschaft. ...

... Der Autor hat offensichtlich alle erreichbare deutsche Literatur, auch Aufsätze und englischsprachige Arbeiten herangezogen, eher selten italienische. Reiche Quellen waren die Homepages der Institutionen, die im Anhang den Lesern und Leserinnen zur weiteren Recherche angeboten werden. Für alle, die sich mit Politik in Europa befassen, ist Köppels Einführung ein Muss!

Prof. Dr. Wolfgang Berg, Steuden
in: FPU 2/07

Eine aktuelle Einführung in das für Außenstehende zuweilen unübersichtliche politische System Italiens ließ lange auf sich warten. Umso verdienstvoller ist die umfassende, kennnisreiche und gut lesbare Monografie, die sich – für eine Einführung durchaus sinnvoll – an den traditionellen Gegenständen der vergleichenden Politikwissenschaft orientiert. Der Autor deckt alle wichtigen Bereiche von politischer Kultur, über die Verfassungsinstitutionen, bis hin zur Interessenvermittlung, ab ...

... Interessante Kapitel zur Medienlandschaft, das auch das „Phänomen Berlusconi“ nicht ausschließt, und zum Thema Korruption und Organisierte Kriminalität runden die Einführung ab. Kritisch anzumerken ist, dass das Kapitel zur Außenpolitik etwas knapp geraten ist. Der mittlerweile unbestrittene Einfluss europäischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse auf das politische System eines der Gründungsmitglieder der heutigen Europäischen Union hätte ebenfalls mehr Aufmerksamkeit verdient.

...

in: ZPol 3/07

Jahresbibliografien 2007

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter

Als Herausgeber:

Kraftzentrum politischer Bildung. Zur Gründungsgeschichte der Akademie. 50 Jahre Akademie für Politische Bildung (Hrsg.), München 2007 (Olzog), 160 S.

Politische Bildung im Wandel der Zeit. 50 Jahre Akademie für Politische Bildung (Hrsg.), München 2007 (Olzog), 544 S.

Aufsätze in Sammelwerken:

Politikwissenschaft – Eine alte, junge und etablierte Disziplin zugleich, in: Hans Otto Seitschek (Hrsg.): Christ und Zeit. Hans Maier zum 75. Geburtstag. München 2007 (Akademischer Verlag), S. 73 – 90.

Gemeinsinn und Verantwortung. Vorwort, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Politische Bildung im Wandel der Zeit. 50 Jahre Akademie für Politische Bildung, München 2007 (Olzog), S. 11 – 14.

Zukunftsperspektiven der Akademiearbeit, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Politische Bildung im Wandel der Zeit. 50 Jahre Akademie für Politische Bildung, München 2007 (Olzog), S. 527 – 538.

Politik aus christlicher Verantwortung – Das „C“ im Selbstverständnis der CSU, in: Hans Zehetmair (Hrsg.): Politik aus christlicher Verantwortung, Wiesbaden 2007 (VS Verlag für Sozialwissenschaften), S. 138 – 148.

Europas christliche Prägung. Moderne Herausforderungen – Anschlussfähigkeit an die Moderne, in: Winfried Böhm / Karl Hillenbrand (Hrsg.): Engagiert aus dem Glauben. Beiträge zu Theologie, Pädagogik und Politik. Für Walter Eykemann zum 70. Geburtstag, Würzburg 2007 (Echter), S. 398 – 409.

Europa – 50 Jahre Römische Verträge, in: DGB-Bezirk Sachsen (Hrsg.): Unser Europa. Frei – gleich – gerecht. 50 Jahre Römische Verträge, Dresden 2007 (o.V.), S. 15 – 34.

Auf Chinesisch: Ideal und Wirklichkeit – Angestrebte Ziele und Umsetzung von Reformen, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Umsetzung von Reformen und Regierungsfähigkeit von Parteien, KAS-Schriftenreihe China, Nr. 67, Beijing 2007, S. 1 – 10.

Wandlungen im deutschen Föderalismus seit 1949, in: Dieter Althaus / Günter Buchstab / Norbert Lammert / Peter Molt (Hrsg.): Mut – Hoffnung – Zuversicht. Festschrift für Bernhard Vogel zum 75. Geburtstag, Paderborn 2007 (Schöningh), S. 207 – 224.

Wiederentdeckung der Werte – die Grundsatzdebatten der großen Parteien, in: Mike Schmeitzner / Heinrich Wiedemann (Hrsg.): Mut zur Freiheit. Ein Leben voller Projekte. Festschrift zum 80. Geburtstag von Wolfgang Marcus, Münster et al. 2007 (LIT), S. 171 – 180.

Congress und Bundestag: Parlamentarische Erosionstendenzen, in: Anton Rauscher (Hrsg.): Die fragile Demokratie – The Fragility of Democracy, Berlin 2007 (Duncker & Humblot), S. 157 – 173.

Ethik und Umwelt aus Sicht der Politik, in: Bayerisches Landesamt für Umwelt (Hrsg.): Ethik und Umwelt, München 2007 (Bayerisches Landesamt für Umwelt), S. 58 – 62.

Die Rolle von Christentum, Nation und Bürgerschaft in der Europäischen Union, in: Christoph Böhr / Stephan Raabe (Hrsg.): Eine Neue Ordnung der Freiheit. Die Sozialethik Johannes Pauls II. – eine Vision für das vereinte Europa, Osnabrück 2007 (fibre), S. 103 – 119.

Artikel in Handbüchern:

Gewaltenteilung (S. 185 – 189) und Verfassungsgerichtsbarkeit (S. 597 – 602), in: Dieter Nohlen / Florian Grotz (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik, Vierte, überarbeitete und erweiterte Auflage, München 2007 (C. H. Beck).

Aufsätze in Zeitschriften:

Die Wiederkehr des Normativen. Eine Erinnerung an das Unverfügbare, in: Die Politische Meinung, 52. Jg., Heft 449 (2007), S. 13 – 14.

Haben die Volksparteien Zukunft?, in: Politische Studien, Heft 414 (2007), S. 19 – 29.

Politikerhandeln zwischen Sein und Design. Fragen an Heinrich Oberreuter, in: Polis 3/2007, S. 11 – 13.

Steffen H. Elsner

„Gewaltmaßregeln per Kabinettsbefehl“ – Ein fast vergessener Demokrat: Michael Wilhelm Joseph Behr (1775–1851), in: Reinhard Bockhofer (Hrsg.): Verachtet, verfolgt, verdrängt. Deutsche Demokraten 1760–1986. Erinnerung anlässlich des Grundgesetztag am 23. Mai 2005. Herausgegeben von der Vereinigung zur Förderung des Petitionsrechts in der Demokratie e.V., Bremen 2007 (Donat), S. 35 – 53.

Daten und Dokumente zur Entstehung der Akademie, zusammengestellt und bearbeitet von Steffen H. Elsner, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Kraftzentrum politischer Bildung. Zur Gründungsgeschichte der Akademie. 50 Jahre Akademie für Politische Bildung, München 2007 (Olzog), S. 101 – 160.

Dr. Saskia Hieber

China's Defence White Papers – A Different Perspective on the „Peaceful Rise“, in: China aktuell Heft 2/2007, S. 79 – 94.

Was gehen uns China und Indien an? Sicherheits- und wirtschaftspolitische Implikationen für die politische Bildung, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Politische Bildung im Wandel der Zeit. 50 Jahre Akademie für Politische Bildung, München 2007 (Olzog), S. 401 – 417.

Dr. Gero Kellermann

Nationale Ethikkommissionen: Funktionen und Wirkungsweisen (mit Kirsten Endres), in: Peter Weingart / Martin Carrier / Wolfgang Krohn: Nachrichten aus der Wissensgesellschaft. Analysen zur Veränderung der Wissenschaft, Weilerswist 2007 (Velbrück Wissenschaft), S. 247 – 265.

Wissenstransfer durch wissenschaftliche Gesellschaften – Das Beispiel der Juristischen Studiengesellschaften, in: Joachim Klaus / Helmut Vogt (Hrsg.): Wissensmanagement und wissenschaftliche Weiterbildung, Hamburg 2007 (Deutsche Gesellschaft für wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium e.V.), S. 51 – 57.

Stefan Köpli

Das politische System Italiens. Eine Einführung. Wiesbaden 2007 (VS Verlag für Sozialwissenschaften), 294 S.

Italien im Umbruch? Zwischenbilanz nach einem Jahr unter Romano Prodi. Einsichten und Perspektiven-Themenheft 4/2007. München 2007 (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit), 68 S.

Politische Kultur als Bollwerk gegen die Mediokratie, in: Vera Gassen et al. (Hrsg.): Düsseldorfer Forum Politische Kommunikation. Schriftenreihe DFPK Band 2, Münster et al. 2007 (LIT), S. 173 – 190.

Frauen in der italienischen Politik, in: Daniela Wawra, (Hrsg.): Genderforschung multidisziplinär, Frankfurt a.M. et al. 2007 (Peter Lang), S. 179 – 201.

Das politische System zwischen Unkenntnis, Missverständnis und Aufklärungsbedarf, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Politische Bildung im Wandel der Zeit. 50 Jahre Akademie für Politische Bildung, München 2007 (Olzog), S. 507 – 524.

Zur vergleichenden Analyse von Verfassungsreformprozessen. Konzeptionelle Überlegungen, in: Klaus Dieter Wolf (Hrsg.): Staat und Gesellschaft – fähig zur Reform? Der 23. wissenschaftliche Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Baden-Baden 2007 (Nomos), S. 77 – 95.

Der italienische Parlamentarismus der „Ersten“ Republik. Besonderheiten und Wandel, in: Werner J. Patzelt / Martin Sebaldt / Uwe Kranenpohl (Hrsg.): Res publica semper reformanda: Wissenschaft und politische Bildung im Dienste des Gemeinwohls. Festschrift für Heinrich Oberreuter zum 65. Geburtstag, Wiesbaden 2007 (VS Verlag für Sozialwissenschaften), S. 320 – 331.

Dr. Wolfgang Quaisser

Wirtschaftsliberalismus und Transformation – Ein Kommentar, in: Institut für Wirtschaftsforschung Halle, IWH (Hrsg.): Zweites Forum: Menschenwürdige Wirtschaftsordnung. Liberalismus, Sozialismus, Sozialstaat: Überlegungen anlässlich des 200. Geburtstages von John Stuart Mill, Sonderheft 1/2007 des IWH, Halle 2007, S. 85 – 88.

Die Entwicklung der Wirtschaft in Ostdeutschland im Vergleich zu den anderen Ostblockstaaten, in: Helmut Schmidt / Richard von Weizsäcker (Hrsg.): Innenansichten aus Europa, Die Neue Mittwochs Gesellschaft, Band 4, München 2007 (C.H. Beck), S. 285 – 329.

Ist die Soziale Marktwirtschaft am Ende? in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Politische Bildung im Wandel der Zeit, München 2007 (Olzog), S. 463 – 483.

Dr. Michael Schröder

Politische Bildung in der Mediokratie, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Politische Bildung im Wandel der Zeit. 50 Jahre Akademie für Politische Bildung, München 2007 (Olzog), S. 217 – 238.

Dr. Manfred Schwarzmeier

Die Akademie für Politische Bildung: das Schülerforum, in: Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (Hrsg.): Politische Bildung in Schulen. Materialien für Lehrerinnen und Lehrer, München 2007 (Auer Verlag), S. 85 – 86.

Demokratieerziehung für die Multiplikatoren von morgen. Politische Bildung für Jugendliche, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Politische Bildung im Wandel der Zeit. 50 Jahre Akademie für Politische Bildung, München 2007 (Olzog), S. 295 – 313.

Umgangsstil und Regelverletzungen: Indikatoren politischer Machterosion?, in: Werner J. Patzelt / Martin Sebaldt / Uwe Kranenpohl (Hrsg.): Res republica semper reformanda. Wissenschaft und politische Bildung im Dienste des Gemeinwohls, Wiesbaden 2007 (VS Verlag für Sozialwissenschaften), S. 291 – 303.

Dr. Jürgen Weber

Deutsche Geschichte 1945 bis 1990. Grundzüge, 4. erweiterte Auflage, München 2007 (Bayrische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit), 442 S.

Das waren Zeiten – Unterrichtswerk für Geschichte an Gymnasien in Bayern, Jahrgangsstufe 9/20. Jahrhundert, (Mitautor), Dieter Brückner / Harald Focke (Hrsg.), Bamberg 2007 (Buchner), 207 S. – weitere Länderausgaben für Berlin, Niedersachsen, Baden-Württemberg.

Zeitgeschichte in der politischen Bildung – ein Rückblick, in: Politische Bildung im Wandel der Zeit. 50 Jahre Akademie für Politische Bildung, Heinrich Oberreuter (Hrsg.), München 2007 (Olzog), S. 169 – 197.

Karl-Heinz Willenborg

Die Sanierung der Rentenfinanzen – Operation gelungen, Patient tot?, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Politische Bildung im Wandel der Zeit. 50 Jahre Akademie für Politische Bildung, München 2007 (Olzog), S. 443 – 462.

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

März

9-3 29. Februar – 1. März

Neues aus den Archiven – Einblicke in die SED-Diktatur

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

10-1* 3. – 5. März

At the Top End of the Continent: South Africa

In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München

Leitung: Saskia Hieber / Anton Winkelmann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung: Städtische Schulen über PI; andere direkt an uns

10-3 7. – 8. März

Klimaschutz – Wie muss er aussehen und was wird er kosten?

In Kooperation mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland

Leitung: Wolfgang Quaisser / Karl-Heinz Willenborg / Henning Arp

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

11-1* 10. – 14. März

Zwei Staaten in Deutschland und die Wiedervereinigung:

Rückblick auf 60 Jahre Zeitgeschichte

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

11-2* 10. – 14. März

Geschlechterrollen

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Karl-Heinz Willenborg / Eva-Maria Post

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

11-4 14. – 16. März

Beijing 2008 – die Welt blickt auf China

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Heike Schenck* Tel. 08158/256-46

12-1 17. – 18. März

Lernziel Alltagskompetenzen – Aufgaben für die Schule?

In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Landesausschuss für Hauswirtschaft (BayLAH)

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Heike Schenck* Tel. 08158/256-46

13-1* 25. – 28. März

Schülerforum Politik: Die Suche nach dem Frieden der Welt

In Zusammenarbeit mit dem Bildungspakt Bayern

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Claudia Piatzer

Sekretariat: Heike Schenck* Tel. 08158/256-46

* vormals Bäuerle

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

14-1* 31. März – 2. April

Aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Seminarlehrer/innen für Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung am Gymnasium

Leitung: Jürgen Weber / Claudia Reichmann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

14-2* 31. März – 2. April

Neue Wege des Sozialkundeunterrichts

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Seminarlehrer/innen am Gymnasium

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

14-3* 31. März – 2. April

Methodik und Didaktik des Sozialkundeunterrichts

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Seminarlehrer/innen an Realschulen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach / Alexander Ohgke

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

April

14-4* 2. – 4. April

Grundfragen der politischen Bildung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Seminarlehrer/innen an der Realschule

Leitung: Karl-Heinz Willenborg / Alexander Ohgke / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

14-5 4. – 5. April

Harte Fakten, weiche Normen? – Gerechtigkeit und Solidarität im neuen Sozialstaat

Leitung: Gero Kellermann / Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

15-1* 7. – 8. April

Crossmedia – Herausforderung für die journalistische Aus- und Weiterbildung

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Schenck* Tel. 08158/256-46

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sybille Haug

Chefsekretariat@apb-tutzing.de

Heike Schenck*

H.Schenck@apb-tutzing.de

* vormals Bäuerle

Renate Heinz

R.Heinz@apb-tutzing.de

Ina Rauš

I.Raus@apb-tutzing.de

Karin Sittkus

K.Sittkus@apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

15-2 11. – 12. April

Verwundbare Freiheit – Terrorismus als Gefahr für internationale Verflechtung und Wohlstand

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing

Leitung: Saskia Hieber / Wolfgang Quaisser / Martin Held

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

15-3 13. – 16. April

Internationale Konflikte und Umbrüche in Asien und Afrika

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Saskia Hieber / Hans-Georg Lambertz

Sekretariat: Heike Schenck* Tel. 08158/256-46

16-3 16. – 18. April

Virtualität und Realität

Datensch(m)utz in der Kommunikationsgesellschaft

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Medienkompetenz (EAM)

Leitung: Michael Schröder / Kathrin Geiger

Sekretariat: Heike Schenck* Tel. 08158/256-46

16-2 18. – 19. April

Deutschland ein Zuwanderungsland – Kurswechsel mit Zukunft?

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

16-4 16. – 18. April

Landtagswahlkampf in der Zeitung

Redaktionelle Strategien

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder / Helmuth Rücker

Sekretariat: Heike Schenck* Tel. 08158/256-46

17-1* 21. – 25. April

Aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Wolfgang Quaisser / Günter Grunik

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

17-3 23. April

Akademiegespräch im Landtag

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49

17-4 25. – 27. April

Macht der Medien – Ohnmacht der Politik?

Medieneinfluss auf politische Gestaltung

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Schenck* Tel. 08158/256-46

Tagungsort: Schloss Thurnau nahe Bayreuth

* vormals Bäuerle

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Mai

19-1* 5. – 9. Mai

Der asiatische Raum – China und Indien

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Saskia Hieber / Eva Post

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

19-2* 5. – 9. Mai

Kulturen begegnen sich – Vielfalt als Ressource

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Karl-Heinz Willenborg / Angelika Klemenz-Klebl

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

22-1 26. – 29. Mai

**Ist die Europäische Union zukunfts-fähig? – Innere Verfasstheit
und gemeinschaftliche Außenbeziehungen auf dem Prüfstand**

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Leitung: Gero Kellermann / Harald Geiss

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

22-2 30. – 31. Mai

Europa im Umbruch – Erweiterung und neue Nachbarn der EU im östlichen Europa

Außentagung in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum

Ost- und Südosteuropa in Regensburg

Leitung: Wolfgang Quaisser / Konrad Clewing / Herbert Küppers

Sekretariat: Heike Schenck* Tel. 08158/256-46

22-4 30. Mai – 1. Juni

Freiheit und Sicherheit

Verfassungspolitische Dimensionen der aktuellen Politik

Leitung: Gero Kellermann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Juni

22-3 1. – 3. Juni

Radio-Workshop für Lokalradiojournalisten

In Zusammenarbeit mit dem Projektteam Hörfunk der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Michael Schröder / Berthold M. Flöper

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

23-2 6. – 8. Juni

Kommunalpolitisches Forum: Ökologie und Urbanität in unseren Städten

(In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Städtetag)

Leitung: Josef Deimer / Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

* vormals Bäuerle

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

24-1* 9. – 11. Juni

Kirchen in der SED-Diktatur

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

24-2 11. Juni

Akademiegespräch im Landtag

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49

24-4 15. Juni

11. Tетalog im Rahmen der Europäischen Wochen Passau

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

25-1 20. – 21. Juni

4. Forum Menschenwürdige Wirtschaftsordnung:

Moral und Freiheit – Verliert die Wirtschaft ihre normative Basis?

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Leitung: Heinrich Oberreuter / Wolfgang Quaisser / Ulrich Blum

Sekretariat: Heike Schenck* Tel. 08158/256-46

26-1* 23. – 25. Juni

Einkommensarmut und Bildungsarmut in Migrantenfamilien –

Wege aus dem Teufelskreis

In Kooperation mit dem Arbeitskreis „Kooperation im Ausländerbereich“

(AKIA) der LHS München

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

26-2* 25. – 27. Juni

Die alternde Republik – eine gesellschaftspolitische Herausforderung

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Evangelischen Frauenbund,

dem Deutschen Frauenring und dem Katholischen Frauenbund/ Landesverbände Bayern

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

26-4 27. – 28. Juni

Afrikas Weg in die Zukunft

Chancen und Perspektiven

In Zusammenarbeit mit der Petra-Kelly-Stiftung

Leitung: Stefan Köppl / Gerd Rudel

Sekretariat: Heike Schenck* Tel. 08158/256-4

* vormals Bäuerle



Förderkreis der Akademie für Politische Bildung e.V.

EINLADUNG ZUR MITGLIEDSCHAFT

1988 haben einige der Akademie nahestehende Persönlichkeiten den Förderkreis der Akademie für Politische Bildung gegründet mit dem Ziel, die Bildungsarbeit der Akademie bei jenen Projekten finanziell zu unterstützen, die nicht durch staatliche Haushaltssmittel realisiert werden können. 1. Vorsitzender des Vereins ist seit Juli 1995 Oberstleutnant a. D. Gernot Abendt aus Tutzing. Der Anfang wurde 1989 mit der Ausschreibung eines Schülerwettbewerbs zum Thema "40 Jahre Bundesrepublik Deutschland" gemacht; es folgte finanzielle Hilfestellung bei der Gewinnung bedeutender Referenten für zahlreiche wichtige Tagungen, bei Publikationsprojekten und der Ausstattung der Akademie durch projektbezogene Spenden. Nicht zuletzt wurde der Akademiebus durch den Förderkreis finanziert.

Wir möchten Sie herzlich zur Mitgliedschaft im Förderkreis einladen, um so den Kontakt zu vertiefen, der durch den Bezug des Reports oder Teilnahme an Tagungen bereits besteht. Der Förderkreis ist als gemeinnütziger Verein anerkannt und somit berechtigt, Spendenquittungen auszustellen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt Euro 30,- im Jahr; die Vereinssatzung wird Ihnen auf Anforderung gerne zugesandt. Über neue Mitglieder würden wir uns sehr freuen.

Geschäftsstelle: 82327 Tutzing, Buchensee 1, Tel. 08158/256-0 / Fax: 08158/256-51

Bankverbindung: Kreissparkasse München Starnberg, BLZ 702 501 50
Konto-Nr. 430 592 477

Förderkreis der
Akademie für Politische Bildung e. V.

82323 Tutzing

BEITRITTSERLÄRUNG

Hiermit erkläre ich meine Mitgliedschaft im Förderkreis der Akademie für Politische Bildung.

- Den Mitgliedsbeitrag überweise ich.
- Ich bitte um Übersendung einer Einzugsermächtigung.

Name, Vorname:

Titel, Beruf:

Anschrift, Telefon, E-Mail:

Datum, Unterschrift:

Namen und Nachrichten aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter war als Sachverständiger zu einem Hearing des Sächsischen Landtags zur Rechtsstellung der Abgeordneten geladen.

Der Vorstand der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen ernannte ihn zu seinem Beauftragten für die Zeitschrift für Parlamentsfragen.

Er referierte auf einer Expertentagung im Kloster Banz über politische Kommunikation und in Maria Laach über „Zeitgenössisches zur Terrorismusdeutung“.

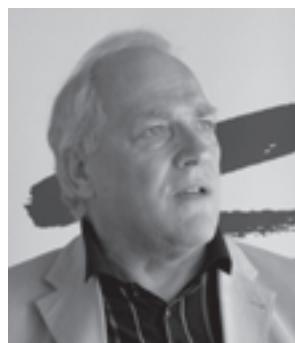
Im Rahmen der Tagung zum 100. Jubiläum der Zeitschrift für Politik hielt er einen Vortrag über das deutsche Selbstverständnis im Blick nach Innen.

In Herrsching sprach er über gesellschaftliche Umbrüche und zur Frage, ob die Politik ihnen gewachsen sei.

KOLLEGIUM

Dr. Saskia Hieber hielt folgende Vorträge: „Chinas Diplomatie im Kampf um Energiequellen“ an der Universität München; „The United States and Asia: Current Economic and Security Issues“ am Zentrum für Nordamerikastudien der Universität Frankfurt; „Chinas Einfluss auf Rohstoffe und Absatzmärkte“ an der Thomas-Morus-Akademie in Bensberg; „China vor den Olympischen Spielen“ in Starnberg; „China 2020 - die Sicherheitspolitik einer kommenden Supermacht?“ beim Bund Neudeutschland in Ludwigshafen und „China's Energy and Security Policy“ an der NATO Schule in Oberammergau.

KURATORIUM



Fritz Schösser, DGB-Vorsitzender in Bayern und früherer SPD-Bundestagsabgeordneter, ist als Nachfolger von Jakob Deffner (siehe Würdigung Seite 18) in das Kuratorium berufen worden.

**Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)**

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax..... E-Mail.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing